

Haftungsausschluss

Die Europäische Kommission bietet diesen Server an, damit sich die Öffentlichkeit leichter über ihre Initiativen und die Politiken der Europäischen Union im allgemeinen informieren kann. Unser Ziel ist es, aktuelle und genaue Informationen bereitzustellen. Wenn wir von Fehlern erfahren, werden wir versuchen, diese zu korrigieren.

Die Europäische Kommission übernimmt jedoch keinerlei Verantwortung oder Haftung für die Angaben auf dieser Website. Die Angaben sind:

- nur Informationen allgemeiner Art, die nicht auf die besonderen Bedürfnisse bestimmter Personen oder Einrichtungen abgestimmt sind;
- nicht notwendigerweise umfassend, komplett, genau oder aktuell;
- manchmal mit externen Websites verbunden, die die Kommission nicht beeinflussen kann und für die sie keine Verantwortung übernimmt.

EUROPÄISCHE KOMMISSION

EUROBAROMETER

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Bericht Nr. 51

Veröffentlichung: Juli 1999

Umfragen: März – April 1999

Generaldirektion X
Rue de la Loi 200 (T120 - 4/8)
B – 1049 Brüssel

Telefon: (32.2) 299.91.72
Fax: (32.2) 299.45.77
E-mail: Eurobarometer@dg10.cec.be

Internet : <http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/eb.html>

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet

Vorbemerkung

EUROBAROMETER-Meinungsumfragen ("Standard-Eurobarometer") werden im Auftrag der Generaldirektion "Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelle Medien" der Europäischen Kommission seit dem Herbst 1973 jedes Frühjahr und jeden Herbst durchgeführt. Seit Herbst 1980 schließen sie Griechenland, seit Herbst 1985 Spanien und Portugal, seit Herbst 1990 die ehemalige DDR und seit dem Frühjahr 1995 Österreich, Finnland und Schweden ein.

Befragt wird ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren, dem ein für alle Mitgliedsländer gleichlautender Fragebogen vorgelegt wird. In der Regel umfaßt die Stichprobe für die Standard-Eurobarometer-Umfrage 1000 Personen je Land; einzige Ausnahmen sind Luxemburg (500) und das Vereinigte Königreich (1000 in Großbritannien und 300 in Nordirland). Um die Integration der fünf neuen Länder in das vereinigte Deutschland und in die Europäische Union zu beobachten, werden seit dem Eurobarometer Nr. 34 in Deutschland jeweils 2000 Personen befragt: 1000 in West- und 1000 in Ostdeutschland.

Die Umfragen in den 15 Mitgliedsländern werden von nationalen Instituten durchgeführt, die dem "INRA (EUROPE) - European Coordination Office" angehören. Dieses Netz von Meinungsforschungsinstituten wurde über Ausschreibungen ausgewählt. Alle beteiligten Institute gehören der "European Society for Opinion and Marketing Research" (ESOMAR) an, deren Normen für sie verbindlich sind.

Die im Eurobarometer-Bericht enthaltenen Zahlen für die einzelnen Mitgliedsländer sind nach Geschlecht, Alter, Region und Ortsgröße gewichtet. Die Zahlen für die gesamte Europäische Union sind gemäß der Erwachsenenbevölkerung eines jeden Landes gewichtet. Wegen Auf- oder Abrundung summieren sich die Prozentwerte in den Tabellen nicht immer genau auf 100, sondern z.B. auf 99 oder 101. Wenn mehrere Antworten zugelassen sind, können die Prozentwerte auch deutlich über 100% hinausgehen. Die in den Schaubildern ausgewiesenen Prozentwerte können aufgrund der Verwendung bereits zuvor gerundeter Zahlen um 1% von den Zahlen in den Tabellen abweichen.

Der vorliegende Bericht wurde vom Referat "Meinungsumfragen und -analysen" (X.A.2; Referatsleitung: Anna Melich) der Generaldirektion "Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelle Medien" erstellt und ist für den Dienstgebrauch der Europäischen Kommission bestimmt.

Erhebungen der Eurobarometer-Serie

Die Europäische Kommission (Generaldirektion X) veranstaltet allgemeine Meinungsumfragen sowie Befragungen spezieller Zielgruppen und qualitative Analysen (Gruppendiskussion, Intensiv-Interviews) in allen Mitgliedstaaten und gelegentlich auch in Drittländern. Dabei werden vier verschiedene Erhebungsinstrumente eingesetzt:

- *das traditionelle Standard-Eurobarometer mit seinem zweimal jährlich erscheinenden Bericht*
- *Telefon Flash EB, das auch für Befragungen bestimmter Zielgruppen eingesetzt wird (z.B. Spitzenentscheidungsträger)*
- *Qualitative Analysen (Fokusgruppen, Intensiv-Interviews)*
- *in Kürze: Eurobarometer Bewerberländer (Nachfolger von Eurobarometer Mittel- und Osteuropa)*

Die persönlichen Befragungen im Rahmen des Standard-Eurobarometers und der künftigen Eurobarometer Bewerberländer sowie des Telefon Flash EB und die qualitativen Analysen dienen im wesentlichen dazu, im Auftrag der verschiedenen Generaldirektionen und vergleichbarer Sonderdienste der Kommission Erhebungen durchzuführen.

Internet-Adresse für das Eurobarometer:

<http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/eb.html>

Wichtige Ereignisse um die Zeit der Umfrage März bis Mai 1999

1. Januar	<p>Deutschland übernimmt für sechs Monate den Vorsitz der Europäischen Union.</p> <p>Der Euro wird in elf EU-Ländern als offizielle Währung eingeführt.</p>
14. Januar	Das Europäische Parlament lehnt die Mißtrauensanträge gegen die Europäische Kommission ab, fordert jedoch die Einsetzung eines Ausschusses unabhängiger Sachverständiger, der dem Parlament und der Kommission unterstehen soll.
27. Januar	Der Ausschuß unabhängiger Sachverständiger zur Untersuchung der Anschuldigungen wegen Betrug, Mißmanagement und Nepotismus in der Europäischen Kommission wird eingesetzt.

12. März Der deutsche Finanzminister Oskar Lafontaine tritt zurück.
15. März Der Ausschuß unabhängiger Sachverständiger veröffentlicht den ersten Bericht über Anschuldigungen betreffend Betrug, Mißmanagement und Nepotismus in der Europäischen Kommission.
- Die Mitglieder der Europäischen Kommission treten geschlossen zurück.
18. März Der Kosovo-Gipfel geht zu Ende, ohne daß das Abkommen von Rambouillet unterzeichnet wird.
- 24.-25. März Europäischer Rat von Berlin
24. März Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ernennen Romano Prodi zum künftigen Präsidenten der Europäischen Kommission. Er wird Jacques Santer ablösen.
24. März Beginn der NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien
26. März Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union erzielen eine Einigung über die Agenda 2000.
4. April 50jähriges Bestehen der NATO
1. Mai Der Vertrag von Amsterdam tritt in Kraft.
4. Mai Romano Prodi wird vom Europäischen Parlament zum Präsidenten der Europäischen Kommission ernannt.

SCHLAGZEILEN

Der 51. Eurobarometer-Bericht beschreibt die Einstellung der Öffentlichkeit zur Europäischen Union nach dem Stand vom Frühjahr 1999. Die Meinungsumfragen für das 51. Eurobarometer begannen kurz vor dem 15. März 1999, als die Europäische Kommission zurücktrat - neun Monate vor Ablauf der regulären Amtszeit. Die Umfrageergebnisse wurden durch diese Entwicklung beeinflusst, doch haben sich auch andere Ereignisse wie der Krieg im Kosovo auf die öffentliche Meinung ausgewirkt.

Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft

- Die Europäische Union findet im Frühjahr 1999 weniger Zustimmung als im Herbst 1998, obwohl die Ablehnung nicht zugenommen hat. 49% der EU-Bürger befürworten die Zugehörigkeit ihres Landes zur EU (-5), und 44% sind der Meinung, daß ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat (-5).

Demokratie in der EU und institutionelle Reform

- Die EU-Bürger sind mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union deutlich zufriedener (42%) als im Frühjahr 1998 (+7).
- Die Reform der EU-Institutionen findet mehr Resonanz in der Öffentlichkeit: für 52% der EU-Bürger - gegenüber 49% im Herbst 1998 - ist die institutionelle Reform eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union geworden. Ein deutlicher Anstieg der Zustimmung zu dieser Aufgabe wurde in Österreich (+15), Luxemburg (+13), Belgien, Irland (jeweils +10), Portugal (+9), Deutschland, Frankreich, Schweden (jeweils +7), Dänemark, Spanien und Finnland (jeweils +4) registriert.

Vertrauen in die Europäische Union und ihre Institutionen

- Knapp 4 von 10 EU-Bürgern haben Vertrauen in die Europäische Union. Das Europäische Parlament genießt das größte Vertrauen der europäischen Bevölkerung (50%), gefolgt vom Europäischen Gerichtshof (44%). Die Europäische Kommission und der Ministerrat rufen das meiste Mißtrauen hervor. Rund 3 von 10 Befragten erklärten, daß sie diesen beiden Institutionen eher nicht vertrauen.

Kosovo-Krise

- Seit dem Herbst 1998 ist die Zustimmung zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie einer gemeinsamen Außenpolitik zurückgegangen. Auch die Zustimmung zu gemeinsamen Entscheidungen über Verteidigungsfragen auf EU-Ebene hat nachgelassen. Nur in Belgien und Portugal ist die Zustimmung zu diesem Thema seit dem Herbst 1998 gestiegen.

Einheitliche Währung

- Die einheitliche Währung wird von 61% der EU-Bürger befürwortet und von 28% abgelehnt. In der Regel ist die Zustimmung in den Ländern, die den Euro zum 1. Januar 1999 eingeführt haben, deutlich höher (68%) als in den vier Ländern, die nicht am Euro teilnehmen (35%). Allerdings ist die Zustimmung zum Euro in Griechenland (65%) bedeutend höher als in den anderen drei Nichtteilnehmerländern (Dänemark, Schweden und Vereinigtes Königreich).
- Im Frühjahr 1999 fühlte sich die Bevölkerung in der ganzen EU deutlich besser über die einheitliche Währung informiert als im Herbst 1998. Der Anteil der Personen, die sich für informiert halten, stieg um durchschnittlich 11 Prozentpunkte und erreichte mit 45% einen Rekordwert. Im Frühjahr 1999 erklärten knapp 8 von 10 Personen, daß sie Informationen über den Euro erhalten haben, gegenüber 6 von 10 Personen im Herbst 1998.

Erweiterung

- Unter den 11 Ländern, die der EU beitreten wollen, findet Ungarn die meiste Zustimmung in der EU-Bevölkerung (46%). Erheblich größer ist jedoch die Zustimmung zu anderen europäischen Ländern wie der Schweiz und Norwegen (jeweils 70%).
- Ein breiter Konsens ergibt sich, wenn nach den Kriterien für den Beitritt zur Europäischen Union gefragt wird: neue Länder sollten nur dann in die EU aufgenommen werden, wenn sie die Menschenrechte und die Grundsätze der Demokratie achten (95%), das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel bekämpfen (93%) und die Umwelt schützen (92%).

Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 1999

- Obwohl rund 7 von 10 Befragten erklärt hatten, sie würden an der Europawahl im Juni 1999 teilnehmen, fiel die tatsächliche Wahlbeteiligung bedeutend niedriger aus: sie reichte von 24% im Vereinigten Königreich bis 90% in Belgien, wo Wahlpflicht besteht.
- Seit dem Herbst 1998 ist der Anteil der Personen, die in letzter Zeit etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen haben, deutlich gestiegen und liegt nun bei 60% (+17). Die Berichterstattung in den Medien, die den bei der Umfrage gemessenen Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments maßgeblich bestimmt, ist vor und nach einer Wahl erfahrungsgemäß intensiver, doch gab es diesmal ein weiteres aktuelles Thema, das in den Medien ausführlich erörtert wurde und den Bekanntheitsgrad verbesserte: die Rolle des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit dem Rücktritt der Europäischen Kommission.

Kenntnisse über den EU-Haushalt

- Die Öffentlichkeit ist über die Finanzausgaben der Europäischen Union schlecht unterrichtet. In der Regel halten die Europäer (26%) die Verwaltungskosten der EU für den größten Haushaltsposten, obwohl in Wirklichkeit nur 5% des EU-Haushaltsmittel des Jahres 1999 für diesen Zweck vorgesehen sind.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung	1
1. Beurteilung der politischen Prozesse	2
1.1. Interesse an der Politik.....	2
1.2. Vertrauen in das politische System.....	4
1.3. Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land.....	6
1.4. Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU.....	7
1.5. Verbundenheit mit dem Wohnort, der Region, dem eigenen Land und mit Europa	8
2. Informationsquellen und Kenntnisse über die Europäische Union	10
2.1. Subjektive Kenntnisse über die EU.....	10
2.2. Bekanntheitsgrad der EU-Institutionen	13
2.3. Wie gut sind die Bürger über die Ausgaben der EU informiert?	15
2.4. Wie informieren sich die Bürger über die EU?	18
2.5. Vertrauen in die Medien	19
2.6. Nutzung der Medien und Zugang zu modernen Informationsmitteln.....	20
3. Einstellungen zur Europäischen Union im Jahr 1999	24
3.1. Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft	24
3.2. Vorteile durch EU-Mitgliedschaft.....	27
3.3. Ängste der EU-Bürger.....	44
3.4. Institutionen der EU.....	46
3.5. Bekanntheitsgrad und subjektive Bedeutung der Ratspräsidentschaft	52
4. Zustimmung zu aktuellen politischen Themen	53
4.1. Gemeinsame Beschlußfassung in der EU	53
4.2. Vorrangige Aufgaben der EU im Jahr 1999	55
4.3. Zustimmung zu wichtigen Themen	57
4.4. Einheitliche Währung - Euro	60
4.5. Erweiterung der EU	72
5. Europäisches Parlament	76
5.1. Bekanntheitsgrad des EP aufgrund der Berichterstattung in den Medien	76
5.2. Wahlbeteiligung bei der Europawahl im Juni 1999	78
5.3. Empfundene und erwünschte Rolle des Europäischen Parlaments.....	82
5.4. Schutz der Interessen der Bürger	84
6. Weitere Aspekte der Europäischen Union	88
6.1. Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder	88
6.2. Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen im Familien- und Freundeskreis	89
6.3. Umweltschutz und Kampf gegen die Umweltverschmutzung.....	91

Inhaltsverzeichnis - Anhänge

A.	Auflistungen	Page
A.1	Auflistung der Schaubilder	A1
A.2	Auflistung der Tabellen	A5
A.3	Deutscher Text der in den Tabellen verwendeten Fragen und Antwortkategorien	A8
A.4	Erklärung einiger Tabellenüberschriften	A21
B.	Tabellen	B1
C.	Technische Spezifikationen	
C.1	Beteiligte Institute und Ansprechpartner	C1
C.2	Regionale Verwaltungseinheiten.....	C2
C.3	Stichprobenspezifikationen	C3
C.4	Definition und gewichtete Verteilung der soziodemographischen Variablen, die in der Kreuztabellierung verwendet werden.....	C6
D.	Eurobarometer-Umfragen zu Meinungen der Europäer.....	D1

BERICHT

Einleitung

Die 51. Ausgabe des Eurobarometer-Berichts beschreibt die Einstellung der europäischen Bürger und Bürgerinnen zur Europäischen Union im Frühjahr 1999.

In Kapitel 1 wird **die allgemeine Einstellung zu politischen Fragen** erörtert. Es wird untersucht, wie groß **das Vertrauen in das politische System** und die **Zufriedenheit mit der Demokratie auf nationaler und europäischer Ebene** ist. Im letzten Abschnitt wird erörtert, wie sehr sich die **Menschen mit ihrem Heimatort, ihrer Region, ihrem Land und mit Europa verbunden fühlen**.

In Kapitel 2 wird untersucht, wie die Bürger und Bürgerinnen **ihre Kenntnisse über die Europäische Union einstufen** und **wie bekannt neun ausgewählte EU-Institutionen sind**. Außerdem wird erörtert, inwieweit **die Vorstellungen über den Haushaltsplan der Europäischen Union den tatsächlichen Ausgaben entsprechen**. Weitere Themen sind die **Quellen für Informationen über EU-Angelegenheiten**, das **Vertrauen in die Medien** und die **Nutzung der in den Medien angebotenen Nachrichten**. Schließlich wird untersucht, inwieweit die Bevölkerung **Zugang zu modernen Informationstechnologien** hat.

Kapitel 3 befaßt sich mit den Einstellungen zur Europäischen Union im Frühjahr 1999. Es beschreibt die **Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft** und die **empfundenen Vorteile der EU-Mitgliedschaft** sowie die Veränderungen, die gegenüber dem Herbst 1998 eingetreten sind. Außerdem wird untersucht, welche **Ängste im Zusammenhang mit dem Aufbau Europas** bestehen, wie die **Rolle von neun ausgewählten EU-Institutionen im Leben der Europäischen Union** beurteilt wird und **wieviel Vertrauen die Europäische Union und die neun EU-Institutionen genießen**.

Im Mittelpunkt von Kapitel 4 stehen aktuelle politische Fragen. Neben der **Zustimmung zu gemeinsamen Entscheidungen auf EU-Ebene anstelle von Entscheidungen auf nationaler Ebene**, der Einstufung der **vorrangigen Aufgaben der Europäischen Union** und der **Zustimmung zu wichtigen politischen Aufgaben** werden auch die **einheitliche Währung** und die **Erweiterung der EU** untersucht.

Das Kapitel 5 befaßt sich mit der Einstellung zum **Europäischen Parlament**. Es erörtert die Bereitschaft zur Teilnahme an der **Europawahl im Juni 1999** und die tatsächliche Wahlbeteiligung. Der **Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments** wird ebenso untersucht wie die **empfundene und erwünschte Rolle des Europäischen Parlaments**. Das Kapitel schließt mit einer Erörterung der **Themen, mit denen sich das Europäische Parlament nach Meinung der Öffentlichkeit vorrangig beschäftigen sollte**.

Im Mittelpunkt des letzten Kapitels stehen einige weitere Themen, die im Rahmen der 51. Eurobarometer-Umfrage untersucht wurden.

Wir danken allen Bürgern und Bürgerinnen der Europäischen Union, die im Laufe der Jahre an der Eurobarometer-Umfrage teilgenommen haben. Ohne ihre Mitwirkung hätte der vorliegende Bericht nicht geschrieben werden können.

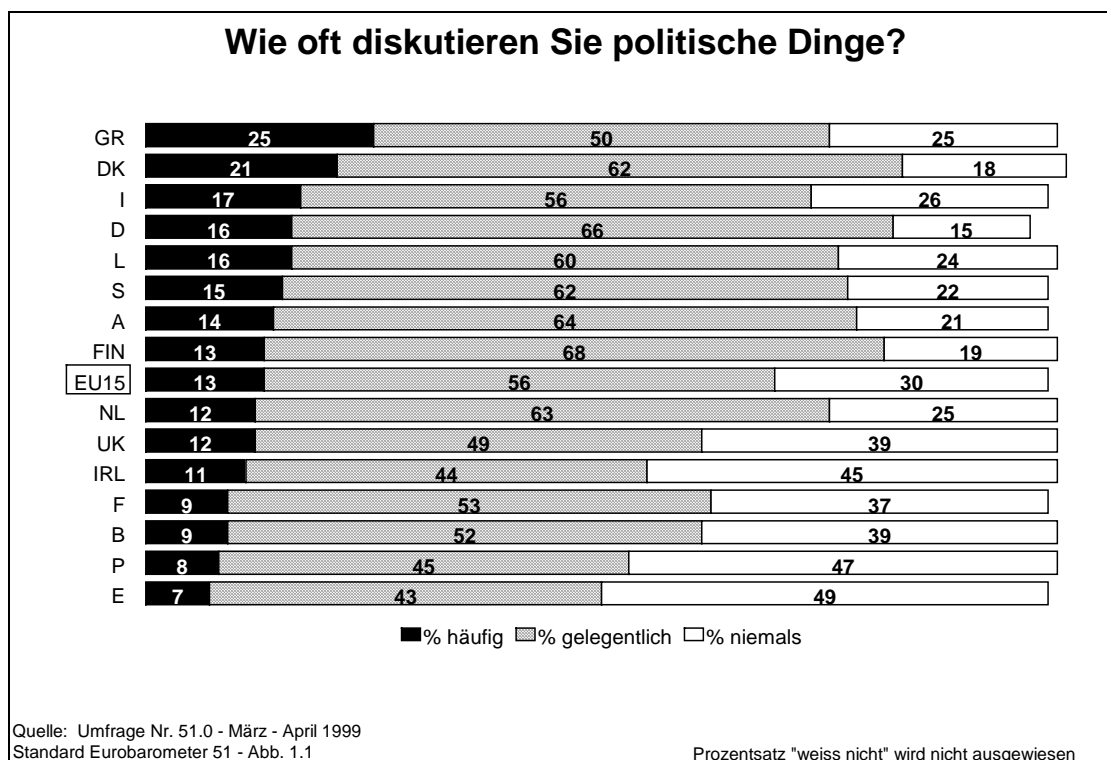
1. Beurteilung der politischen Prozesse

In diesem Kapitel untersuchen wir, wie oft die EU-Bürger mit Freunden über politische Fragen diskutieren. Dieses Verhaltensmerkmal wird häufig zur Messung des Interesses an der Politik herangezogen. Wir erörtern außerdem, ob die EU-Bevölkerung Vertrauen in das politische System hat und auf nationaler und europäischer Ebene mit der Demokratie zufrieden ist. Im letzten Abschnitt dieses Kapitels untersuchen wir die Verbundenheit mit verschiedenen politisch-geographischen Identitätspolen wie Wohnort, Region, Land und Europa.

1.1. Interesse an der Politik

Zur Gewinnung von empirischen Daten über den Grad des Interesses an der Politik wird die Frage gestellt, wie oft im Freundeskreis über politische Themen diskutiert wird. Anhand dieser Daten können mehrere Aspekte erforscht werden. Wir wollen die Untersuchung des Einflusses des persönlichen Wertesystems auf den Grad des Interesses an der Politik den Politikwissenschaftlern überlassen. Was die Trendanalyse betrifft, so beschränken wir uns auf die Feststellung, daß der oft beschworene Rückgang des politischen Interesses aus den vorliegenden Eurobarometer-Ergebnissen nicht hervorgeht. Wir befassen uns mit den jüngsten Ergebnissen, die das aktuelle Meinungsbild zum Zeitpunkt der Umfragen vor Ort wiedergeben. Dabei wollen wir zwei Faktoren genauer untersuchen, nämlich den Einfluß der a) Nationalität und b) der individuellen soziodemographischen Merkmale auf die Intensität des politischen Interesses.

Durchschnittlich 13% der Europäer diskutieren häufig, 56% gelegentlich und 30% niemals über politische Dinge. Aus dem folgenden Schaubild geht hervor, daß die Ergebnisse von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfallen.



Vor allem in Dänemark (83%) werden politische Fragen im Freundeskreis diskutiert, gefolgt von Deutschland (82%) und Finnland (81%). Mit 25% ist der Anteil der Personen, die häufig politische Dinge mit Freunden diskutieren, in Griechenland am größten. In Spanien (49%), Portugal (47%) und Irland (45%) wird am häufigsten erklärt, daß man politische Dinge niemals mit Freunden diskutiert. (Tabelle 1.1a)

Die folgende Tabelle enthält den Anteil der Personen in verschiedenen soziodemographischen Gruppen in der Europäischen Union, die sich nach eigenen Angaben häufig mit Freunden über politische Fragen unterhalten. Am eifrigsten diskutieren Führungskräfte, Selbständige, Personen mit den längsten Vollzeitausbildung und intensive Mediennutzer. Den untersten Tabellenplatz nehmen Personen ein, die die niedrigsten Werte auf dem Mediennutzer-Index erzielen¹.

Anteil der Personen, die häufig mit Freunden über politische Themen diskutieren - Aufschlüsselung nach soziodemographischen Gruppen (EU15)	
Gruppe	%
Führungskräfte	24
Selbständige	21
Bildungsabschluß im Alter von 20 Jahren und älter	20
Mediennutzer-Index: +++	19
Männer	17
Altersgruppe 40-54 Jahre	16
Altersgruppe 25-39 Jahre	14
Altersgruppe Jahre 55 Jahre und älter	14
Bildungsabschluß im Alter von 16-19 Jahren	13
Rentner/Pensionäre	13
Mediennutzer-Index: ++	13
Durchschnittswert für EU15	13
Angestellte	12
Schüler/Studenten	12
Arbeitslose	11
Arbeiter	11
Frauen	10
Bildungsabschluß im Alter von Jahren 15 und jünger	9
Altersgruppe 15-24 Jahre	8
Hausmänner/Hausfrauen	7
Mediennutzer-Index: --	7
Mediennutzer-Index: ---	3

Die größte Lücke klafft zwischen denjenigen, die nach eigenen Angaben viel über die Europäische Union wissen, und denjenigen, die nach eigenen Angaben sehr wenig darüber wissen. In der zuletzt genannten Gruppe geben nur 5% an, daß sie häufig im Freundeskreis über politische Dinge diskutieren, gegenüber 45% in der Gruppe der Personen, die nach eigenen Angaben viel über die Europäische Union wissen². (Tabelle 1.1b)

¹ Anhang C.4 enthält eine Definition des Mediennutzer-Index.

² Die Kenntnisse über die Europäische Union werden in Kapitel 2 behandelt. Anhang C.4 enthält eine Definition der subjektiven Kenntnis-Skala.

1.2. Vertrauen in das politische System

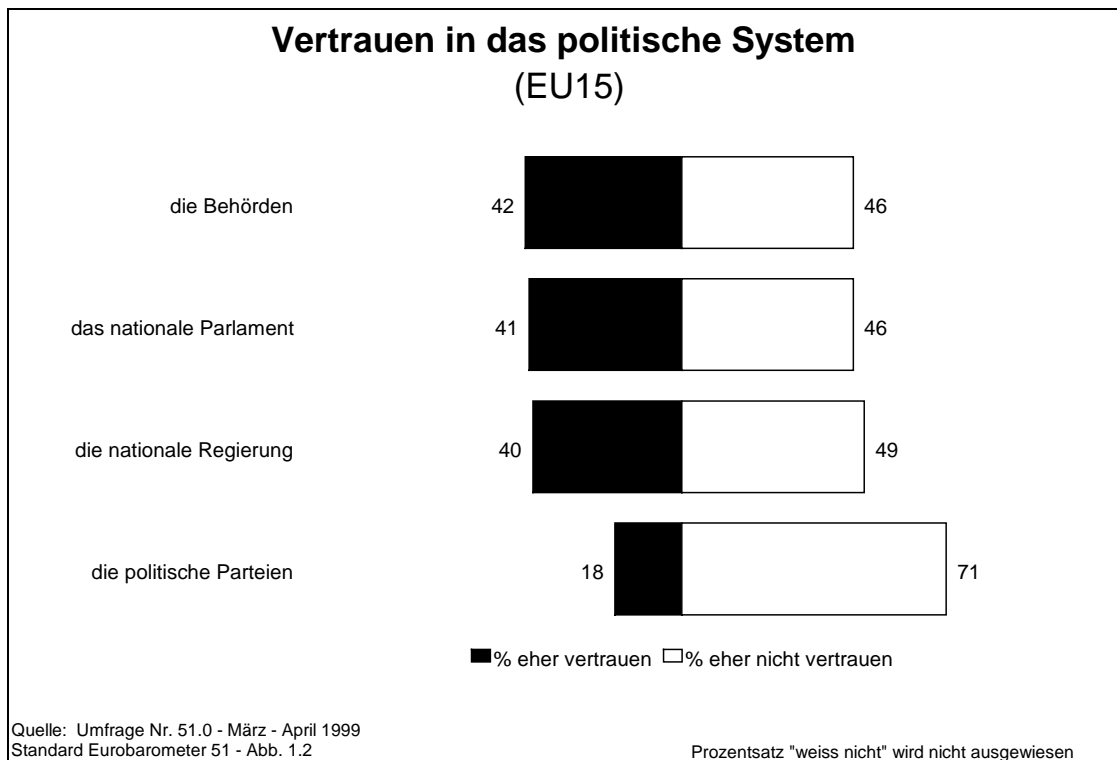
Die Umfrageteilnehmer sollten angeben, wieviel Vertrauen sie zu einer Reihe von nationalen und internationalen Institutionen haben. In diesem Abschnitt befassen wir uns insbesondere mit dem Vertrauen in die politischen Institutionen³.

Ein geringes Maß an Vertrauen in politische Institutionen ist ein Phänomen, das in empirischen Untersuchungen häufig festgestellt wird. Dies trifft auch auf die Eurobarometer-Umfragen zu. Die jüngsten Ergebnisse zeigen, daß durchschnittlich 35% der Europäer Vertrauen in die Behörden, das Parlament, die Regierung und die politischen Parteien im eigenen Land haben. Die Aufschlüsselung nach Ländern zeigt, daß der durchschnittliche Grad des Vertrauens von 25% in Italien bis 56% in den Niederlanden reicht.

Vertrauen in politische Institutionen (Durchschnittlicher Grad des Vertrauens in vier Institutionen, in % nach Ländern)	
Land	%
Niederlande	56
Luxemburg	51
Österreich	45
Portugal	44
Finnland	43
Dänemark	43
Irland	39
Griechenland	38
Spanien	38
Deutschland	37
Durchschnittswert für EU15	35
Schweden	34
Vereinigtes Königreich	34
Frankreich	32
Belgien	26
Italien	25

³ Die Frage umfaßt 17 Einzelpunkte. Die Tabelle 1.2a enthält die Ergebnisse für die politischen Institutionen. Die Tabellen 1.2b-c enthalten die Ergebnisse für eine Reihe von anderen Institutionen, die in diesem Kapitel jedoch nicht erörtert werden. Die Ergebnisse in bezug auf drei Teilfragen zu den Medien werden in Kapitel 2 behandelt (Tabelle 2.6). Die Ergebnisse zu der Teilfrage, die das Vertrauen in die Europäische Union mißt, wird in Kapitel 3 erörtert (Tabelle 3.5).

Das folgende Schaubild enthält die Ergebnisse für jede dieser vier Institutionen auf EU15-Ebene. Daraus geht hervor, daß die EU-Bürger am ehesten den Behörden (42%) und dem Parlament (41%) des eigenen Landes ihr Vertrauen schenken. Nur 18% vertrauen den politischen Parteien im eigenen Land.



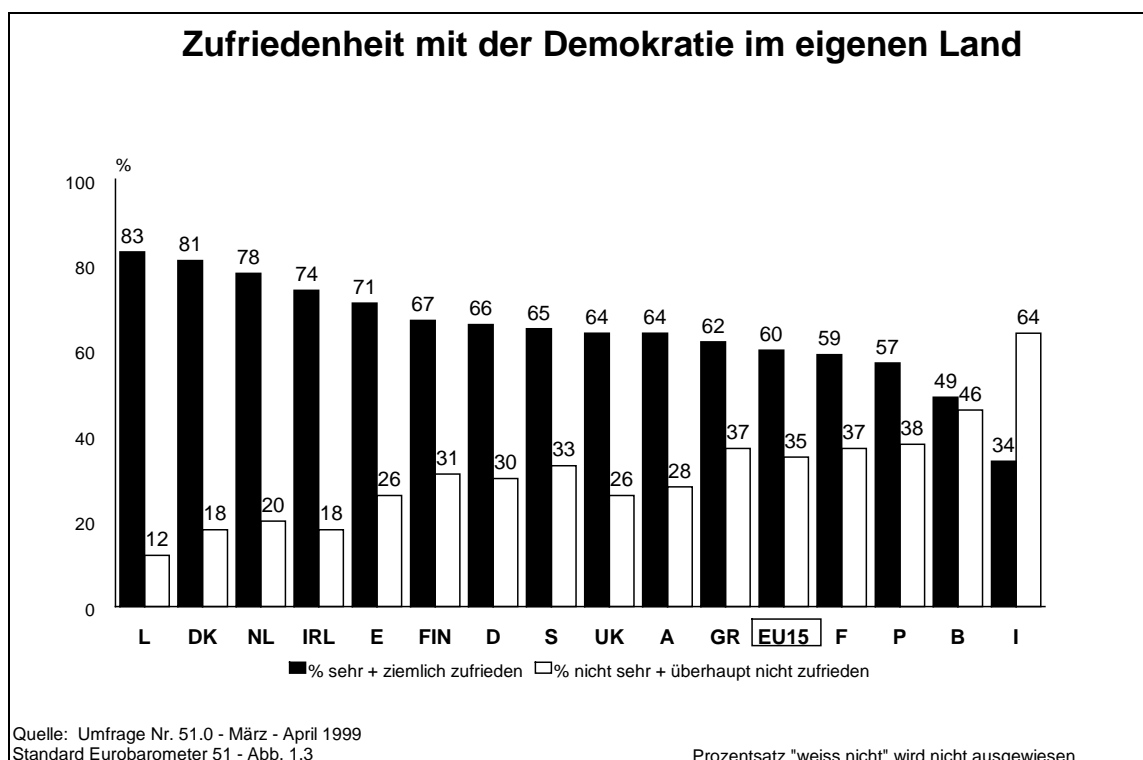
Wie aus der Länderanalyse hervorgeht, ist das Vertrauen in die **Behörden** des eigenen Landes in Österreich am größten (65%), gefolgt von Irland (61%), den Niederlanden (57%), Luxemburg (51%) und Dänemark (50%). Die Behörden in Italien (27%) genießen das geringste Vertrauen, und auch in Belgien wird den Behörden wenig Vertrauen entgegengebracht (37%). Das Vertrauen in das eigene **Parlament** ist in den Niederlanden (62%) und in Luxemburg (61%) am größten und in Belgien (26%) und Italien (30%) am geringsten. Die eigene **Regierung** genießt in Luxemburg (64%) und in den Niederlanden (63%) das meiste Vertrauen, während Belgien (23%) und Italien (28%) erneut die Schlußlichter sind. Die **politischen Parteien** genießen in allen Mitgliedsländern wenig Vertrauen: die Werte reichen von 11% in Frankreich bis 40% in den Niederlanden. (Tabelle 1.2a)

Obwohl das Vertrauen in die politischen Institutionen in Italien und Belgien immer noch sehr niedrig ist, zeichnet sich gegenüber dem Herbst 1997, als das Eurobarometer zum letzten Mal die Frage nach dem Vertrauen in die politischen Institutionen stellte⁴, eine deutliche Verbesserung ab. Dies ist in Belgien besonders deutlich, denn dort stieg das Vertrauen in die Behörden um 8 Prozentpunkte, während sich das Vertrauen in die nationale Regierung und die politischen Parteien um 7 Prozentpunkte und das Vertrauen in das Parlament um 6 Prozentpunkte verbesserte. Außerdem ist in Belgien auch das Vertrauen in die Polizei (+12), die Armee (+10) und die Justiz (+8) deutlich gestiegen. (Siehe Länderergebnisse in Tabelle 1.2b)

⁴. Siehe Eurobarometer Nr. 48, Kapitel 1.

1.3. Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land

Obwohl das Vertrauen in das politische System des eigenen Landes gering ist, sind zahlreiche EU-Bürger mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land zufrieden. Durchschnittlich 6 von 10 Befragten sind sehr zufrieden oder ziemlich zufrieden, 35% sind nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden, und 4% äußern keine Meinung. In den meisten Ländern fielen die Umfrageergebnisse im Frühjahr 1999 deutlich positiver aus als im Frühjahr 1998⁵. Zwei Faktoren dürften zu dieser deutlichen Verbesserung beigetragen haben, nämlich a) der Kosovo-Krieg und b) die Tatsache, daß Wahlen, ein Eckpfeiler der Demokratie, in den Monaten kurz vor der Durchführung der Eurobarometer-Umfrage großes Interesse in den Medien gefunden haben.



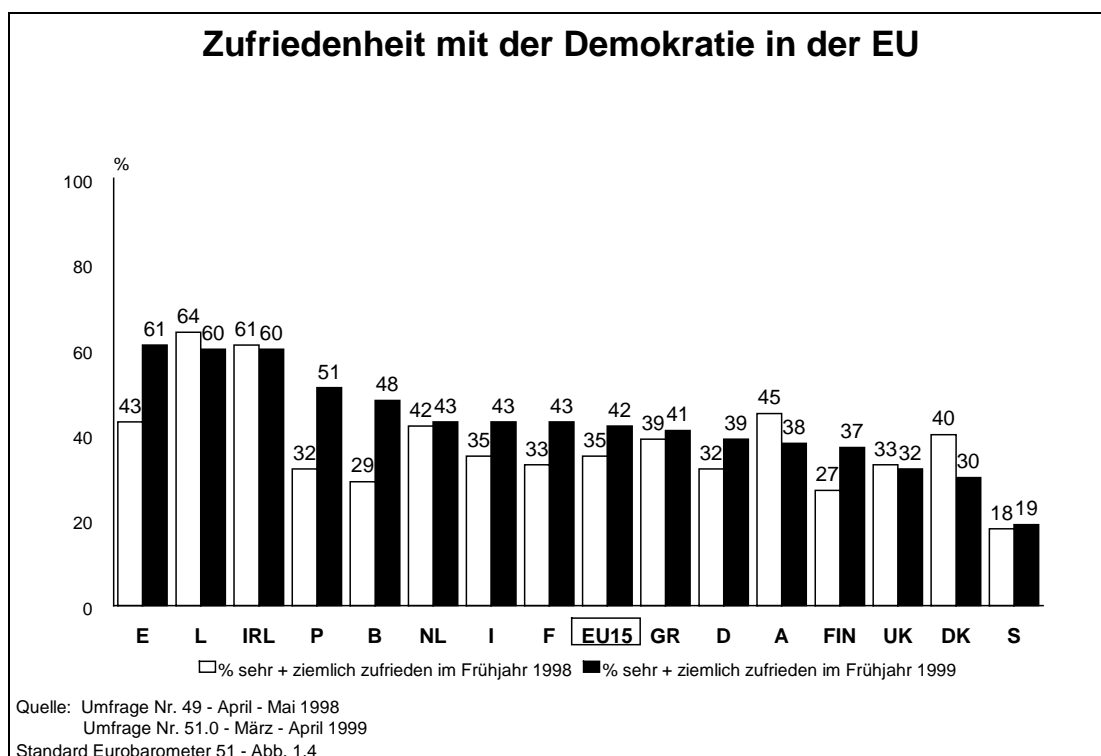
Wie aus der Länderanalyse hervorgeht, ist die Bevölkerung in Luxemburg (83%), Dänemark (81%) und in den Niederlanden (78%) am deutlichsten mit der Funktionsweise der Demokratie im eigenen Land zufrieden. Trotz einer kleinen Verbesserung gegenüber dem Frühjahr 1998 ist die Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie in Italien weiterhin am geringsten (34%). (Tabelle 1.3)

⁵ Siehe Eurobarometer Nr. 49, Tabelle 6.2a.

1.4. Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU

Auch mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union sind die Europäer nun deutlich zufriedener. Seit dem Frühjahr 1998 ist der Grad der Zufriedenheit um 7% gestiegen, so daß im Frühjahr 1999 insgesamt 42% der EU-Bevölkerung mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert, sehr zufrieden oder ziemlich zufrieden sind. In einigen Mitgliedsländern hat sich der Grad der Zufriedenheit um mehr als 15 Prozentpunkte verbessert (Portugal, Belgien und Spanien).

Die Tatsache, daß das Europäische Parlament, dessen Mitglieder von den Bürgern und Bürgerinnen der 15 Mitgliedstaaten direkt gewählt werden, seine Position behauptet hat, indem es den Prozeß in Bewegung setzte, der am 15. März 1999 zum Rücktritt der Europäischen Kommission führte (weitere Einzelheiten in Kapitel 3), war für zahlreiche Menschen offensichtlich der Beweis, daß es Mechanismen gibt, die dafür sorgen, daß die Europäische Union auf der Basis demokratischer Prinzipien funktioniert. Diese Erklärung dürfte auf die meisten Mitgliedstaaten zutreffen. Die einzigen wesentlichen Ausnahmen sind Dänemark, Österreich und Luxemburg: dort ging der Anteil derjenigen, die mit der Demokratie in der EU zufrieden sind, um 10, 7 bzw. 4 Prozentpunkte zurück. In diesen Ländern könnte der Rücktritt der Europäischen Kommission dahingehend interpretiert worden sein, daß die EU zumindest bis zu diesem Ereignis nicht auf der Grundlage demokratischer Prinzipien funktionierte. Ein weiterer Grund für die Abnahme der Zufriedenheit in Luxemburg könnte damit zusammenhängen, daß Jacques Santer, der Präsident der zurückgetretenen Europäischen Kommission, aus Luxemburg stammt.



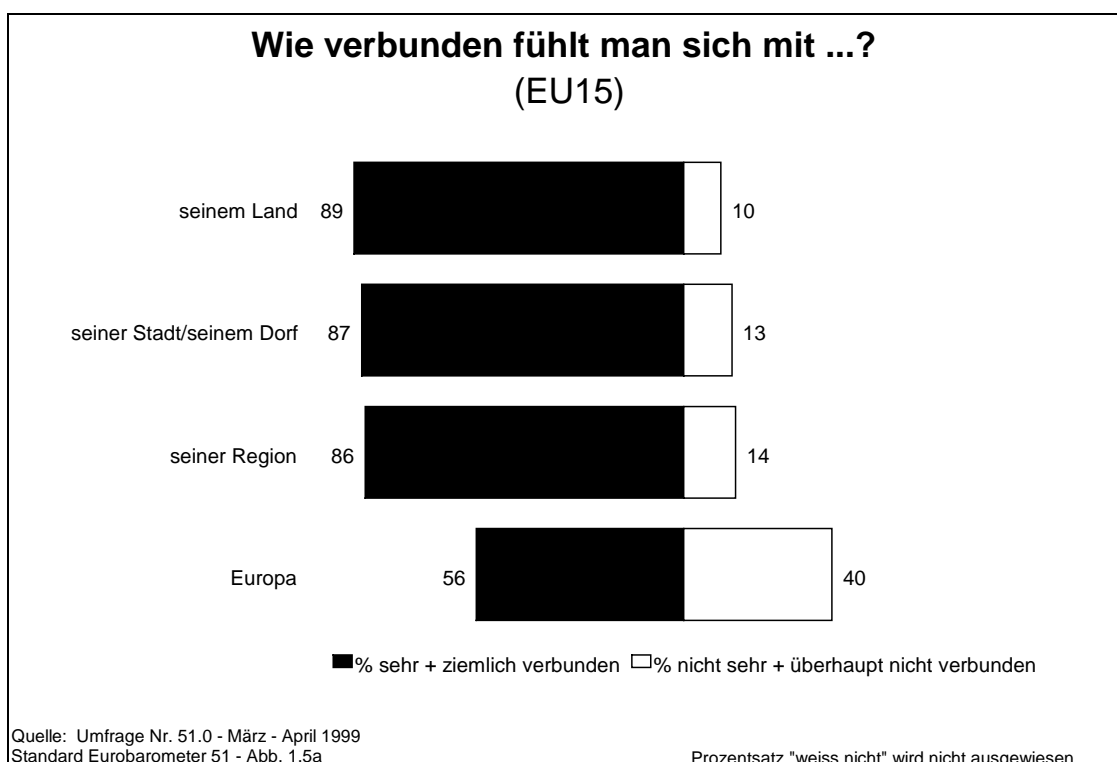
Wie aus dem obigen Schaubild hervorgeht, ist die Bevölkerung in Spanien (61%), Luxemburg und Irland (jeweils 60%) am ehesten mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden, während die Bevölkerung in Schweden (19%), Dänemark (30%) und im Vereinigten Königreich (32%) am seltensten zufrieden ist. (Tabelle 1.4a)

Der individuelle Grad der Zufriedenheit mit der Demokratie in der Europäischen Union hängt weitgehend von der individuellen allgemeinen Einstellung zur Europäischen Union ab. 60% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten, sind mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden, gegenüber nur 13% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine schlechte Sache halten.

Die demographische Analyse zeigt, daß sowohl die Zufriedenheit als auch die Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Europäischen Union bei den Männern stärker ausgeprägt ist als bei den Frauen, während die Frauen viel häufiger keine Meinung äußern. Die 15-24-jährigen sind häufiger als ihre älteren Mitbürger mit der Demokratie zufrieden und viel seltener unzufrieden. Insofern sind diejenigen, die noch zur Schule gehen, auch die zufriedenste Gruppe, wenn man die Umfrageergebnisse nach dem Alter aufschlüsselt, in dem die Vollzeitausbildung beendet wurde. Die Aufschlüsselung nach Berufskategorien ergibt, daß Führungskräfte am ehesten mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden sind, während Personen im Ruhestand am ehesten unzufrieden sind. Der Anteil der unentschlossenen Antworten variiert beträchtlich und erklärt die Unterschiede bei den Zufriedenheitsraten bis zu einem gewissen Grad. (Tabelle 1.4b)

1.5. Verbundenheit mit dem Wohnort, der Region, dem eigenen Land und mit Europa

Die Eurobarometer-Umfrage untersucht, wie stark die Bürger und Bürgerinnen mit ihrer Stadt oder ihrem Dorf, ihrer Region, ihrem Land und mit Europa verbunden sind. Auf EU-Ebene fühlen sich beinahe 9 von 10 Personen mit ihrem Land, ihrem Wohnort und ihrer Region verbunden. Mehr als die Hälfte der EU-Bürger fühlt sich mit Europa verbunden.

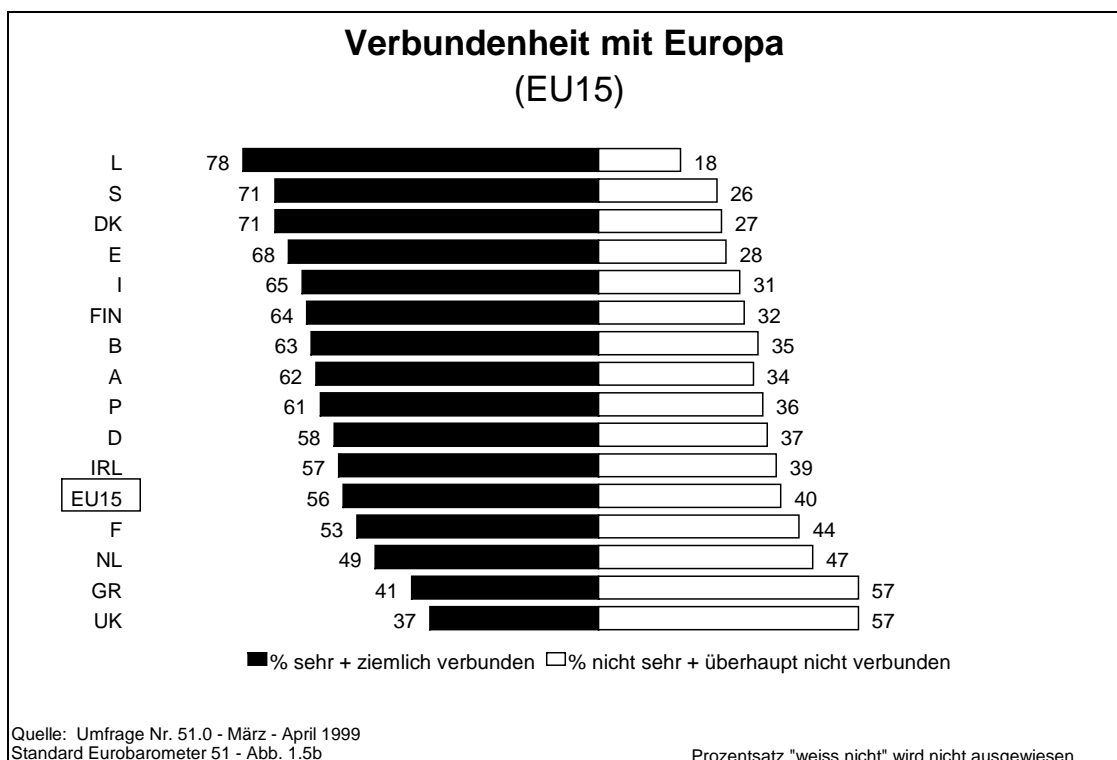


Wie aus der Länderanalyse hervorgeht, fühlen sich 81% der Bevölkerung in Griechenland mit **ihrem Dorf oder ihrer Stadt** sehr verbunden, und weitere 13% fühlen sich mit ihrem Wohnort ziemlich verbunden. Zu den Ländern, in denen sich mindestens 9 von 10 Personen mit ihrem Dorf oder ihrer Stadt sehr verbunden oder ziemlich verbunden fühlen, zählen Spanien (95%), Irland, Portugal (jeweils 93%), Österreich (92%) und Italien (90%). In den Niederlanden (71%) ist das Gefühl der Verbundenheit mit dem eigenen Dorf oder der eigenen Stadt am wenigsten verbreitet. (Tabelle 1.5)

In Griechenland fühlen sich 82% der Befragten mit ihrer **Region** sehr verbunden, und weitere 14% fühlen sich mit ihrer Region ziemlich verbunden. Zu den Ländern, in denen sich mehr als 9 von 10 Personen mit ihrer Region sehr verbunden oder ziemlich verbunden fühlen, zählen Portugal, Spanien (jeweils 95%), Irland (92%) und Österreich (91%). In den Niederlanden (72%) ist das Gefühl der Verbundenheit mit der eigenen Region am wenigsten verbreitet. (Tabelle 1.6)

Mehr als 8 von 10 Personen in Griechenland (85%) und Dänemark (81%) fühlen sich mit ihrem **Land** sehr verbunden. In Belgien (77%) ist der Anteil der Personen, die sie sich mit ihrem Land sehr verbunden oder ziemlich verbunden fühlen, am kleinsten. (Tabelle 1.7)

Die Verbundenheit mit **Europa** ist in Luxemburg am größten: 78% der Befragten erklären, sie fühlten sich mit Europa sehr verbunden oder ziemlich verbunden. Es folgen Schweden und Dänemark mit jeweils 71%. Am geringsten ist der Grad der Verbundenheit mit Europa im Vereinigten Königreich (37%), gefolgt von Griechenland (41%) und den Niederlanden (49%). Mehr als die Hälfte der Befragten in den übrigen neun Mitgliedstaaten geben an, daß sie sich mit Europa sehr verbunden oder ziemlich verbunden fühlen. (Siehe auch Tabelle 1.8)



2. Informationsquellen und Kenntnisse über die Europäische Union

In diesem Kapitel erörtern wir die Antworten auf Fragen zu den Kenntnissen über EU-Angelegenheiten und zum Bekanntheitsgrad der Europäischen Union. Wir untersuchen außerdem, welche Informationsquellen am häufigsten genutzt werden, wenn sich die Bürger und Bürgerinnen über die Europäische Union informieren wollen, und welche Informationsquellen sie bevorzugen. Außerdem wird das Vertrauen in die Medien untersucht und erörtert, inwieweit die Medien als Nachrichtenquelle genutzt werden und die Bevölkerung Zugang zu modernen Informationsmitteln hat.

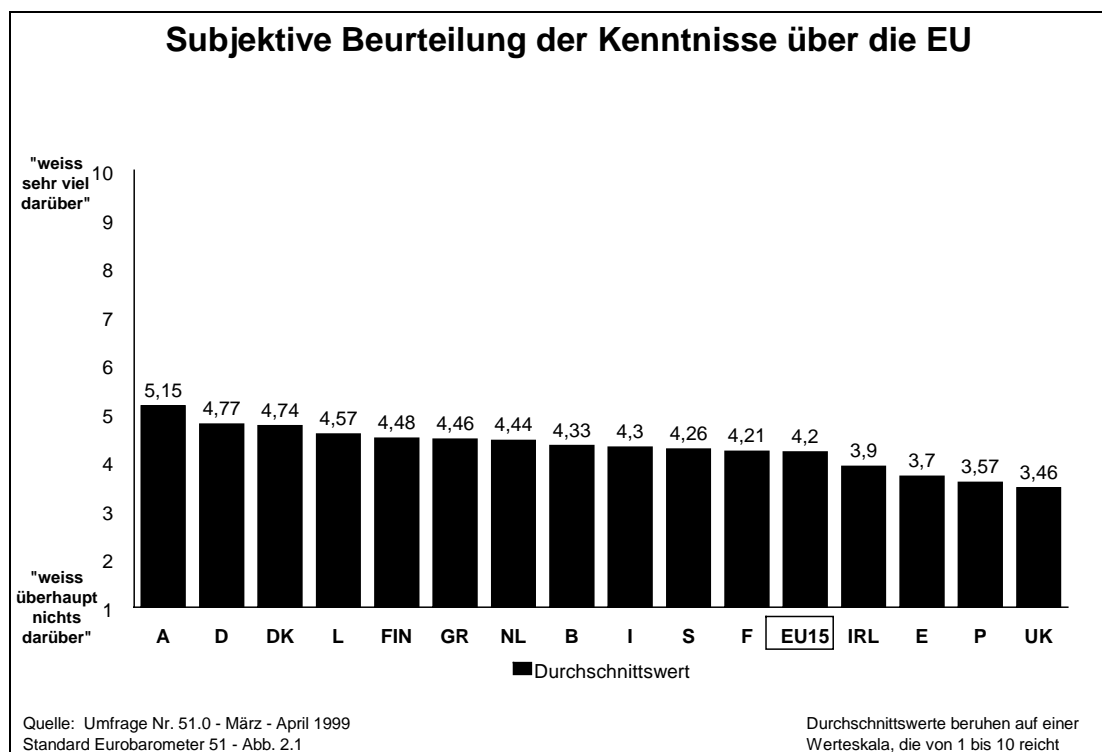
2.1. Subjektive Kenntnisse über die EU

Die große Mehrheit der Europäer stuft die eigenen Kenntnisse über EU-Angelegenheiten weiterhin relativ niedrig ein, obwohl in mehreren Ländern geringfügige Verbesserungen registriert wurden⁶. Wie die folgende Tabelle mit den Ergebnissen für die 15 EU-Länder zeigt, sind nur 24% der EU-Bürger der Meinung, daß sie ziemlich gut bis sehr gut über die Europäische Union informiert sind (d.h. diejenigen, die die Skalenwerte 6 bis 10 auswählten).

Subjektive Beurteilung der Kenntnisse über die EU Frühjahr 1999 (in %, EU15)	
Skala	%
1 (weiß überhaupt nichts darüber)	10
2	12
3	16
4	15
5	20
6	10
7	8
8	4
9	1
10 (weiß sehr viel darüber)	1
Keine Angaben	2
Durchschnittswert	4,20

⁶ Die Umfrageteilnehmer wurden gefragt, wieviel sie ihrer Meinung nach "über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen" wissen. Auf einer Skala, die von 1 bis 10 reicht, sollten sie außerdem den Wert auswählen, der ihrem Kenntnisstand am besten entspricht. Je höher der ausgewählte Wert ist, desto besser wissen die Befragten nach eigener Einschätzung über die EU Bescheid.

Die Länderergebnisse zeigen, daß der subjektive Kenntnisstand von Land zu Land stark variiert. Das folgende Schaubild enthält die Durchschnittswerte⁷ für alle 15 EU-Länder.



Die Durchschnittswerte reichen von lediglich 3,46 im Vereinigten Königreich bis zum Höchstwert von 5,15 in Österreich. Seit dem Herbst 1998 haben sich die Durchschnittswerte für den subjektiven Kenntnisstand in Schweden (+,37), Portugal (+,24), den Niederlanden (+,16), Luxemburg (+,15) und Dänemark (+,14) am deutlichsten verbessert. Ein geringfügiger Rückgang wurde in Belgien (-,15) und Deutschland (-,06) registriert⁸.

Anhand der Verteilung der Antworten ist zu erkennen, daß 41% der Österreicher nach eigenen Angaben ziemlich viel bis sehr viel über die Europäische Union wissen, gefolgt von 32% der Befragten in Dänemark und in den Niederlanden, 31% in Finnland und 30% in Deutschland und Griechenland. Portugal (12%), das Vereinigte Königreich und Spanien (jeweils 17%) sind die einzigen drei Länder, in denen weniger als 2 von 10 Personen meinen, daß sie ziemlich viel bis sehr viel über die Europäische Union wissen. (Tabelle 2.1⁹)

Die folgende Tabelle enthält die Durchschnittswerte für verschiedene soziodemographische Gruppen in der EU. Daraus geht hervor, daß sich Meinungsführer, Führungskräfte, Personen, die am längsten in der Vollzeitausbildung verblieben sind, und intensive Mediennutzer auf der subjektiven Kenntnis-Skala am höchsten einstufen. Die unteren Tabellenplätze werden von den Personen besetzt, die die niedrigsten Punktzahlen auf dem Mediennutzer-Index und dem Meinungsführer-Index erzielen¹⁰.

⁷ Die Durchschnittswerte oder Mittelwerte zeigen den Haupttrend der Antworten an. Sie sind die Summe der Zahl der Antworten für jeden der zehn Punkte auf der Skala, multipliziert mit dem Wert des betreffenden Punktes und dividiert durch die Gesamtzahl der Antworten.

⁸ Siehe Eurobarometer Nr. 50, Schaubild und Tabelle 6.6.

⁹ Um die Interpretation der Tabelle zu erleichtern, wurde die Skala neu kodiert und in vier Kategorien unterteilt: 'weiß (fast) nichts darüber' - 1-2 Punkte; 'weiß etwas darüber' - 3-5 Punkte; 'weiß ziemlich viel darüber' - 6-8 Punkte; 'weiß sehr viel darüber' - 9-10 Punkte.

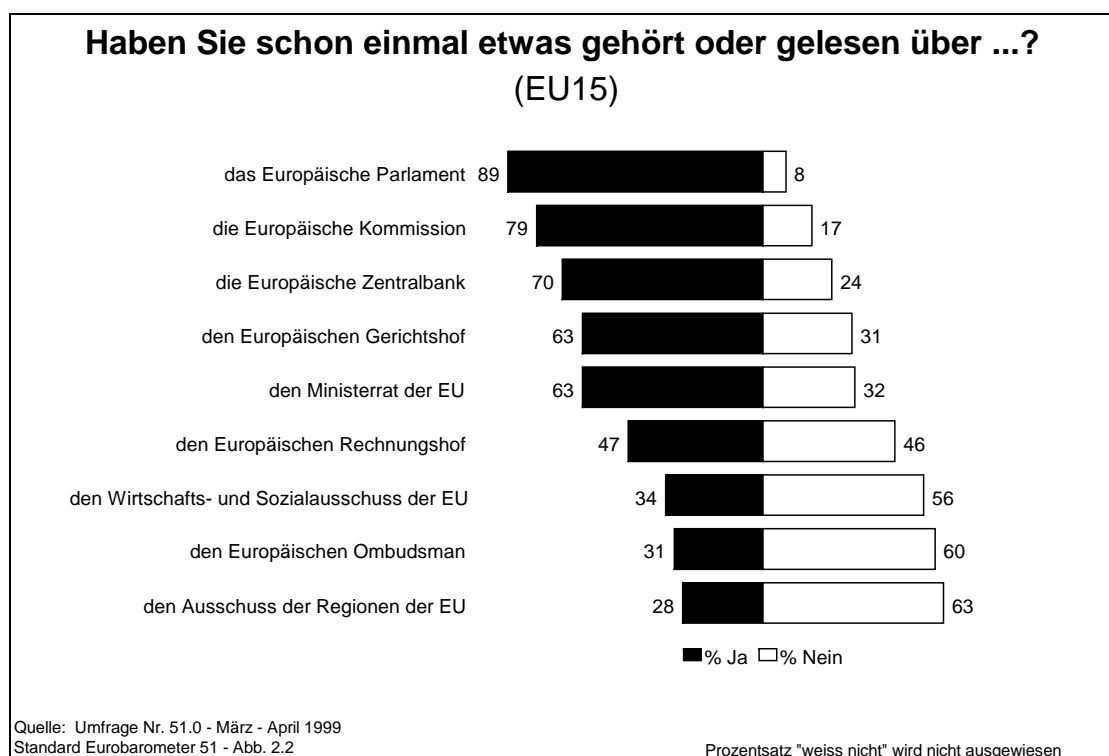
¹⁰ Anhang C.4 enthält Definitionen des Mediennutzer-Index und des Meinungsführer-Index.

Durchschnittswerte auf der subjektiven Kenntnis-Skala für verschiedene Gruppen auf EU15-Ebene	
Gruppe	Kennzahl
Meinungsführer-Index: ++	5,88
Führungskräfte	5,36
Bildungsabschluß im Alter von 20 Jahren und älter	5,09
Mediennutzer-Index: +++	4,89
Meinungsführer-Index: +	4,74
Selbständige	4,64
Männer	4,62
Angestellte	4,55
Altersgruppe 40-54 Jahre	4,44
Schüler/Studenten	4,38
Altersgruppe 25-39 Jahre	4,28
Bildungsabschluß im Alter von 16-19 Jahren	4,22
Durchschnittswert für EU15	4,20
Mediennutzer-Index: ++	4,14
Altersgruppe 55 Jahre und älter	4,07
Arbeitslose	4,03
Rentner/Pensionäre	4,01
Altersgruppe 15-24 Jahre	3,99
Meinungsführer-Index: -	3,97
Arbeiter	3,92
Frauen	3,82
Bildungsabschluß im Alter von Jahren 15 und jünger	3,54
Hausmänner/Hausfrauen	3,51
Mediennutzer-Index: --	3,49
Meinungsführer-Index: --	2,99
Mediennutzer-Index: ---	2,79

2.2. Bekanntheitsgrad der EU-Institutionen

Die Eurobarometer-Umfrage ermittelt unter anderem den Bekanntheitsgrad von neun EU-Institutionen¹¹. Es handelt sich dabei um das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, den Ministerrat, den Europäischen Gerichtshof, den Europäischen Ombudsman, die Europäische Zentralbank, den Rechnungshof, den Ausschuß der Regionen und den Wirtschafts- und Sozialausschuß¹².

Am häufigsten hat die Öffentlichkeit etwas vom Europäischen Parlament (89%) gehört, gefolgt von der Europäischen Kommission (79%) und der Europäischen Zentralbank (70%). Am unbekanntesten sind die beiden jüngsten EU-Institutionen [der Ausschuß der Regionen (28%) und der Wirtschafts- und Sozialausschuß (34%)], während der Europäische Ombudsman von 31% der Befragten genannt wird. Dabei ist zu beachten, daß der Europäische Ombudsman streng rechtlich gesehen keine offizielle EU-Institution ist.



Das **Europäische Parlament** ist in allen Mitgliedstaaten gut bekannt. Fast alle Befragten in Dänemark (99%), Luxemburg (98%), Schweden, Finnland (jeweils 97%) und Belgien (96%) haben vom Europäischen Parlament gehört. In Deutschland und im Vereinigten Königreich (jeweils 86%) ist das Europäische Parlament am wenigsten bekannt. Die Bevölkerung in Dänemark (97%), Finnland und Luxemburg (jeweils 95%) hat am häufigsten etwas von der **Europäischen Kommission** gehört, die in Griechenland, Deutschland (jeweils 74%), Italien und Spanien (jeweils 75%) am wenigsten bekannt ist. Der Bekanntheitsgrad der **Europäischen Zentralbank** ist in Finnland (89%) und in den Niederlanden (83%) am größten - der Präsident der Europäischen Zentralbank, Wim Duisenberg, ist Niederländer. In Griechenland (52%) ist die Europäische Zentralbank am wenigsten bekannt, gefolgt von Spanien (62%), Portugal (63%),

¹¹ Die Befragten sollten angeben, ob sie schon einmal etwas von der betreffenden Institution gehört haben. In Kapitel 5 werden die Antworten auf die Frage erörtert, ob die Befragten in letzter Zeit in den Medien etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen haben.

¹² In Kapitel 3 wird erörtert, inwieweit die Bevölkerung den einzelnen Institutionen eine wichtige Rolle zuordnet und inwieweit sie ihnen vertraut.

Belgien und dem Vereinigten Königreich (jeweils 64%). Die Bevölkerung in Dänemark (95%) ist am besten über die Existenz des **Europäischen Gerichtshofs** informiert, während man in Italien (47%) am seltensten von dieser Institution gehört hat. Der Bekanntheitsgrad des **Ministerrats** ist in Schweden (85%) und Luxemburg (82%) am größten und im Vereinigten Königreich eindeutig am geringsten (41%). Die Bevölkerung in Luxemburg (71%) hat am häufigsten etwas vom **Rechnungshof** gehört, der der Bevölkerung im Vereinigten Königreich (17%) am seltensten bekannt ist. Auch in den skandinavischen Ländern - Dänemark (24%), Schweden (26%) und Finnland (27%) - liegt der Bekanntheitsgrad des Rechnungshofs unter dem EU-Durchschnitt. Der **Wirtschafts- und Sozialausschuß** ist in Luxemburg am bekanntesten (58%) und in Schweden am wenigsten bekannt (21%). Der **Europäische Ombudsman** - Jacob Söderman aus Finnland - ist in seinem Heimatland am besten bekannt (71%) und in Deutschland am wenigsten bekannt (19%). Die Befragten in Portugal (46%) haben am häufigsten etwas vom **Ausschuß der Regionen** gehört, während die Befragten im Vereinigten Königreich (14%) am seltensten erklären, daß sie von diesem Ausschuß schon einmal gehört hätten. (Tabelle 2.2)

Die folgende Tabelle enthält die Durchschnittswerte für den Bekanntheitsgrad der neun Institutionen in den 15 Mitgliedsländern. Daraus geht hervor, daß diese Institutionen im Durchschnitt in Luxemburg, das viele EU-Institutionen beherbergt, am bekanntesten und im Vereinigten Königreich am wenigsten bekannt sind.

Bekanntheitsgrad der EU-Institutionen (Durchschnittswert für den Bekanntheitsgrad von neun Institutionen, in % nach Ländern)	
Land	%
Luxemburg	71
Finnland	68
Dänemark	66
Österreich	63
Frankreich	60
Irland	59
Belgien	59
Portugal	59
Deutschland	59
Niederlande	58
Schweden	57
Spanien	57
Griechenland	56
EU15	56
Italien	52
Vereinigtes Königreich	47

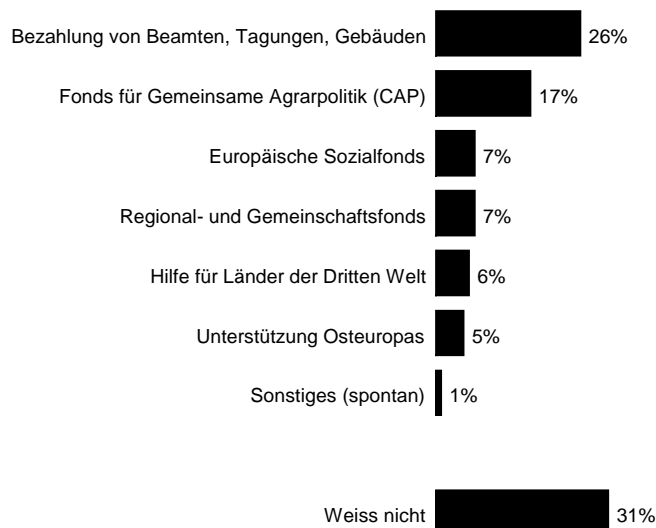
Der Bekanntheitsgrad variiert nicht nur von Land zu Land, sondern hängt auch in starkem Maß davon ab, wie gut die Befragten nach eigenen Angaben über die EU Bescheid wissen. Die folgende Tabelle enthält die Werte für den Bekanntheitsgrad der neun europäischen Institutionen, aufgeschlüsselt nach Personen mit subjektiv ausgezeichneten Kenntnissen (8-10 Punkte auf der subjektiven Kenntnis-Skala), durchschnittlichen Kenntnissen (4-7 Punkte) und geringen Kenntnissen (1-3 Punkte).

Anteil der Personen, die die EU-Institutionen kennen - aufgeschlüsselt nach subjektiven Kenntnissen über die EU			
Institution	Ausgezeichnete Kenntnisse	Durchschnittliche Kenntnisse	Geringe Kenntnisse
Europäisches Parlament	99%	95%	81%
Europäische Kommission	96%	89%	65%
Europäische Zentralbank	91%	80%	54%
Ministerrat	89%	74%	43%
Europäischer Gerichtshof	89%	73%	45%
Rechnungshof	75%	57%	29%
Wirtschafts- u. Sozialausschuß	67%	41%	21%
Ausschuß der Regionen	56%	33%	17%
Europäischer Ombudsman	50%	36%	21%

2.3. Wie gut sind die Bürger über die Ausgaben der EU informiert?

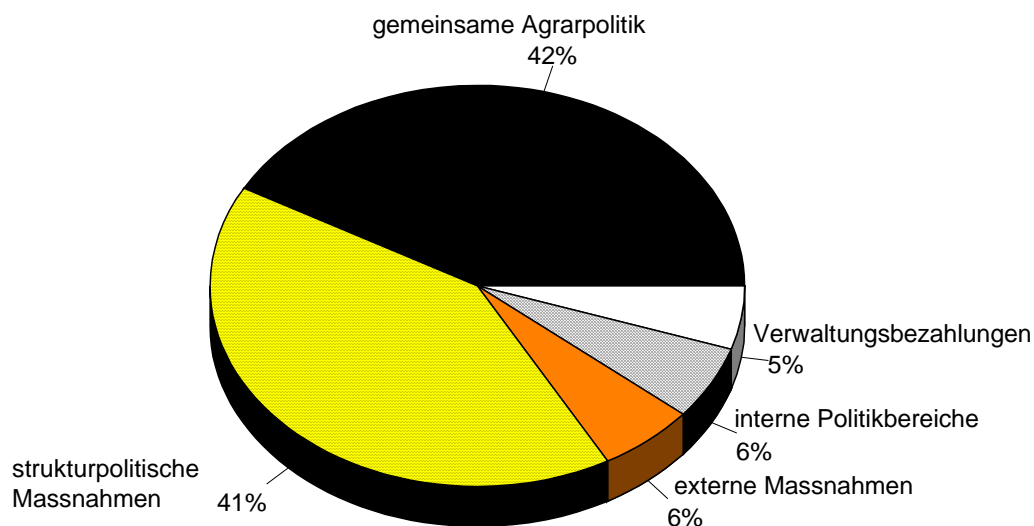
Die EU-Bürger wissen nur unzureichend über die von der Europäischen Union ausgegebenen Mittel Bescheid oder haben falsche Vorstellungen über die Mittelverwendung. 31% der Befragten wissen nicht, für welchen Zweck der größte Teil des EU-Haushalts ausgegeben wird, wobei der Anteil der unentschiedenen Antworten von 9% in Dänemark bis 46% in Spanien reicht. Läßt man den Anteil von 31% der Erhebungsstichprobe außer acht, der keine Meinung äußert, so muß man feststellen, daß 26% der Befragten fälschlicherweise glauben, der größte Teil des EU-Haushalts werde für die Bezahlung von Beamten, Sitzungen und Gebäuden ausgegeben, während in Wirklichkeit nur 5% der Gesamtausgaben der Europäischen Union für das Jahr 1999 auf diesen Posten entfallen. 17% der Befragten glauben, daß der Löwenanteil des EU-Haushalts für die Gemeinsame Agrarpolitik ausgegeben wird - diese Vermutung ist richtig, denn 1999 entfielen insgesamt 42% der EU-Ausgaben auf den Agrarhaushalt. Die Ausgaben für die Strukturprogramme (41%) stellen den zweitgrößten Anteil am EU-Haushalt, doch werden diese Ausgaben von den Befragten in der Regel zu niedrig veranschlagt. Nur 7% glauben, daß der größte Anteil des EU-Haushalts auf den Europäischen Sozialfonds und den Regional- oder Kohäsionsfonds entfällt.

Öffentliches Erkenntnis des EU Haushalts - Prozentsatz der Personen, die glauben dass der grösste Teil des Haushalts der EU ausgegeben wird an ... ? (EU 15)



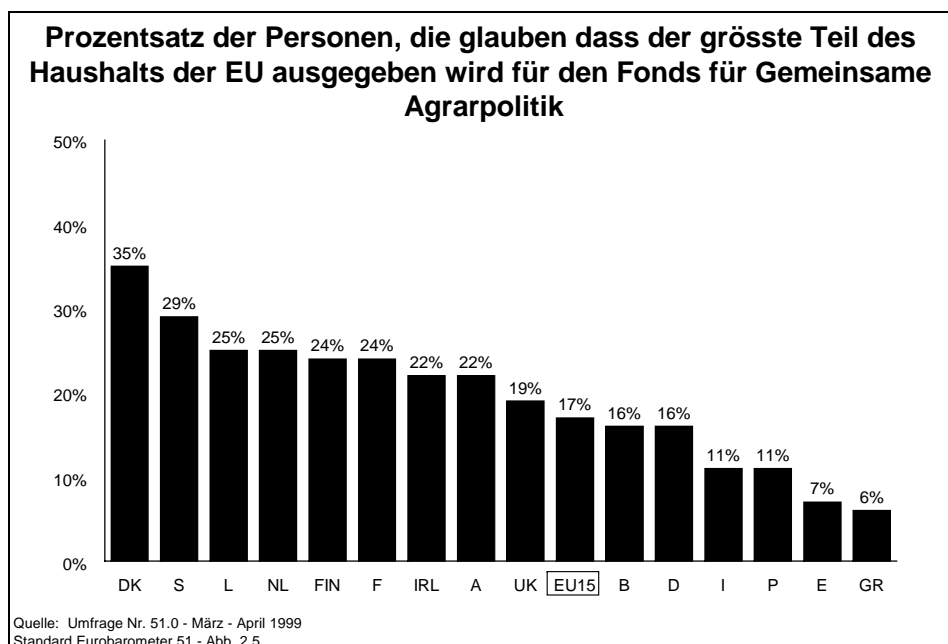
Quelle: Umfrage Nr. 51.0 - März - April 1999
Standard Eurobarometer 51 - Abb. 2.3

Aufschlüsselung des EU Haushalts - 1999 - in %

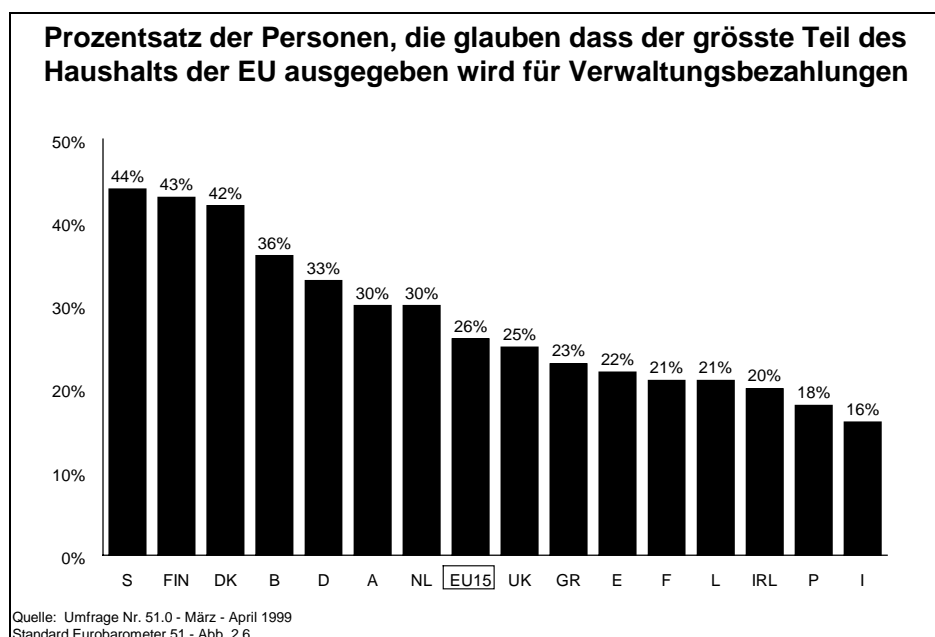


Quelle: Gesamthaushaltsplan der EU für das Haushaltsjahr 1999 - Europäische Kommission
Standard Eurobarometer 51 - Abb. 2.4

Betrachten wir nun den Anteil der Befragten in jedem Mitgliedsland, die mit ihrer Vermutung richtig liegen oder konkret wissen, daß der größte Teil des EU-Haushalts - nämlich 42% - für die Gemeinsame Agrarpolitik aufgewendet wird. Dabei zeigt sich, daß die Bevölkerung in Dänemark (35%) am häufigsten die richtige Antwort gegeben hat, gefolgt von der Bevölkerung in Schweden (29%). Die Befragten in Griechenland (6%) und Spanien (7%) wissen am seltensten, daß der größte Teil der EU-Gelder für die Gemeinsame Agrarpolitik aufgewendet wird. In den meisten Mitgliedsländern sind die Befragten nun jedoch besser informiert, als dies Anfang 1996 - anlässlich der letzten Eurobarometer-Umfrage zum EU-Haushalt - der Fall war. Nur Italien, das Vereinigte Königreich (jeweils -5) und Österreich (-4) haben sich diesem Trend nicht angeschlossen.

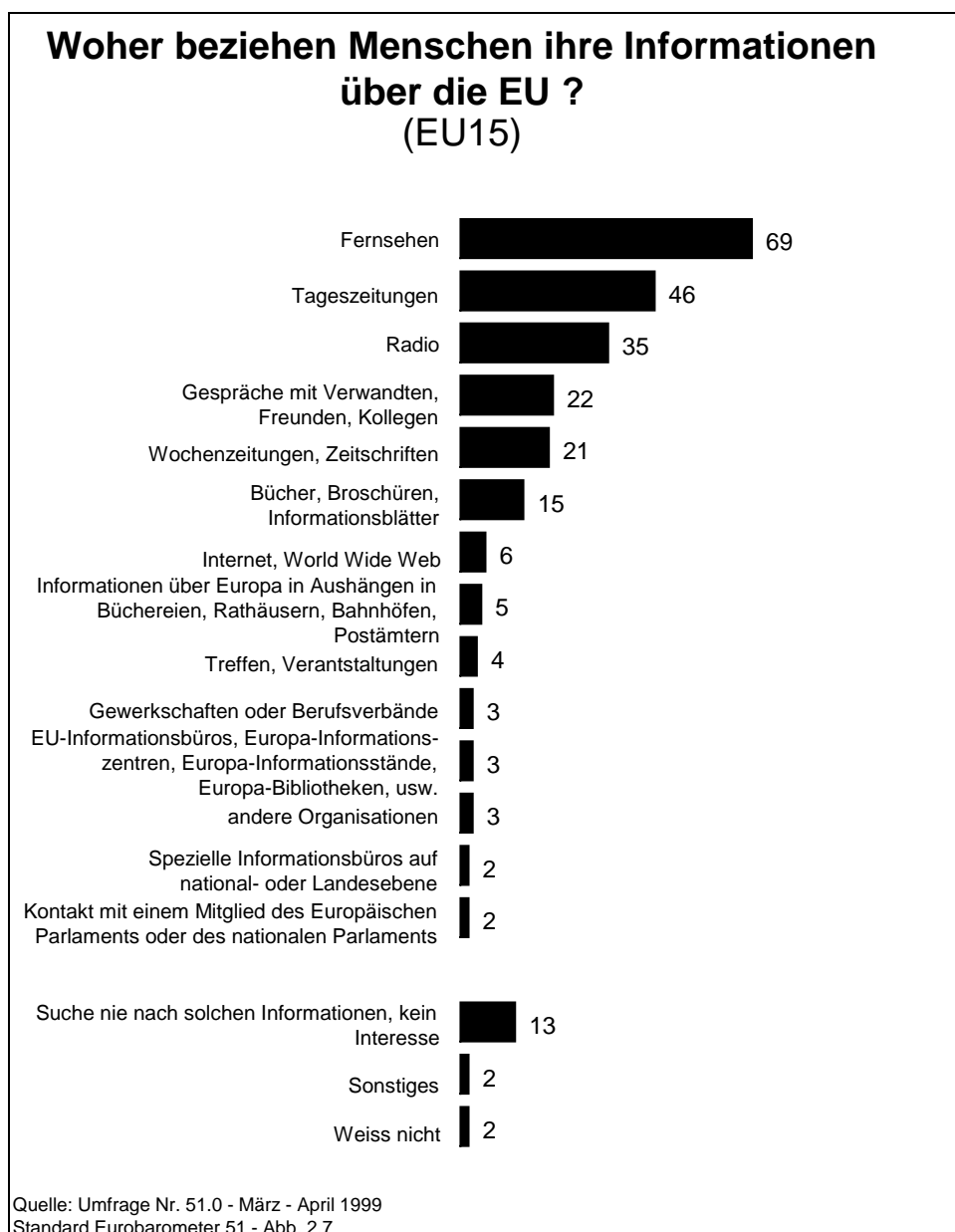


Das folgende Schaubild zeigt, daß der Anteil derjenigen, die meinen, die Verwaltungskosten, die in Wirklichkeit nur 5% des EU-Haushalts ausmachen, seien der größte Posten des EU-Haushalts, in Schweden (44%), Finnland (43%) und Dänemark (42%) am größten und in Italien (16%) und Portugal (18%) am niedrigsten ist. Dabei ist jedoch zu beachten, daß der Anteil der unentschiedenen Antworten in diesen beiden zuletzt genannten Ländern deutlich über dem Durchschnitt liegt. Im Frühjahr 1999 war der Anteil der Befragten, die die Verwaltungskosten für den größten Einzelposten des EU-Haushalts hielten, geringer als Anfang 1996. Im Vereinigten Königreich (-17), in Schweden (-9), Dänemark, Griechenland (jeweils -8) und Frankreich (-7) ging dieser Anteil am stärksten zurück. (Siehe auch Tabelle 2.3)



2.4. Wie informieren sich die Bürger über die EU?

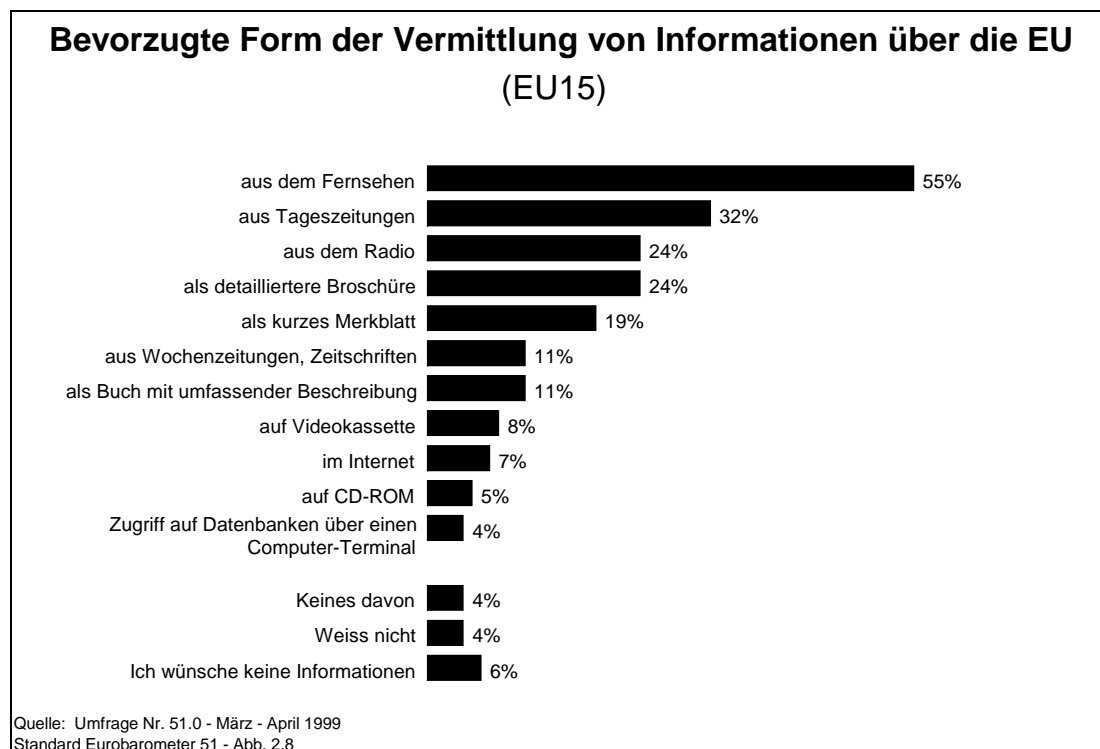
Wenn sich die Bürger über die Europäische Union informieren wollen, wenden sie sich bevorzugt den Medien zu. Beinahe 7 von 10 Befragten erklären auf die Frage, welche Quellen sie nutzen, wenn sie Informationen über die Europäische Union suchen, daß sie das Fernsehgerät einschalten¹³. 46% der Befragten lesen Tageszeitungen und 35% hören Radio, um sich über die Europäische Union zu informieren. Die einzigen weiteren Informationsquellen, die von mehr als 2 von 10 Befragten genannt wurden, sind Gespräche mit Verwandten, Freunden oder Kollegen (22%) und sonstige Wochenzeitungen und Zeitschriften (21%). 13% der Befragten sind niemals an Informationen über die Europäische Union interessiert, 2% nennen Informationsquellen, die nicht im Fragebogen enthalten sind, und 2% äußern keine Meinung¹⁴.



¹³ Die Befragten sollten anhand einer Liste mit 14 Informationsquellen oder Arten von Informationsquellen alle Quellen angeben, die sie benutzen. Sie konnten außerdem andere Quellen angeben, sich nicht zu dieser Frage äußern oder erklären, daß sie nie nach solchen Informationen suchen ("kein Interesse").

¹⁴ Tabelle 2.4 enthält die Antworten für jedes der 15 Mitgliedsländer.

Die Umfrageteilnehmer wurden außerdem gebeten, anhand einer Liste von 11 Informationsquellen anzugeben, welche Methode sie bevorzugten, um Informationen über die Europäische Union zu erhalten. Das Fernsehen ist nicht nur die am häufigsten benutzte Informationsquelle, sondern auch eindeutig die beliebteste Informationsquelle (55%). Die Tageszeitungen (32%) liegen auf dem zweiten Platz, gefolgt vom Rundfunk und einer "detaillierten Broschüre" (jeweils 24%). Moderne Informationsträger wie Videofilm (8%), Internet (7%), CD-ROMs (5%) und elektronische Datenbanken (4%) sind weiterhin nicht so populär wie die Druckerzeugnisse¹⁵.



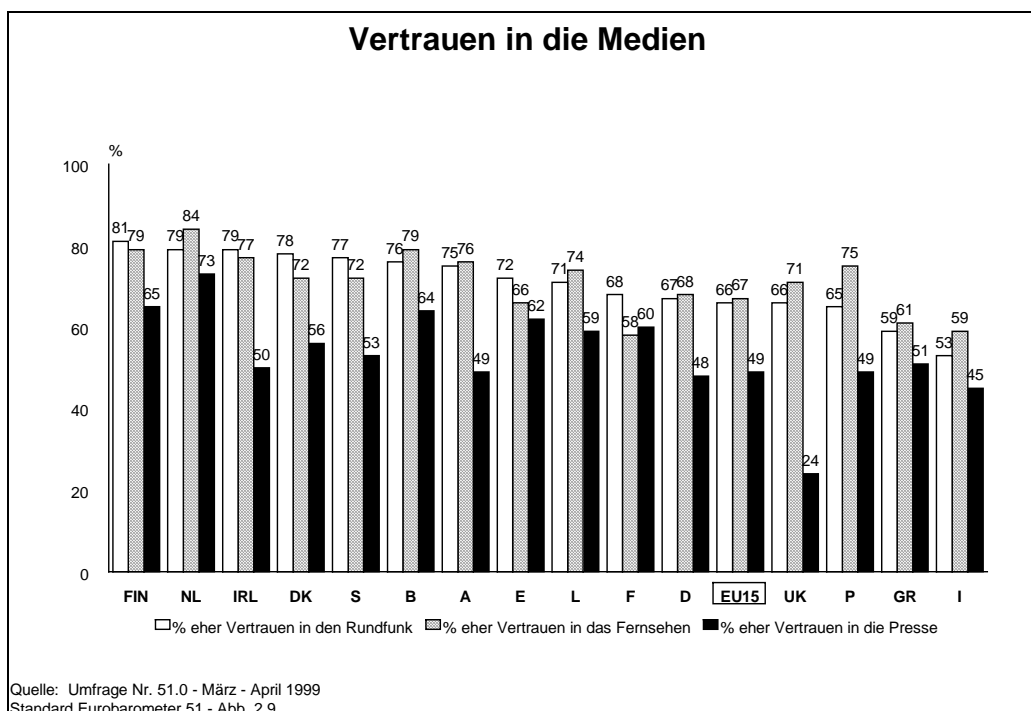
2.5. Vertrauen in die Medien

Im Rahmen der jüngsten Eurobarometer-Umfrage wurde untersucht, inwieweit die Bevölkerung der Berichterstattung im Rundfunk, im Fernsehen und in der Presse vertraut. 67% der Befragten erklärten, sie hätten eher Vertrauen zum Fernsehen, 66% gaben an, sie hätten eher Vertrauen zum Radio, und 49% sagten, sie hätten eher Vertrauen zur Presse. Seit dem Herbst 1997 ist das Vertrauen zu diesen drei Medien in allen Mitgliedsländern gestiegen¹⁶.

Das **Fernsehen** genießt in den Niederlanden (84%) sowie in Finnland, Belgien (jeweils 79%), Irland (77%), Österreich (76%) und Portugal (75%) das meiste Vertrauen und in Frankreich (58%) und Italien (59%) das geringste Vertrauen. Der **Rundfunk** genießt das meiste Vertrauen in Finnland (81%), in den Niederlanden und in Irland (jeweils 79%) und das geringste Vertrauen in Italien (53%) und Griechenland (59%). Der **Presse** wird in den Niederlanden (73%) sowie in Finnland (65%) und Belgien (64%) das meiste Vertrauen geschenkt. Weit abgeschlagen ist die Presse im Vereinigten Königreich, der das geringste Vertrauen entgegengebracht wird, obwohl sich die Werte seit dem Herbst 1997 um 9 Prozentpunkte auf 24% verbessert haben. (Tabelle 2.6)

¹⁵ Tabelle 2.5 enthält die Antworten für jedes der 15 Mitgliedsländer.

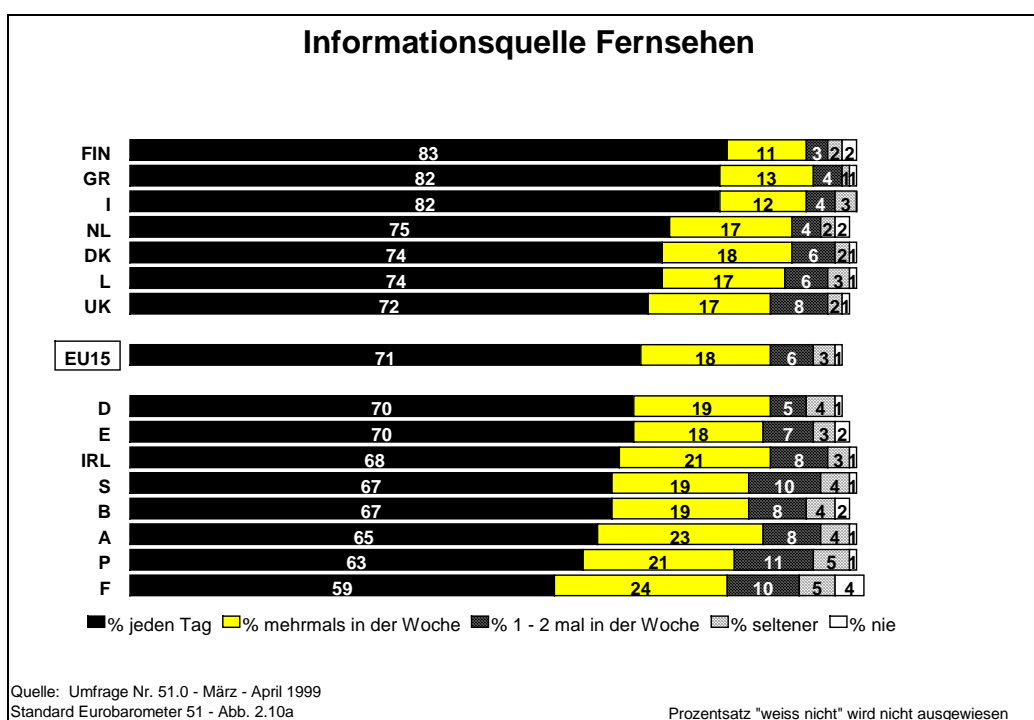
¹⁶ Siehe Eurobarometer 48, Kapitel 2.



2.6. Nutzung der Medien und Zugang zu modernen Informationsmitteln

Fernsehnachrichten

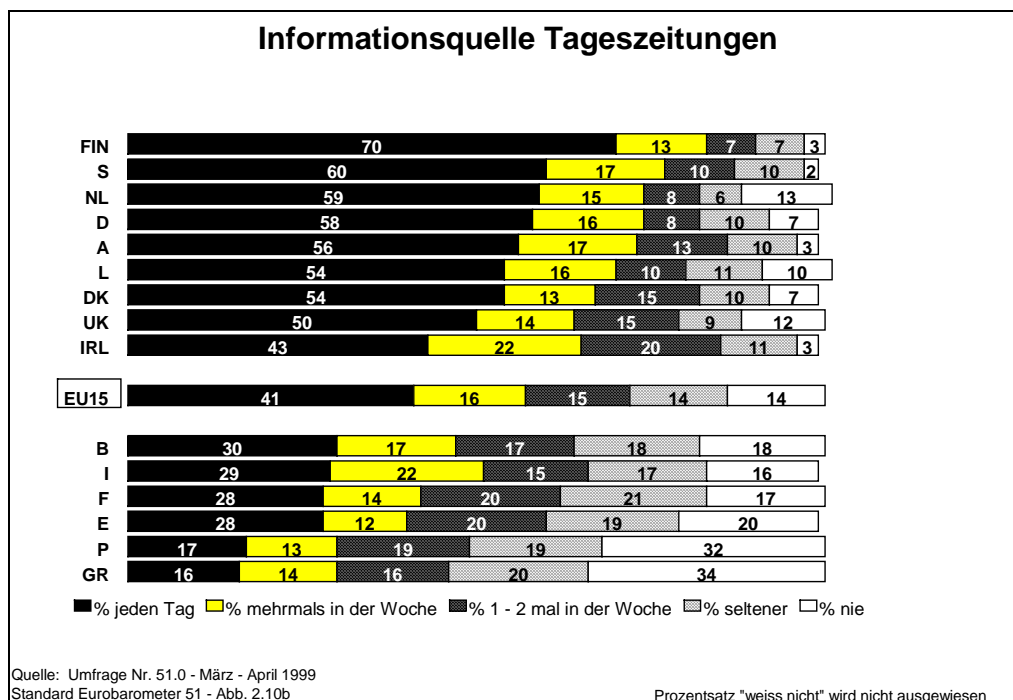
Wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht, verfolgen 71% der Befragten die Fernsehnachrichten täglich und weitere 18% mehrmals in der Woche¹⁷.



¹⁷ Siehe auch Tabelle 2.7a.

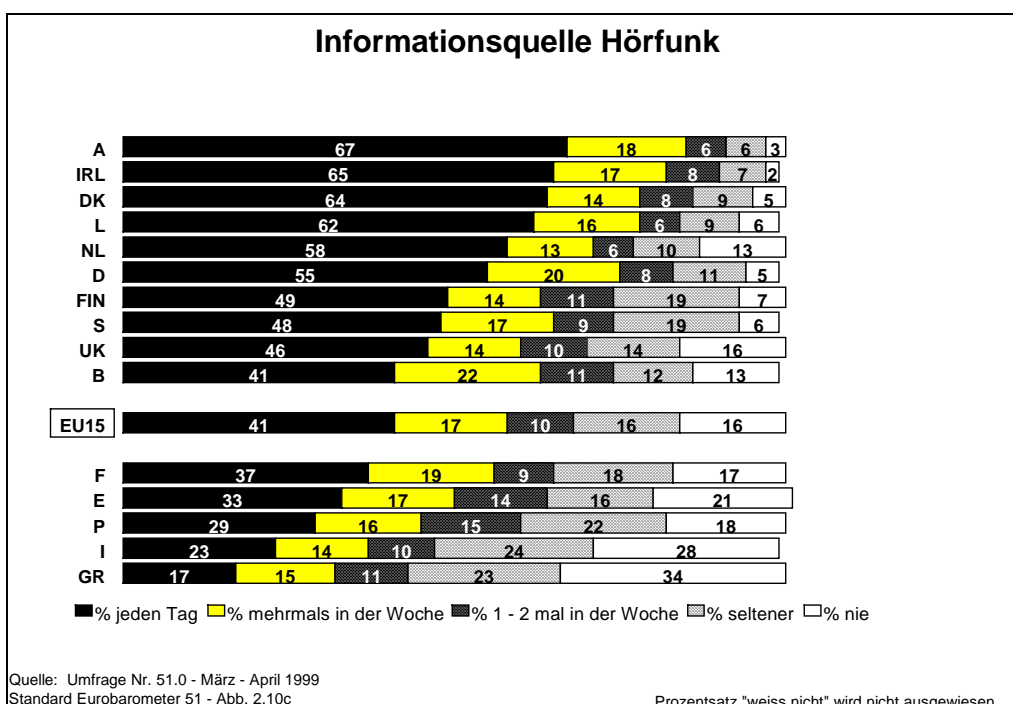
Zeitungsnachrichten

Beinahe 6 von 10 Befragten lesen die aktuellen Nachrichten in den Tageszeitungen täglich (41%) oder mehrmals in der Woche (16%)¹⁸.



Rundfunknachrichten

Auch der Rundfunk ist eine beliebte Nachrichtenquelle: beinahe 6 von 10 Befragten hören die Nachrichten der Rundfunksender täglich (41%) oder mehrmals pro Woche (17%)¹⁹.

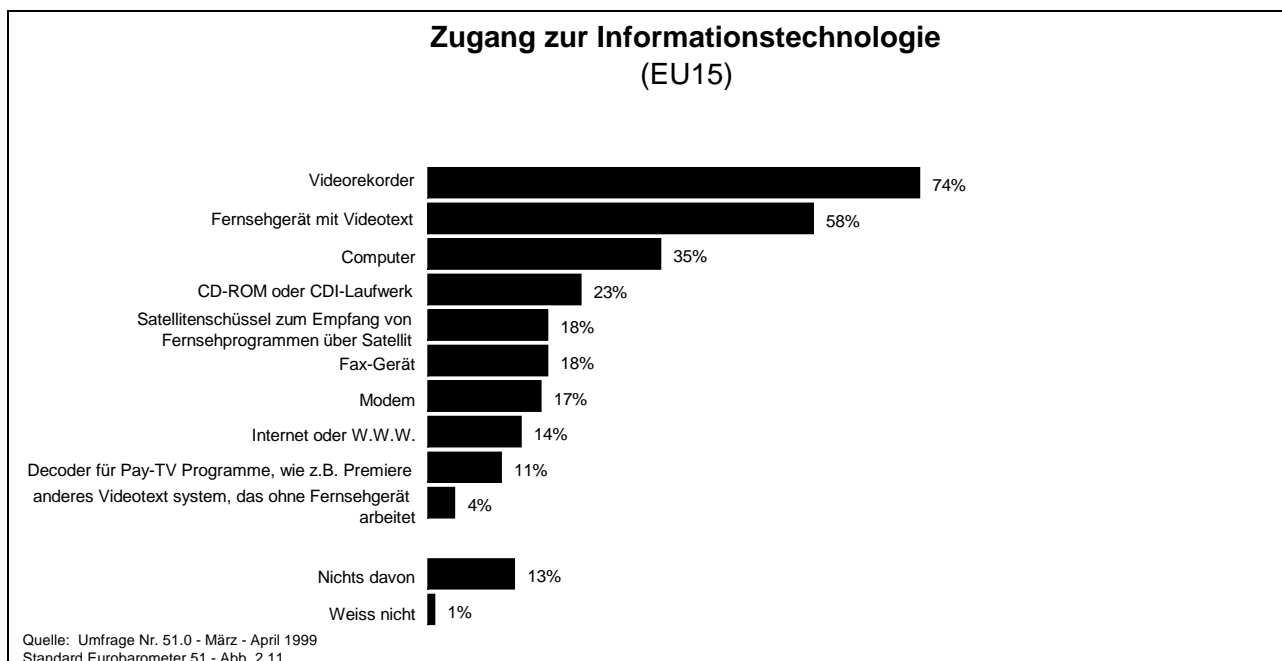


¹⁸ Siehe auch Tabelle 2.7b.

¹⁹ Siehe auch Tabelle 2.7c.

Zugang zu den neuen Medien

Die Eurobarometer-Umfrage ermittelt außerdem, inwieweit die Bürger und Bürgerinnen Zugang zu den neuen Medien haben. 74% der Europäer haben Zugang zu einem Videorekorder, dem "Großvater" der modernen Informationstechnologie. 58% haben Zugang zu einem Fernsehgerät, das mit Teletext ausgerüstet ist, 35% haben Zugang zu einem Computer und 23% haben Zugang zu einem CD-ROM-Lesegerät.



Das Schaubild zeigt außerdem, daß 14% der Befragten Zugang zum Internet haben, gegenüber 8% im Herbst 1997 und 12% im Frühjahr 1998. Der Anteil der Personen mit Internetzugang variiert von Land zu Land sehr stark und steigt wie schon in der Vergangenheit in den skandinavischen Ländern in rasantem Tempo an. Im Frühjahr 1999 registrierten auch die Niederlande und Luxemburg eine nennenswerte Zunahme des Anteils an Personen, die Zugang zum Internet haben. (Siehe auch Tabelle 2.8)

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß das Internet von 7% der EU-Bürger bevorzugt wird, wenn sie sich über die EU informieren wollen. Auch hier gibt es wieder große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, steigt in den meisten Ländern der Anteil derjenigen, die sich bevorzugt mit Hilfe des Internets über die EU informieren, viel langsamer an, als der Anteil derjenigen, die Zugang zum Internet erhalten.

Anteil der Personen mit Internet-Zugang und Anteil der Personen, die sich vorzugsweise im Internet über EU-Angelegenheiten informieren (nach Ländern und EU15)				
Land	Personen mit Internet-Zugang Frühjahr 1999 (in %)	Veränderung gegenüber Frühjahr 1998 (in %)	Personen, die sich bevorzugt im Internet informieren Frühjahr 1999 (in %)	Veränderung gegenüber Frühjahr 1998 (in %)
Schweden	55	+16	18	-4
Dänemark	44	+9	21	+5
Finnland	37	+6	16	-1
Niederlande	35	+12	13	+1
Luxemburg	22	+11	11	+5
UK	22	+2	9	0
EU15	14	+2	7	+1
Italien	13	+4	8	+1
Irland	12	+4	6	+2
Österreich	11	+4	6	+2
Belgien	11	+2	6	+1
Deutschland	9	+1	4	0
Frankreich	8	+1	5	0
Spanien	8	0	3	-2
Portugal	6	0	5	-1
Griechenland	5	+2	5	+1

3. Einstellungen zur Europäischen Union im Jahr 1999

Dieses Kapitel beschreibt den Stand der öffentlichen Meinung im Frühjahr 1999 und erörtert Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern und zwischen den verschiedenen soziodemographischen Gruppen in der Bevölkerung.

Allgemein ist festzustellen, daß die Öffentlichkeit der Europäischen Union im Frühjahr 1999 weniger positiv gegenübersteht als zur Zeit der vorhergehenden Umfrage im Herbst 1998²⁰. Wir führen diesen Vertrauensschwund auf die Ereignisse im März 1999 zurück, als die Europäische Kommission zurücktrat, nachdem der Ausschuß unabhängiger Sachverständiger²¹ den Ersten Bericht über Anschuldigungen betreffend Betrug, Mißmanagement und Nepotismus in der Europäischen Kommission veröffentlicht hatte. Die Umfragen für das Eurobarometer begannen genau zu dem Zeitpunkt, als die Kommission zurücktrat und die Berichterstattung in den Medien am intensivsten war²². Ein weiterer Faktor dürfte der Krieg im Kosovo gewesen sein, der während der Durchführung der Eurobarometer-Umfragen begann.

Jede einzelne Eurobarometer-Umfrage mißt die öffentliche Meinung nur zu einem bestimmten Zeitpunkt, doch in ihrer Gesamtheit zeichnen die Umfragen ein Bild der Entwicklung der öffentlichen Meinung im Laufe der Zeit. Das nächste Eurobarometer, das für den Herbst 1999 geplant ist, wird daher Aufschluß darüber geben, ob der derzeitige Vertrauensschwund nur ein vorübergehendes Phänomen ist oder den Beginn eines länger anhaltenden negativen Trends markiert. Viel wird davon abhängen, wie sich die Lage im Kosovo weiterentwickelt und wie die Öffentlichkeit auf den Amtsantritt der neuen Kommission im September 1999 reagiert, deren Mandat durch den Vertrag von Amsterdam²³ geregelt ist.

3.1. Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft

Im Frühjahr 1999 hielten 49% der Europäer die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache. Dieser Anteil liegt unter dem Wert vom Herbst 1998, als 54% der Befragten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes befürworteten. Der Anteil der Personen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine schlechte Sache halten, liegt jedoch unverändert bei 12%. Der Rückgang der Zustimmung wird also nicht durch eine Zunahme der Ablehnung ausgeglichen, sondern durch eine Zunahme des Anteils der Personen (+4), die sich nicht äußern können oder wollen.

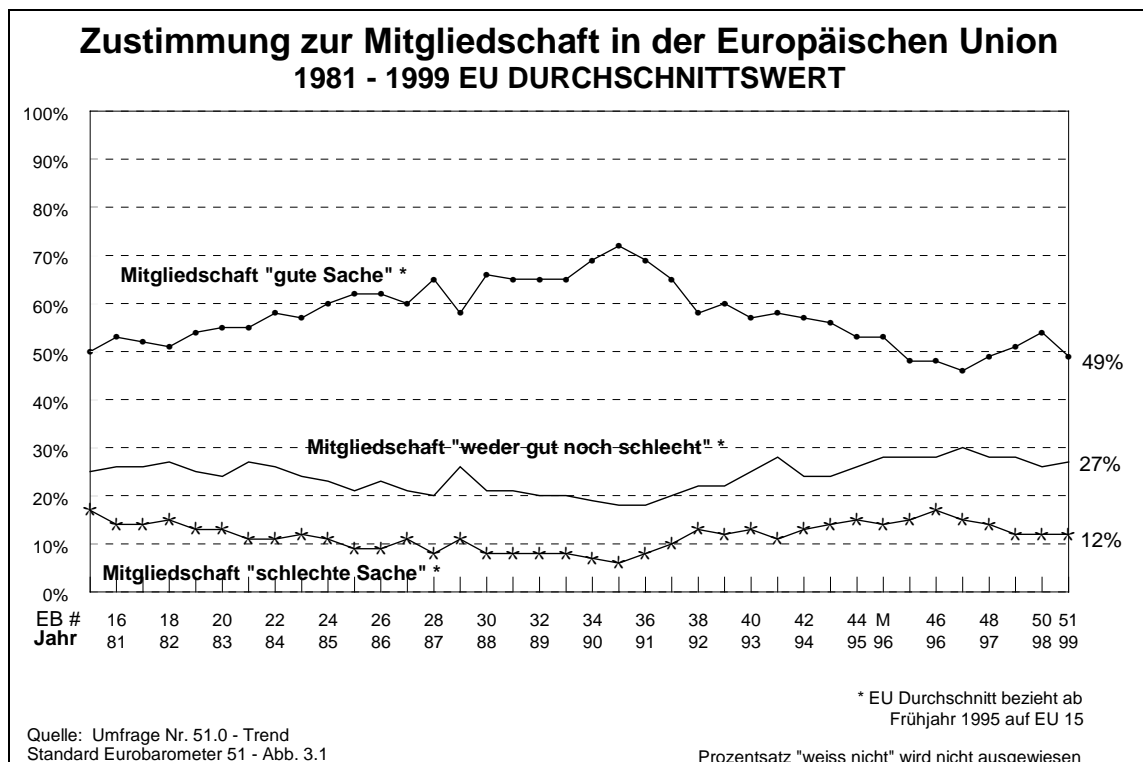
Die im folgenden Schaubild dargestellte zeitliche Entwicklung zeigt, daß der Anteil der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft von 50% im Jahr 1981 auf einen absoluten Spitzenwert von 72% im Frühjahr 1991 angestiegen ist. Zu dieser Zeit war die wirtschaftliche Lage der Europäer ausgezeichnet und die Arbeitslosenquoten waren relativ niedrig. Darüber hinaus erwarteten sich die Bürger und Bürgerinnen Vorteile aus der unmittelbar bevorstehenden Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts. In der Mitte der neunziger Jahre erreichte die Zustimmung der Öffentlichkeit zur Europäischen Union einen deutlichen Tiefstand. Der Golfkrieg, die Wirtschaftskrise und die damit verbundenen hohen Arbeitslosenquoten, die Diskussion über den Vertrag von Maastricht, der Krieg in Jugoslawien, der Beitritt von drei Ländern, die der EU eher skeptisch gegenüberstehen, und die BSE-Krise sind nur einige der Gründe, die dazu beigetragen haben, daß die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft im Frühjahr 1997 auf einen Tiefstand von 46% sank. Bis zur jüngsten institutionellen Krise und dem Krieg im Kosovo waren die späten neunziger Jahre durch einen langsamen, aber kontinuierlichen Anstieg der Zustimmungsraten gekennzeichnet. (Siehe auch die Schaubilder zu den einzelnen Ländern, Abb. 3.5a-o)

²⁰ Einige Fragen wurden im Frühjahr 1998 zum letzten Mal gestellt.

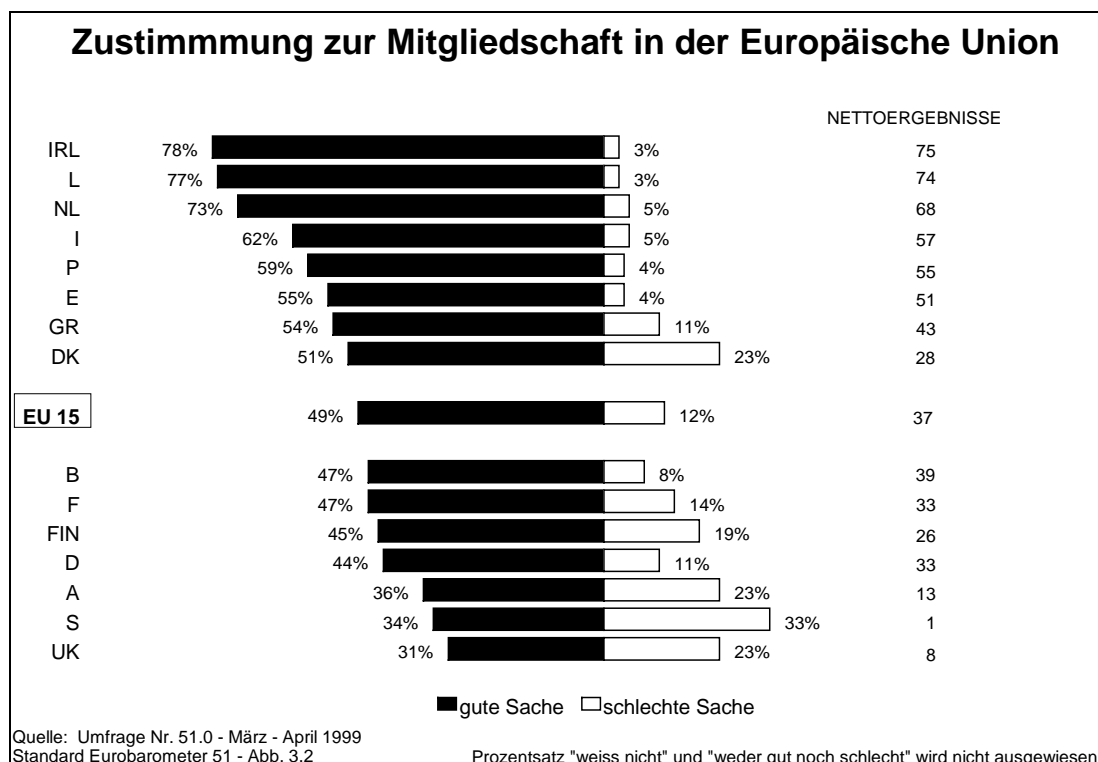
²¹ Das Europäische Parlament beschloß am 14. Januar 1999, mit Zustimmung der Europäischen Kommission einen Ausschuß unabhängiger Sachverständiger einzusetzen.

²² Die Europäische Kommission trat am 15. März 1999 zurück. In Griechenland und Luxemburg begann die Eurobarometer-Umfrage am 12. März 1999. In allen anderen Ländern begann die Umfrage entweder an dem Tag, an dem die Kommission zurücktrat, oder kurz danach. Einzelheiten zu den Umfrage-Terminen sind in Anhang C.3 enthalten.

²³ Der Vertrag von Amsterdam trat am 1. Mai 1999 in Kraft. Weitere Einzelheiten finden Sie im Internet unter der folgenden Adresse: <http://europa.eu.int/abc/obj/amst/de/index.htm>



Wie aus der Länderanalyse hervorgeht, ist die Zustimmung zur Europäischen Union in Irland (78%), Luxemburg (77%) und in den Niederlanden (73%) weiterhin am größten. Mehr als die Hälfte der Befragten in Italien, Portugal, Spanien, Griechenland und Dänemark befürworten ebenfalls die EU-Mitgliedschaft ihres Landes, obwohl der Anteil der Gegner in Dänemark (23%) deutlich über dem Durchschnitt liegt. Wie schon in der Vergangenheit ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft im Vereinigten Königreich (31%), in Schweden (34%) und in Österreich (36%) am geringsten, wobei in Schweden (33%) die höchsten Ablehnungsraten registriert wurden.



In drei Ländern ist der Anteil derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten, seit dem Herbst 1998 deutlich zurückgegangen, nämlich in Portugal (-5), Luxemburg und Schweden (jeweils -3). In Belgien, Finnland, Irland und in den Niederlanden wurde keine nennenswerte Veränderung registriert. In den übrigen Mitgliedsländern ist die Öffentlichkeit weniger positiv eingestellt als im Herbst 1998. Es wurde bereits erwähnt, daß diese Entwicklung mit dem Rücktritt der Europäischen Kommission zusammenhängen dürfte, über den in den Medien ausführlich berichtet wurde. Der größte Rückgang der Zustimmung wurde in Griechenland (-13) registriert, gefolgt von Spanien (-8), dem Vereinigten Königreich, Italien (jeweils -6), Dänemark, Frankreich (jeweils -5) und Deutschland (-4). In Österreich ist der Rückgang des Anteils derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten, statistisch nicht signifikant, doch stieg der Anteil derjenigen an, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine schlechte Sache (+4) halten. Dänemark ist das einzige andere Land, wo der Anteil derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine schlechte Sache (+3) halten, deutlich gestiegen ist. In den anderen Ländern, in denen die Zustimmung zurückging, wurde diese Entwicklung durch eine Zunahme des Anteils an Personen ausgeglichen, die sich nicht äußerten oder für die die EU-Mitgliedschaft weder gut noch schlecht ist. (Tabelle 3.1a)

Die demographische Analyse zeichnet ein schon bekanntes Meinungsbild für die beiden Geschlechter: die Männer halten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eher für eine gute Sache (52%) oder für eine schlechte Sache (13%) als die Frauen (45% bzw. 11%). Wie schon in der Vergangenheit äußern die Frauen häufiger als die Männer keine Meinung (15% bzw. 9%).

Der Bildungsabschluß ist ein sehr wichtiger Faktor für die Einstellung zur EU: 64% derjenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter beendeten, befürworteten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes, gegenüber nur 40% derjenigen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder jünger verließen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist das Lebensalter: die 15-54 jährigen (51%) befürworteten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes in bedeutend stärkerem Maß als Personen im Alter von 55 Jahren und älter (44%). Die Aufschlüsselung nach Berufskategorien läßt eine Differenz von 24 Prozentpunkten zwischen den Zustimmungsraten von Führungskräften (65%) und Personen im Ruhestand (41%) erkennen.

Ein sehr wichtiger Indikator ist die Einstufung der eigenen Kenntnisse über die Europäische Union: 71% derjenigen, die nach eigenen Angaben viel über die EU wissen, befürworten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes, gegenüber nur 36% derjenigen, die nach eigenen Angaben sehr wenig über die EU wissen. Auf die Frage, ob die EU-Mitgliedschaft eine gute Sache oder eine schlechte Sache sei, bleiben die weniger gut informierten Personen erwartungsgemäß häufiger die Antwort schuldig (21%) als diejenigen, die nach eigenen Angaben gut über die EU informiert sind (3%). (Tabelle 3.1b)

3.2. Vorteile durch EU-Mitgliedschaft

Der Anteil der EU-Bürger, die meinen, daß ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, liegt im Frühjahr 1999 bei 44%; dies ist gegenüber dem Herbst 1998 ein Rückgang um 5 Prozentpunkte. Allerdings ist der Anteil der negativen Antworten auf EU-Ebene ebenfalls zurückgegangen - wenn auch nur geringfügig von 31% auf 29%. Dies bedeutet, daß im Frühjahr 1999 häufiger keine Meinung geäußert wurde als im Herbst 1998 (+7).

Seit dem Herbst 1998 hat sich die öffentliche Meinung in Portugal und Finnland zum Positiven gewendet, denn dort stieg der Anteil der Personen, die erklären, ihr Land habe von der EU-Mitgliedschaft profitiert, deutlich an (jeweils +4), während der Anteil derjenigen, die glauben, ihr Land habe nicht von der EU-Mitgliedschaft profitiert, deutlich zurückging (-7 in Portugal und -4 in Finnland). In Italien und in den Niederlanden hat sich der Anteil der positiven Antworten nicht verändert, doch die negativen Antworten waren deutlich rückläufig (-8 in Italien und -3 in den Niederlanden). In Belgien hat sich die öffentliche Meinung seit dem Herbst 1998 nicht verändert. In Spanien sowie im Vereinigten Königreich, in Frankreich, Griechenland und Schweden sind die Befragten weniger positiv eingestellt, doch führte dies nicht zu einem deutlichen Anstieg der negativen Antworten. Statt dessen wird in diesen Ländern nun eher keine Meinung geäußert. In den ersten beiden Ländern, in denen sich der Anteil der unentschiedenen Antworten um 14 bzw. 11 Prozentpunkte erhöhte, ist die Bevölkerung nicht nur weniger positiv, sondern auch weniger negativ eingestellt (-4 bzw. -5). In den drei zuletzt genannten Ländern steht dem deutlichen Rückgang bei den positiven Antworten ein deutlicher Anstieg der unentschiedenen Antworten gegenüber (+8 in Griechenland, +7 in Frankreich und +4 in Schweden). Nur in Österreich, Dänemark und Deutschland fallen die Umfrageergebnisse deutlich negativer aus als im Herbst 1998. (Tabelle 3.2a²⁴)

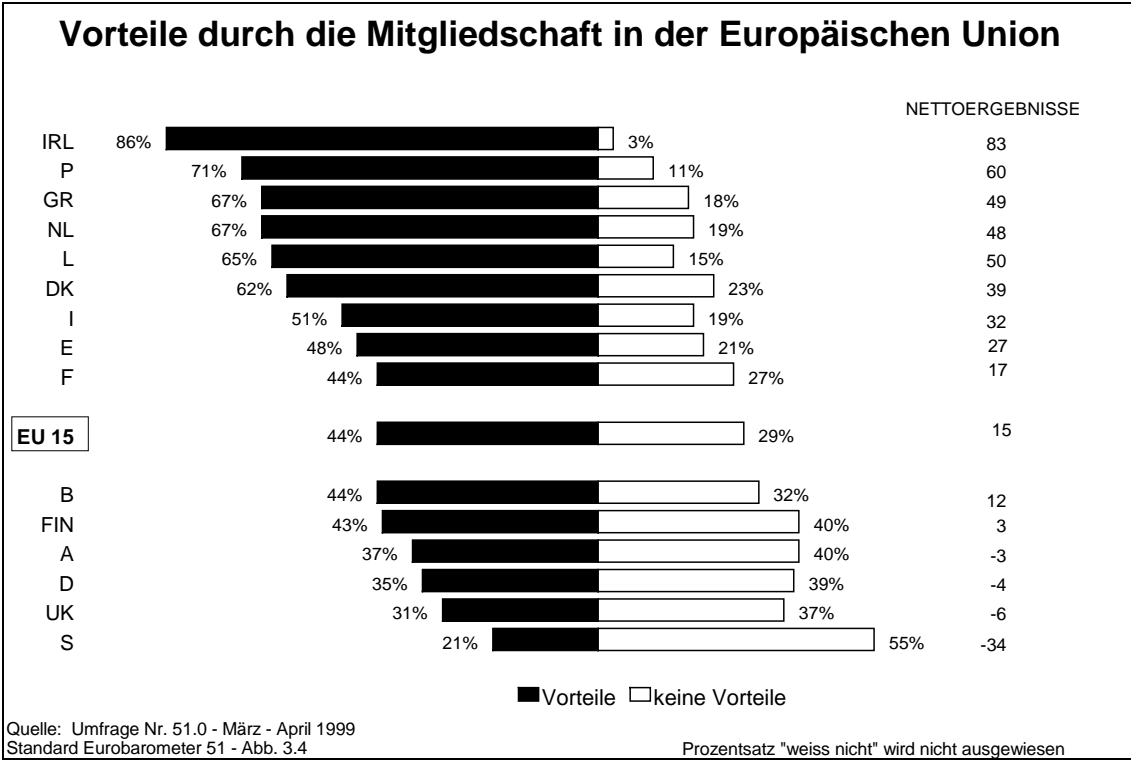
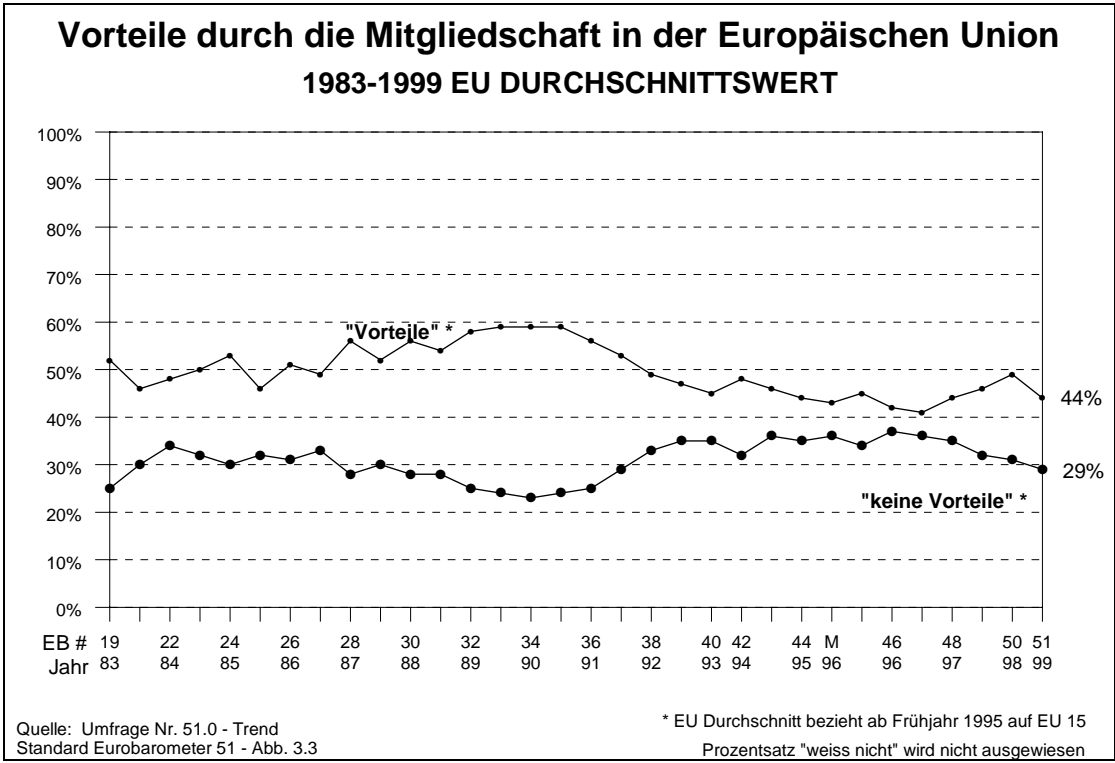
Ebenso wie im Herbst 1998 ist die Bevölkerung in Irland am positivsten eingestellt: 86% der Befragten erklären, ihr Land habe von der EU-Mitgliedschaft profitiert, und nur 3% meinen, ihr Land habe nicht davon profitiert. Am anderen Ende der Skala finden wir Schweden, das das einzige Land ist, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung (55%) meint, ihr Land habe nicht von der EU-Mitgliedschaft profitiert und nur 21% der Befragten eine positive Meinung haben. Die übrigen 13 Länder liegen zwischen diesen beiden Polen und lassen sich in drei Kategorien einteilen:

1. In Portugal, Griechenland sowie in den Niederlanden, Luxemburg, Dänemark und Italien ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Meinung, daß ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, während weniger als ein Viertel der Bevölkerung eine negative Meinung hat.
2. Obwohl weniger als die Hälfte der Bevölkerung in Spanien, Frankreich, Belgien und Finnland meint, daß ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, ist der Anteil derjenigen, die positiv eingestellt sind, größer als Anteil derjenigen, die negativ eingestellt sind.
3. Mehr negative als positive Antworten gab es in Österreich, Deutschland und im Vereinigten Königreich, obwohl der Anteil der negativen Antworten deutlich unter der 50%-Marke liegt.

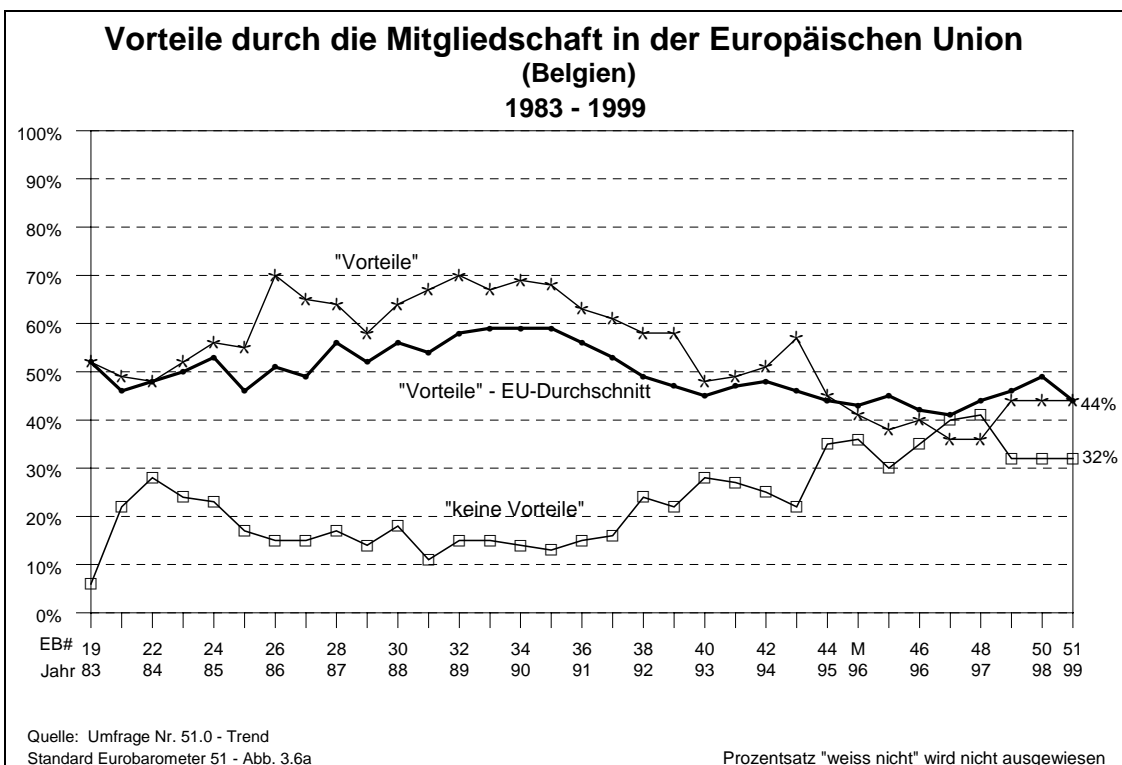
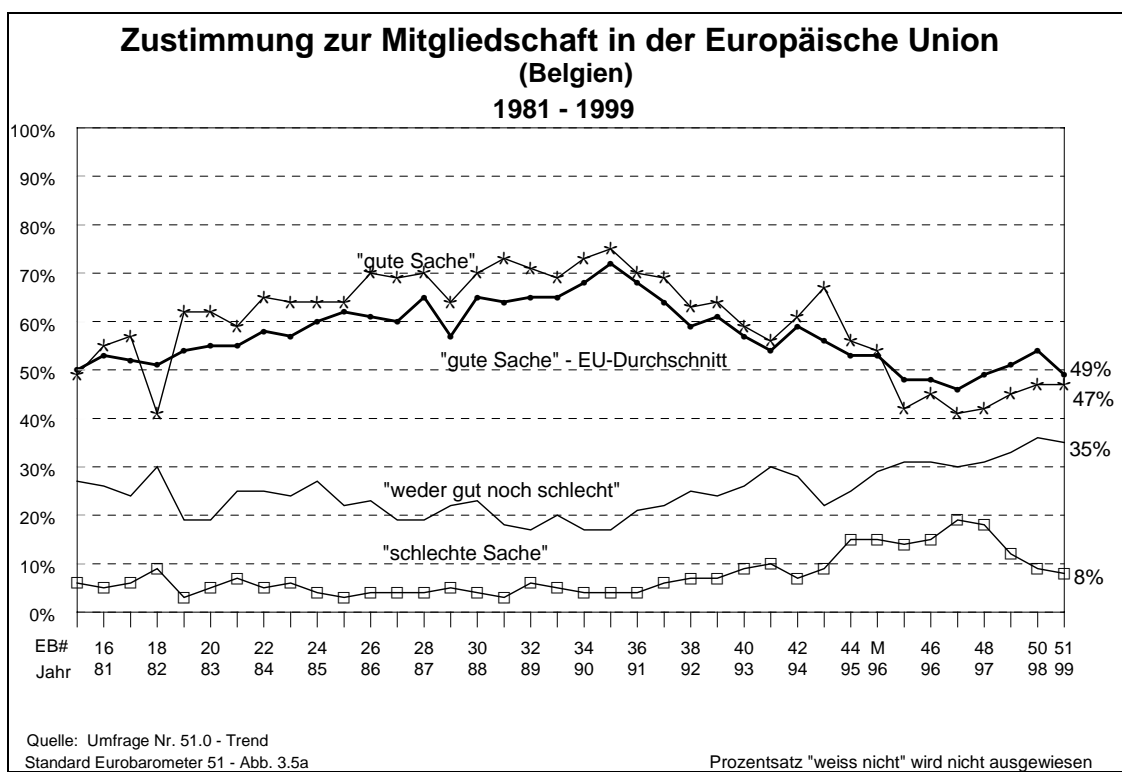
Die demographische Analyse zeigt, daß Führungskräfte (60%) und Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (58%), am häufigsten die Meinung vertreten, daß ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, während Personen im Ruhestand (35%) und diejenigen, die die Schulausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger beendeten (36%), diese Auffassung am seltensten teilen.

Der folgende Vergleich illustriert die starke Polarisierung zwischen den Befürwortern und den Gegnern der Europäischen Union: 74% der Befragten, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, glauben, daß ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, gegenüber 7% der Befragten, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen. (Tabelle 3.2b)

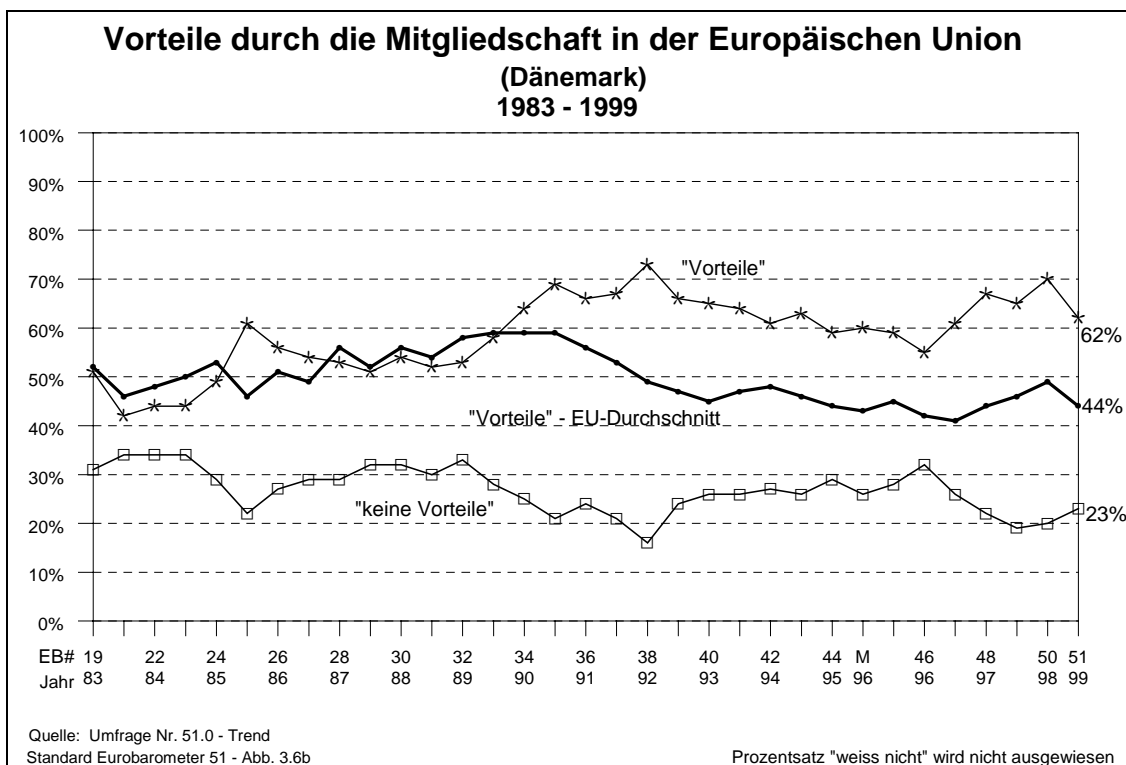
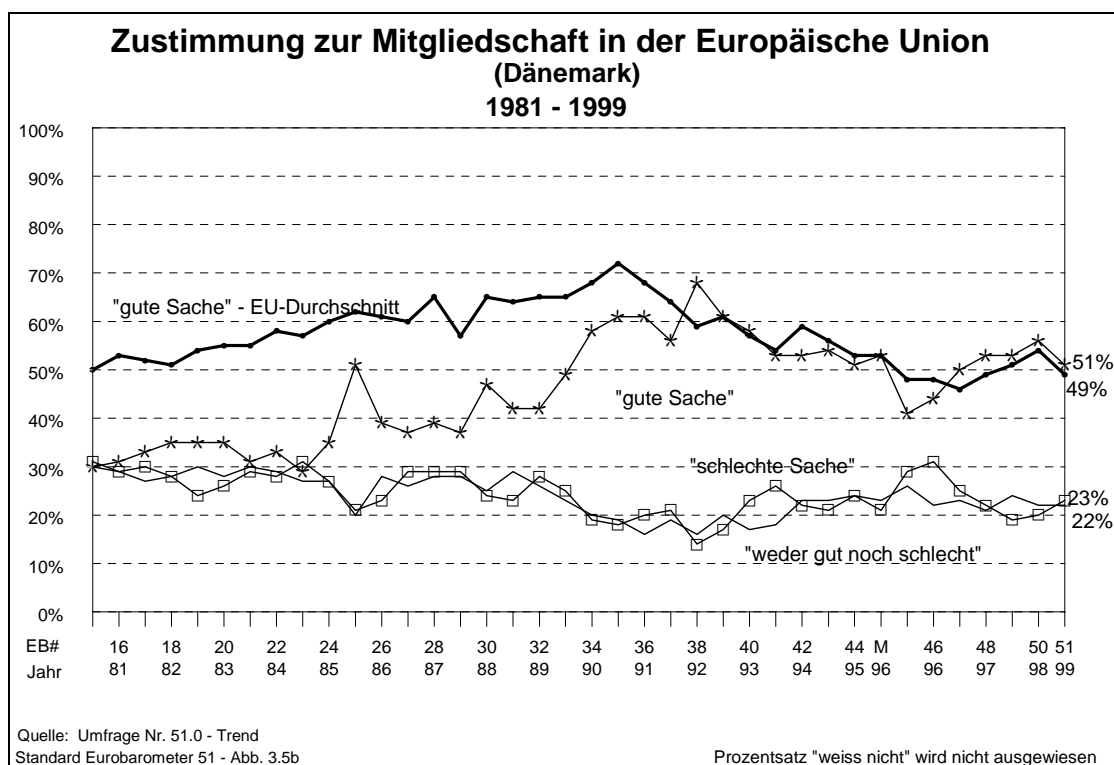
²⁴ Die Langzeitentwicklung für die einzelnen Mitgliedsländer ist in den Abbildungen 3.6a-o dargestellt.



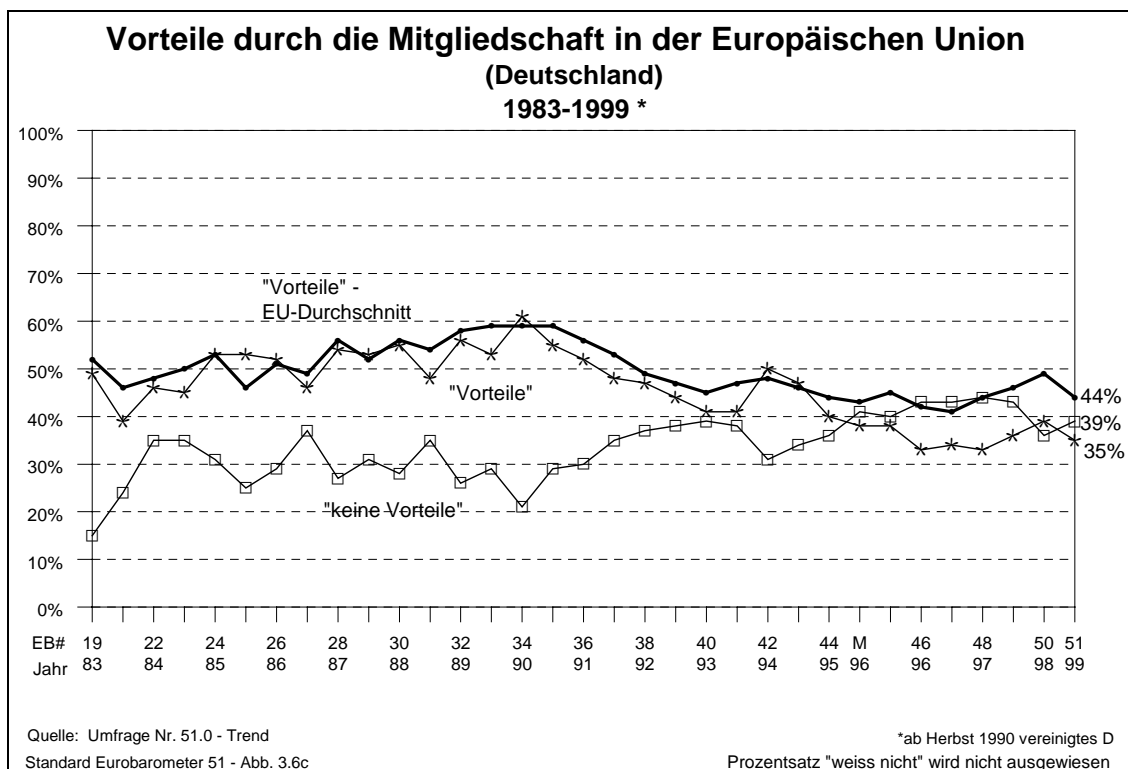
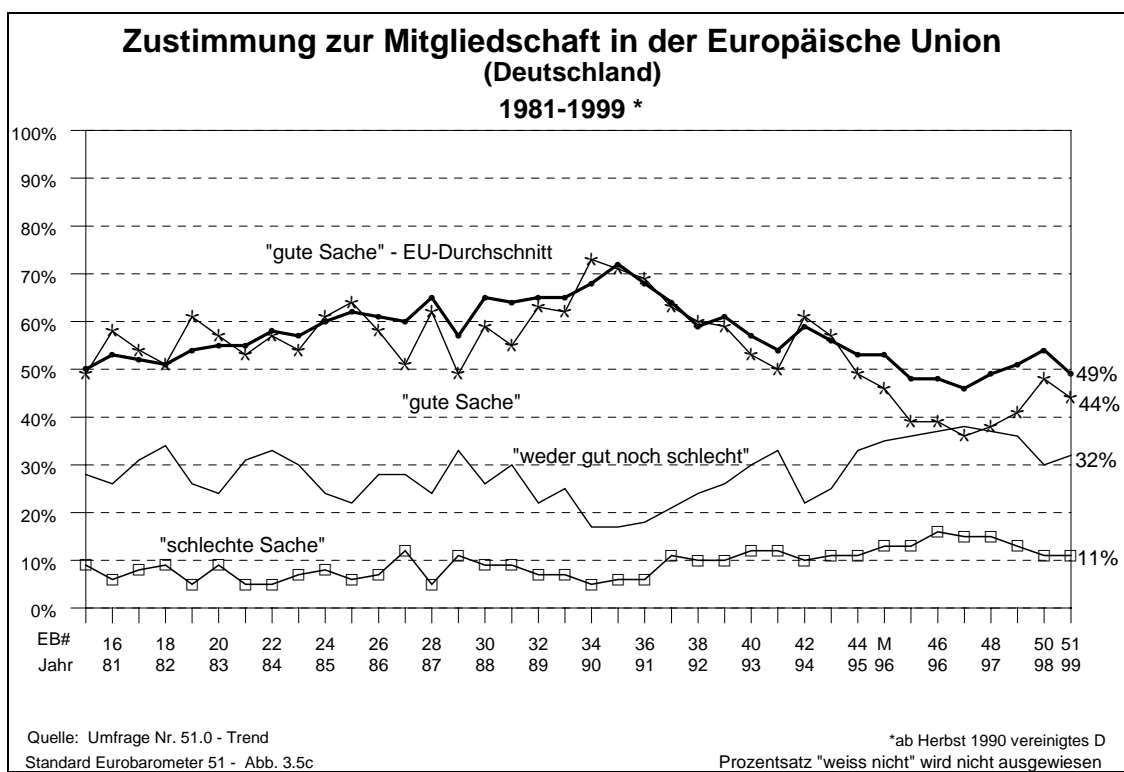
BELGIEN



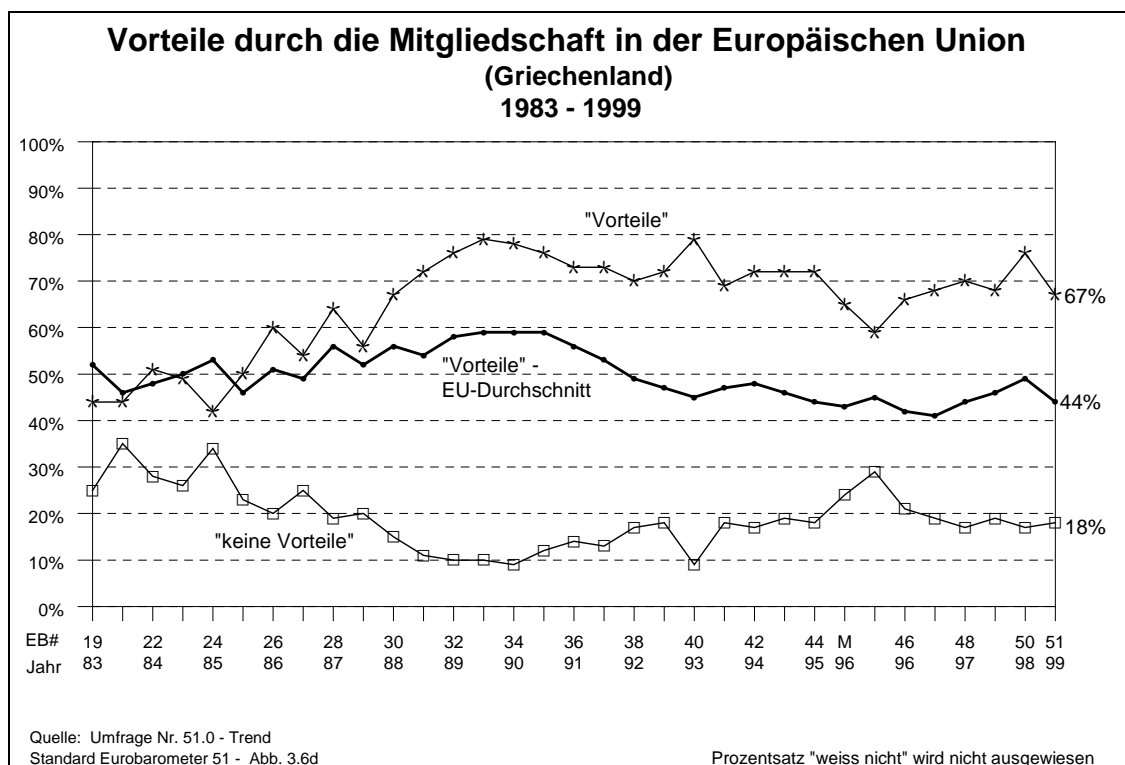
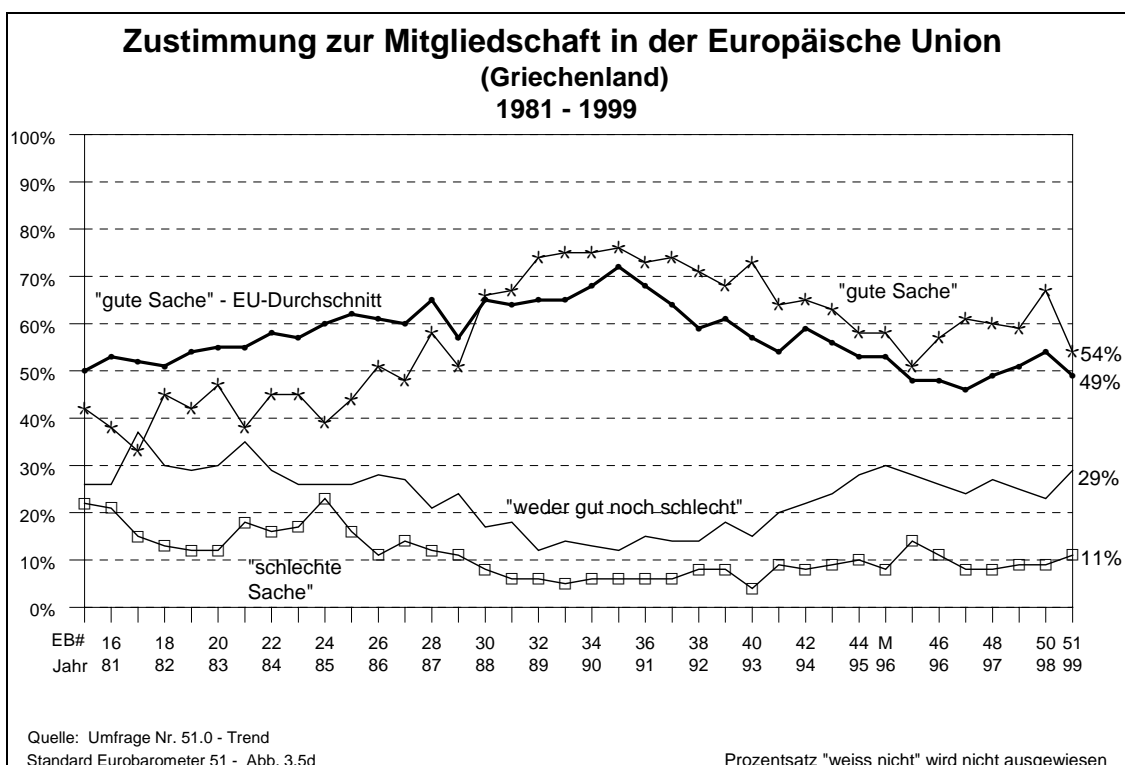
DÄNEMARK



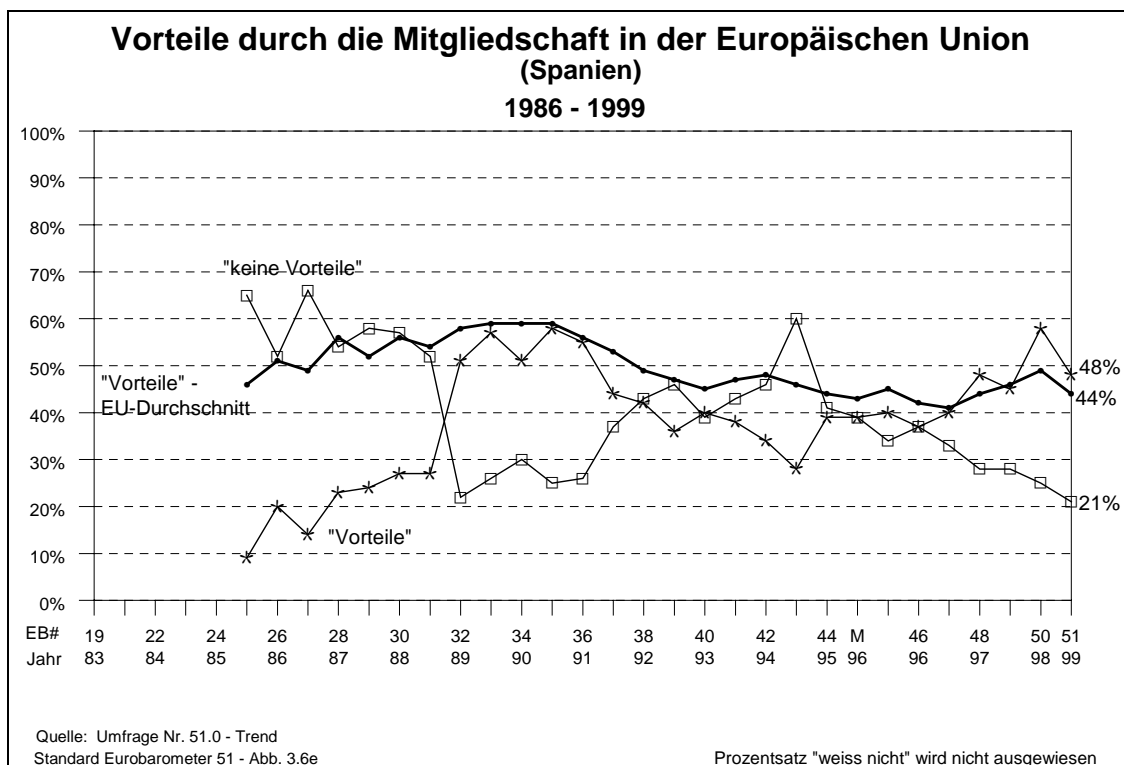
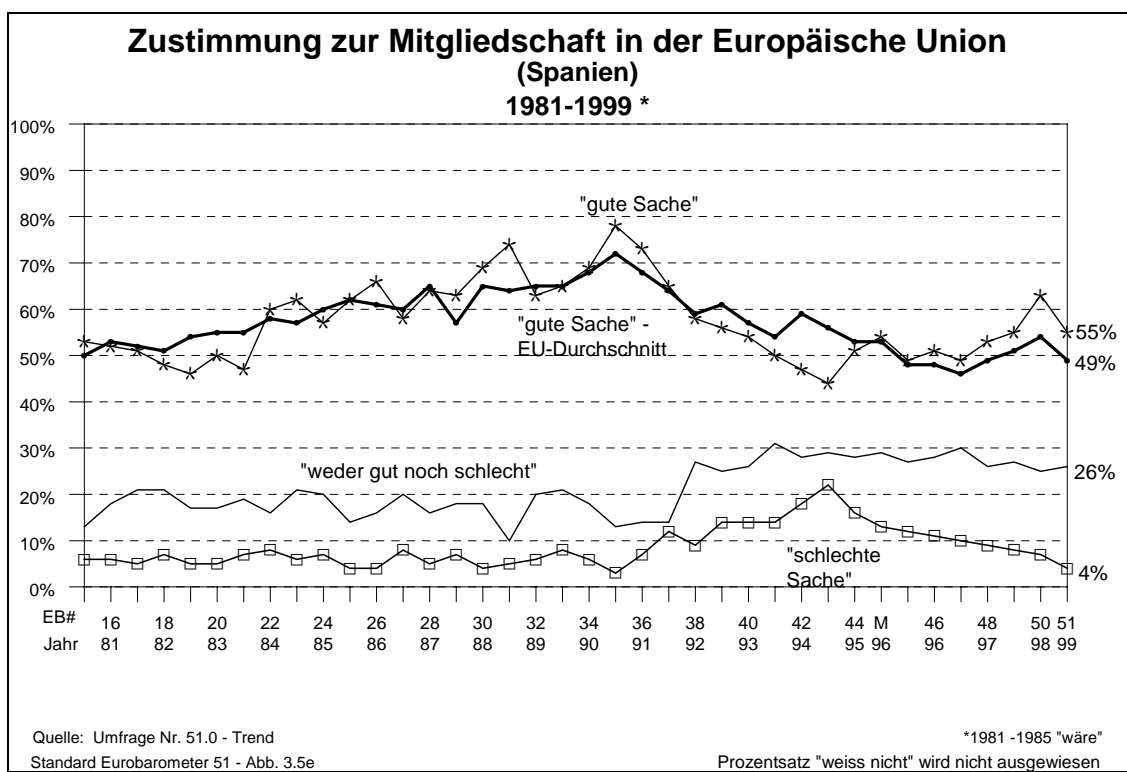
DEUTSCHLAND



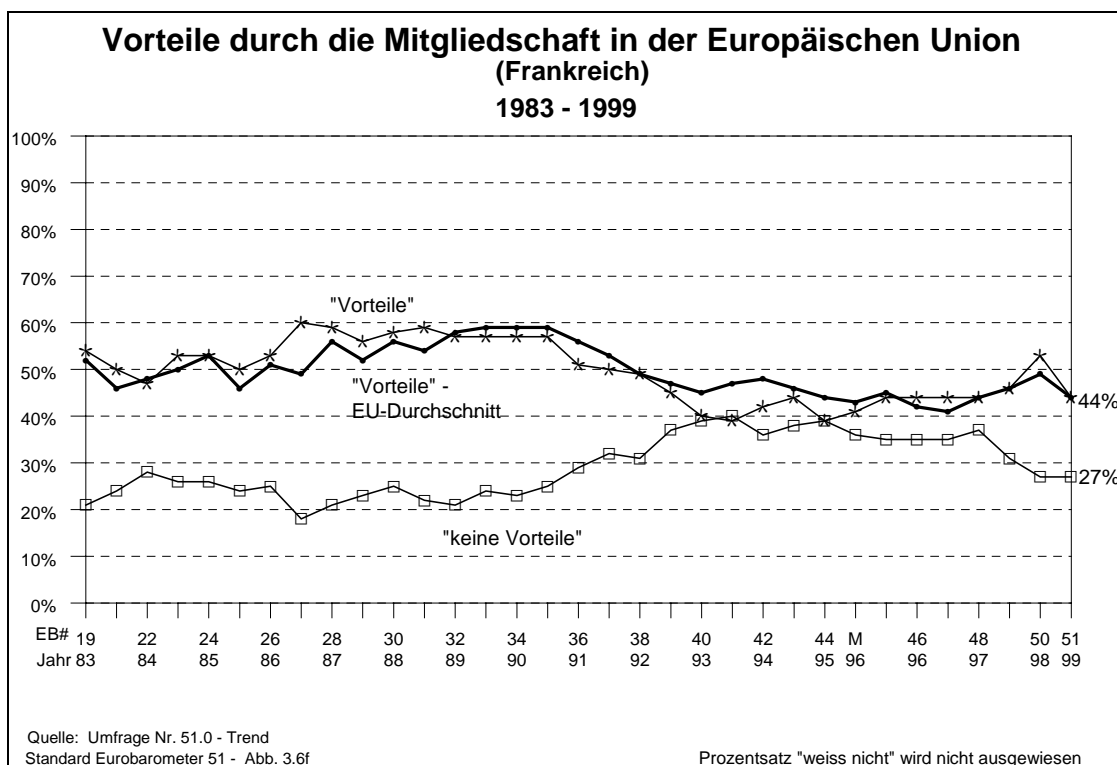
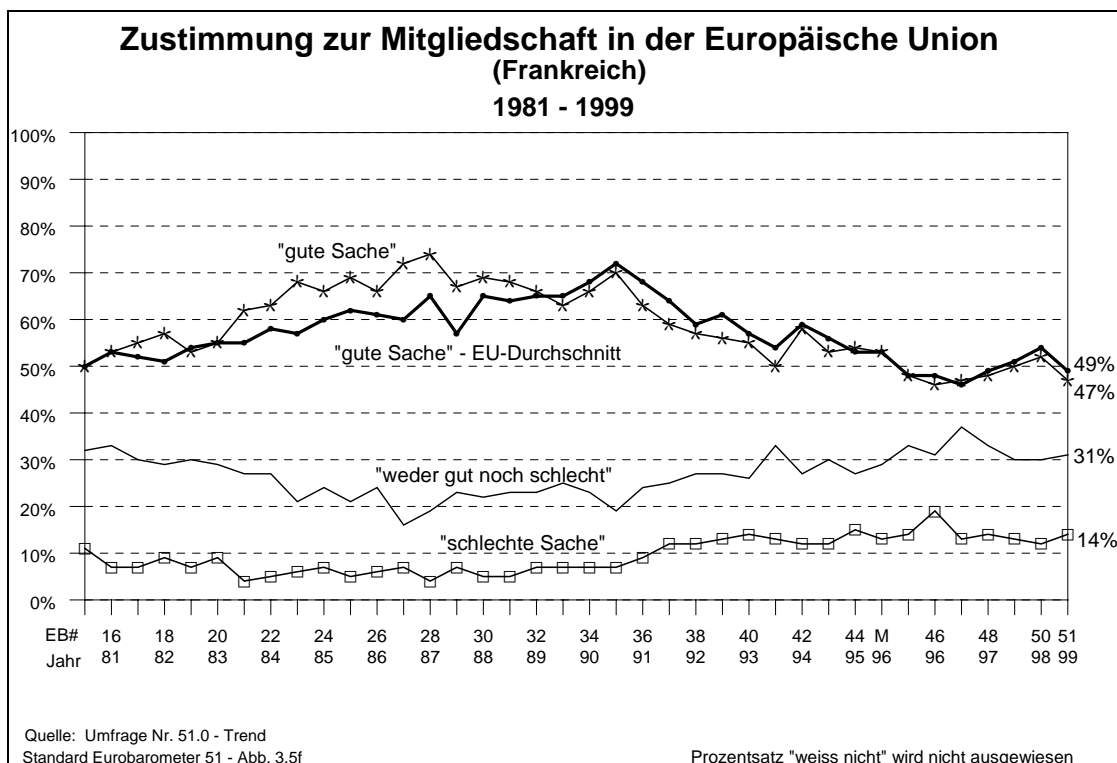
GRIECHENLAND



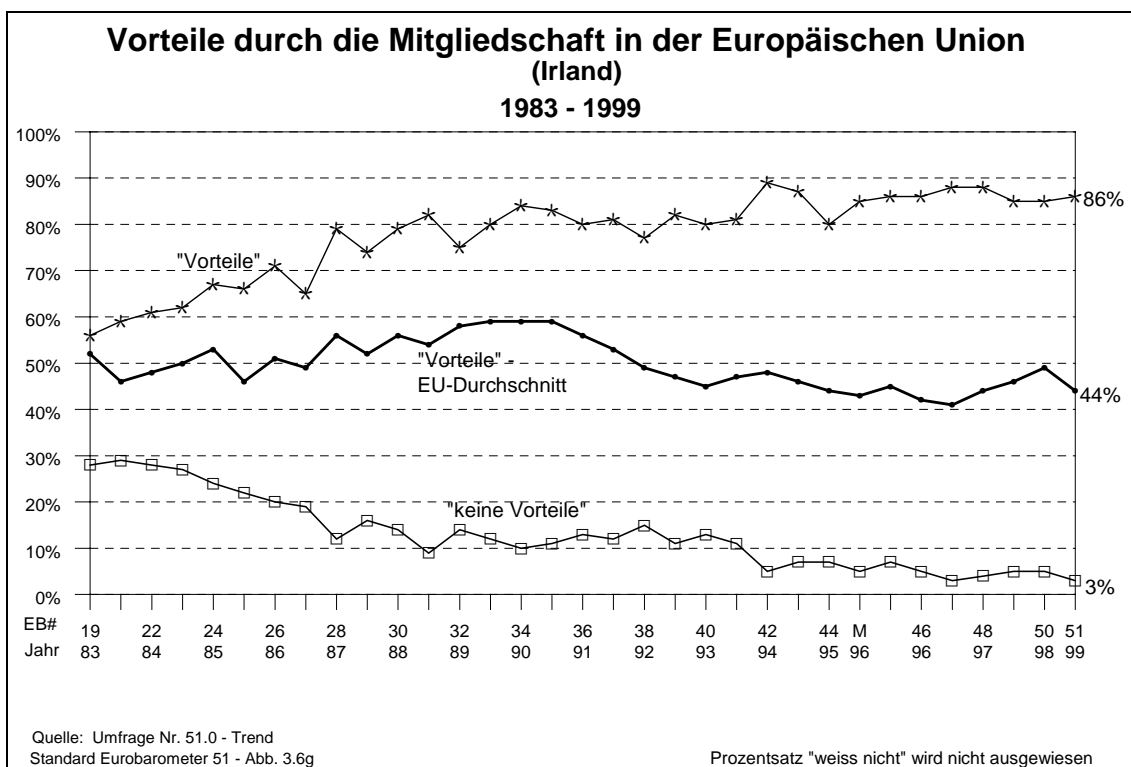
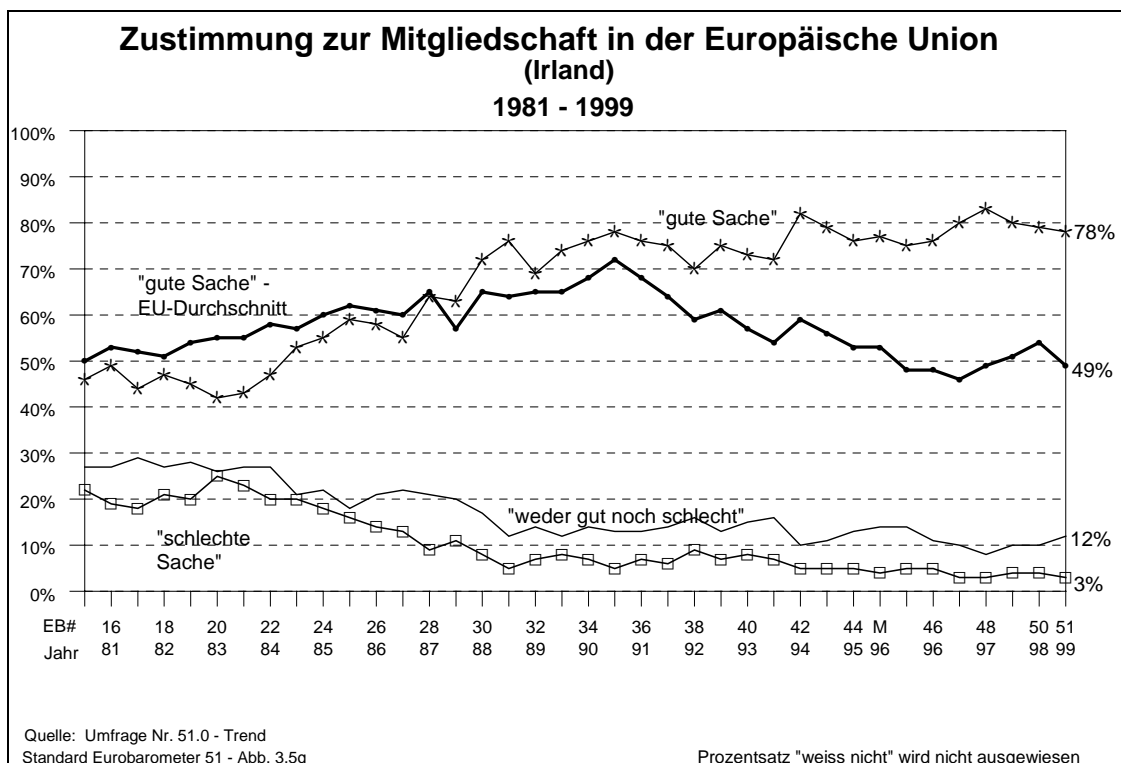
SPANIEN



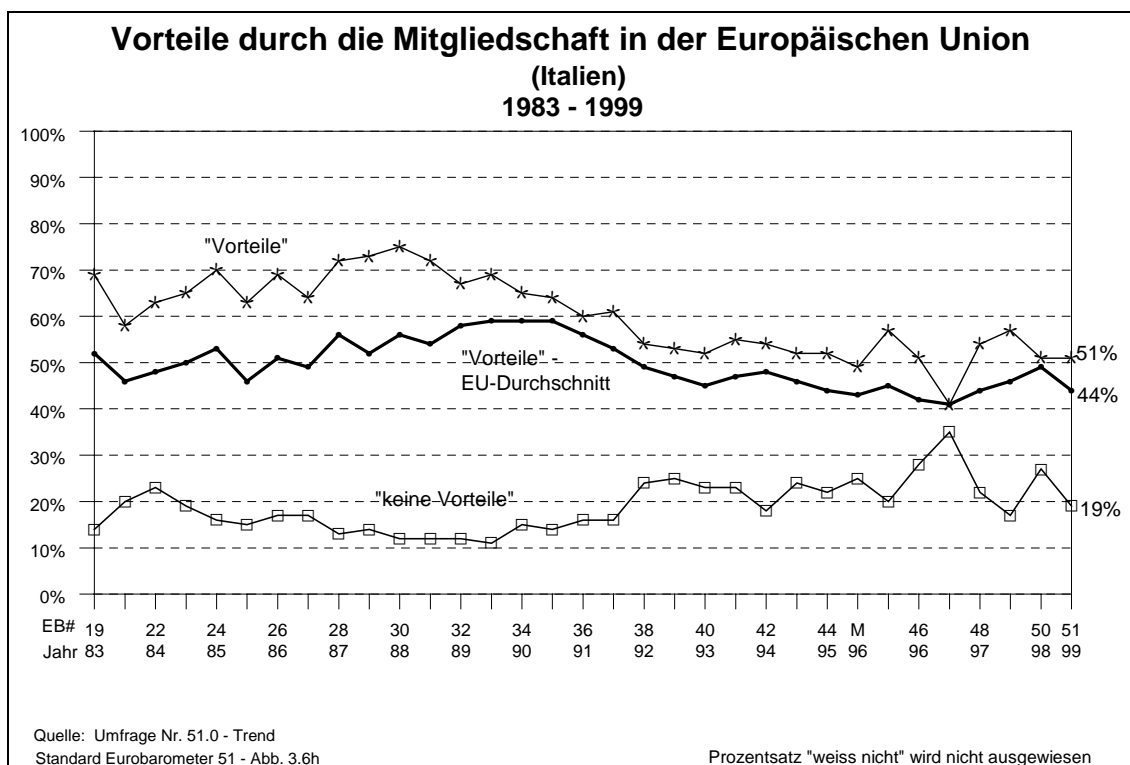
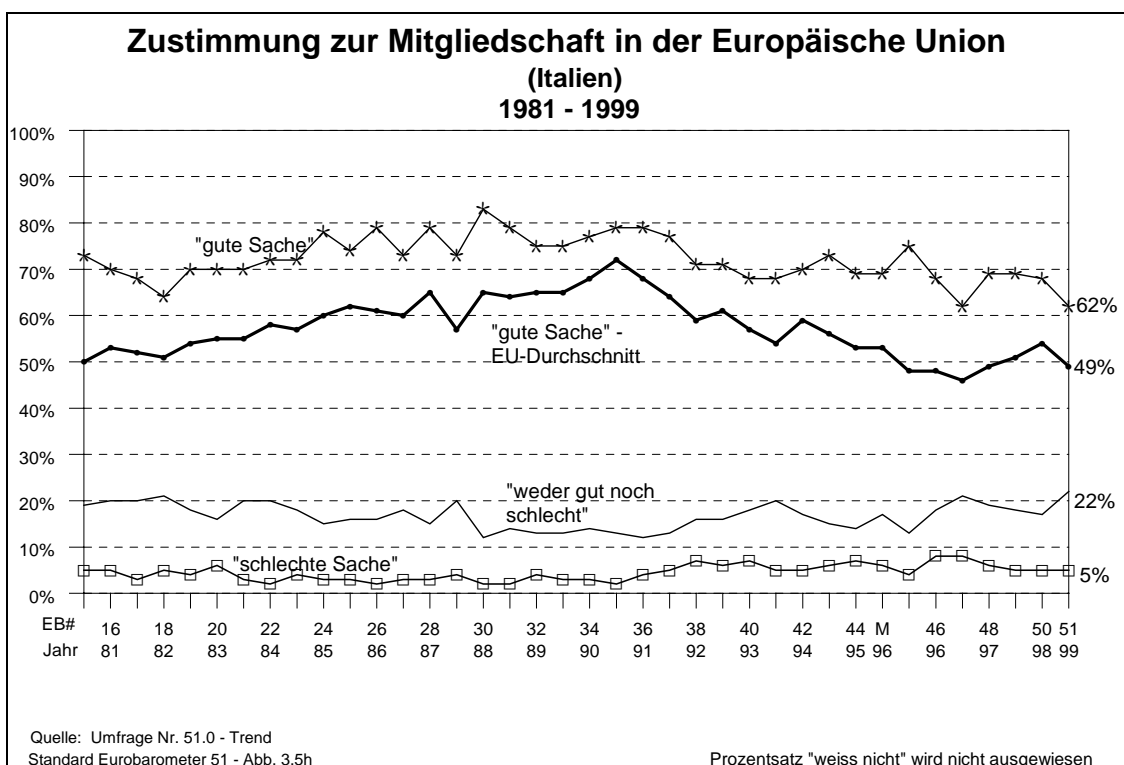
FRANKREICH



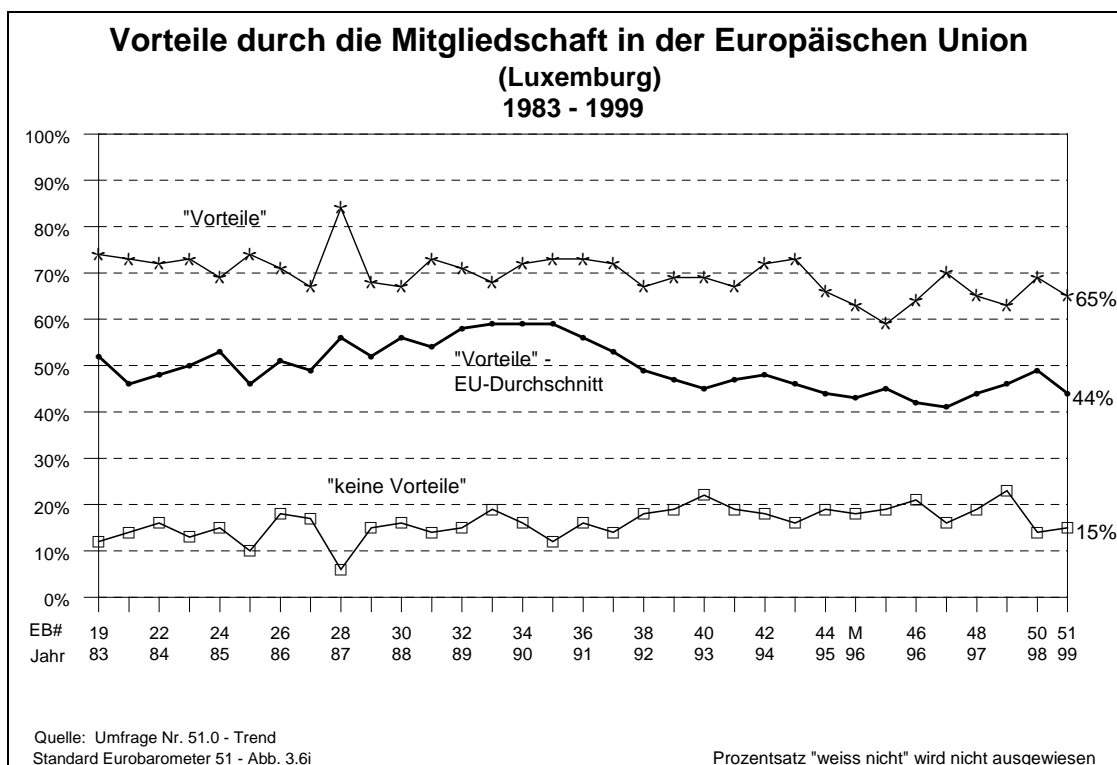
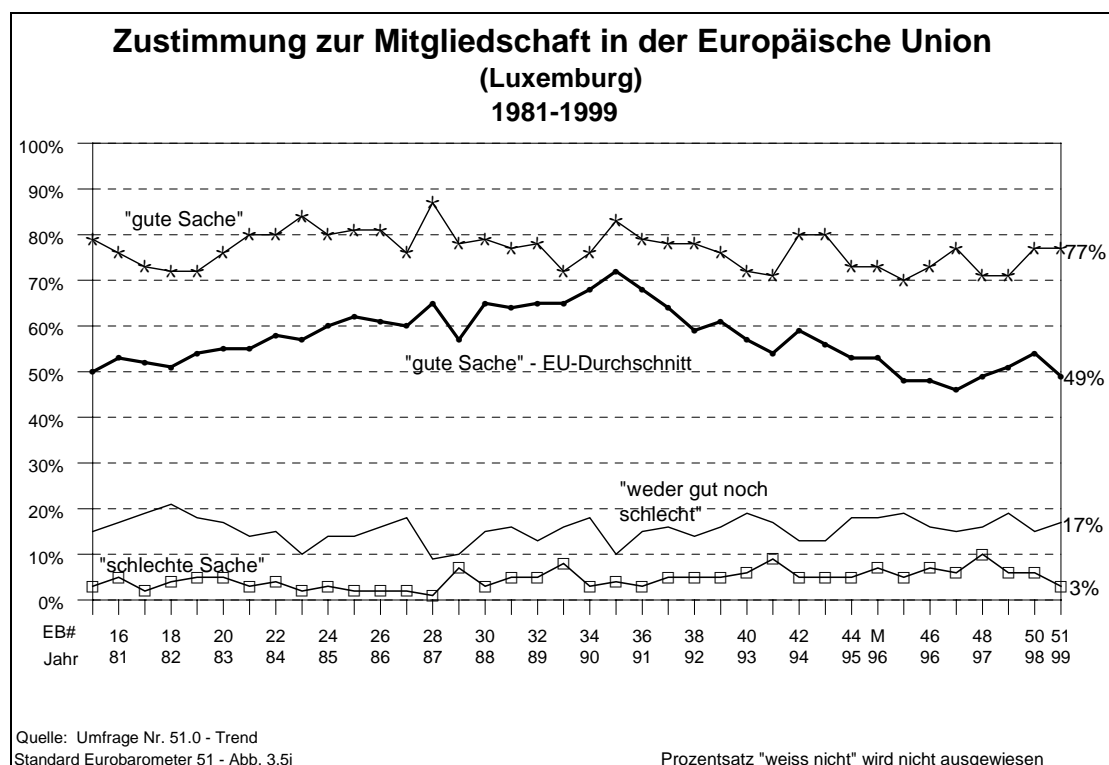
IRLAND



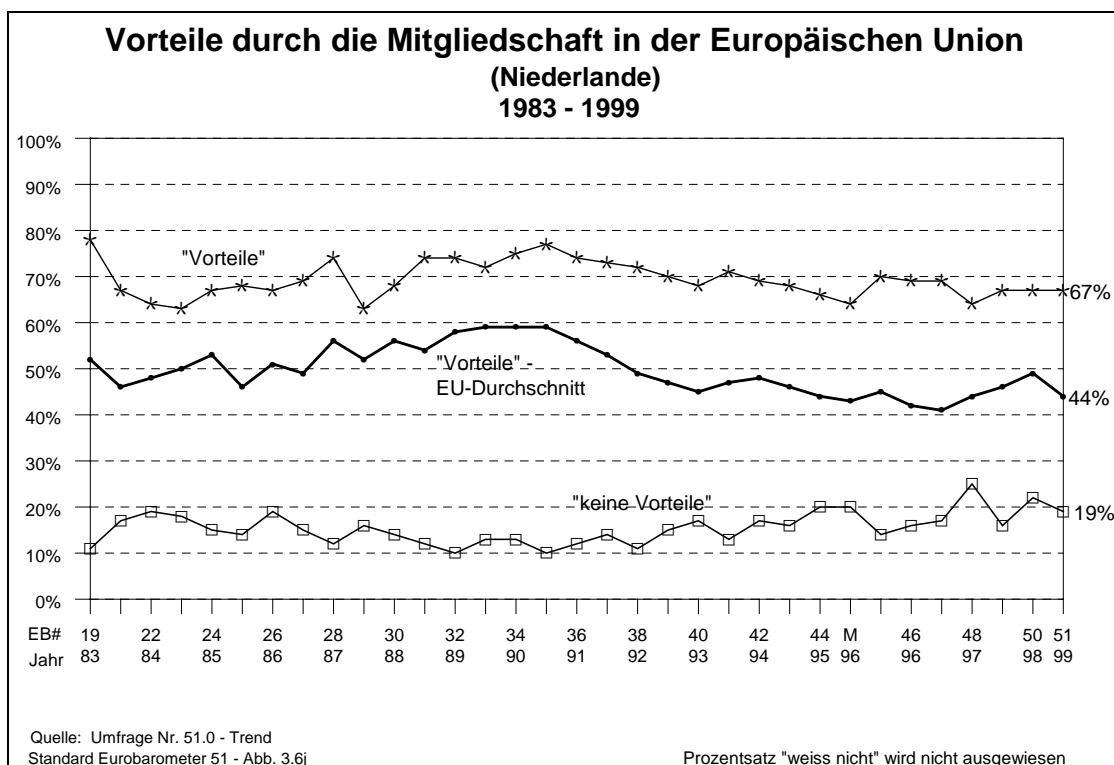
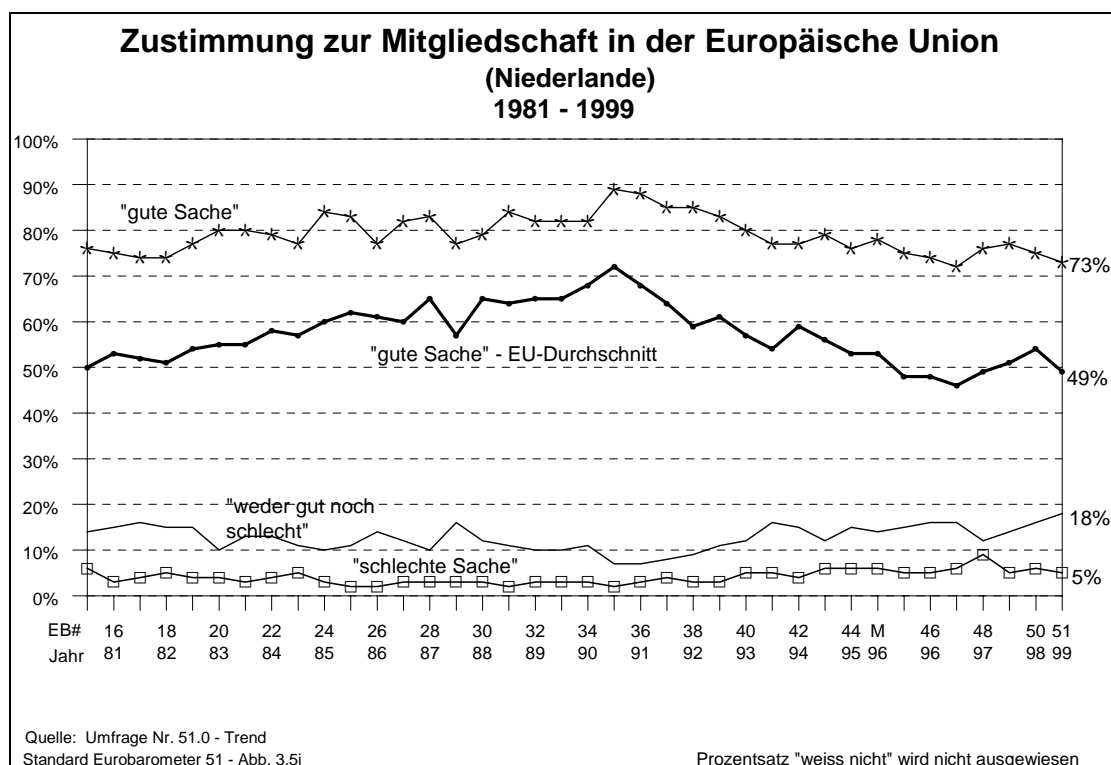
ITALIEN



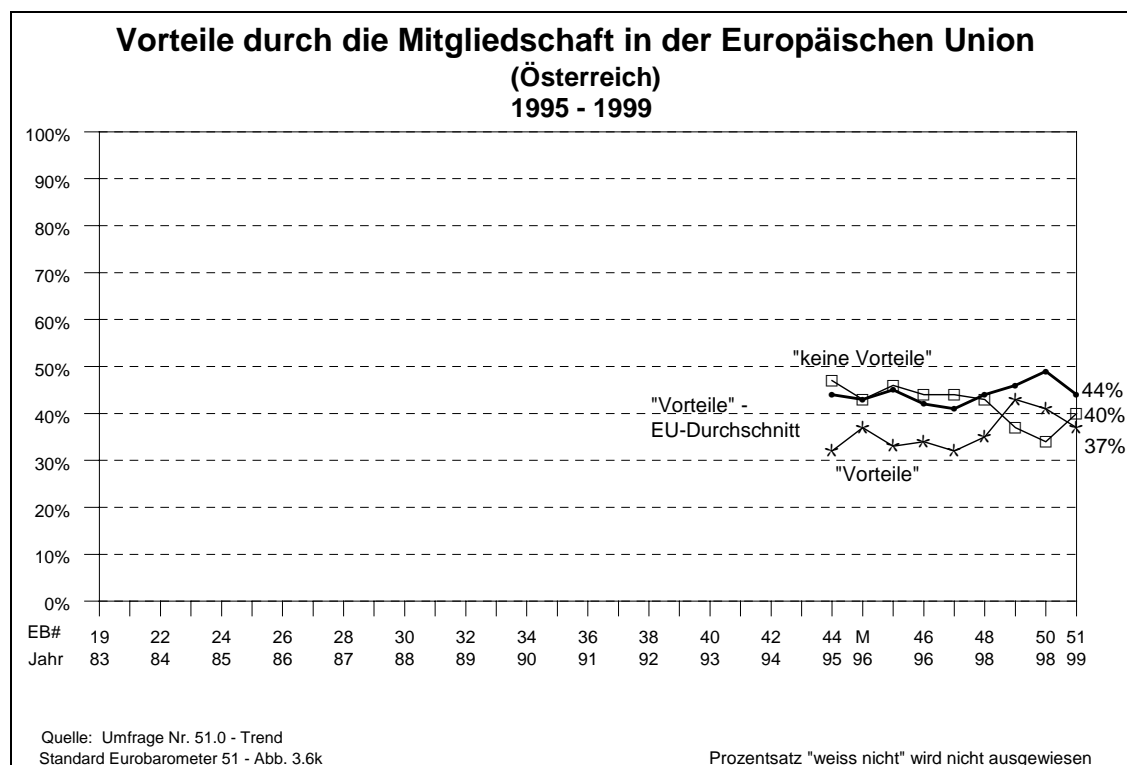
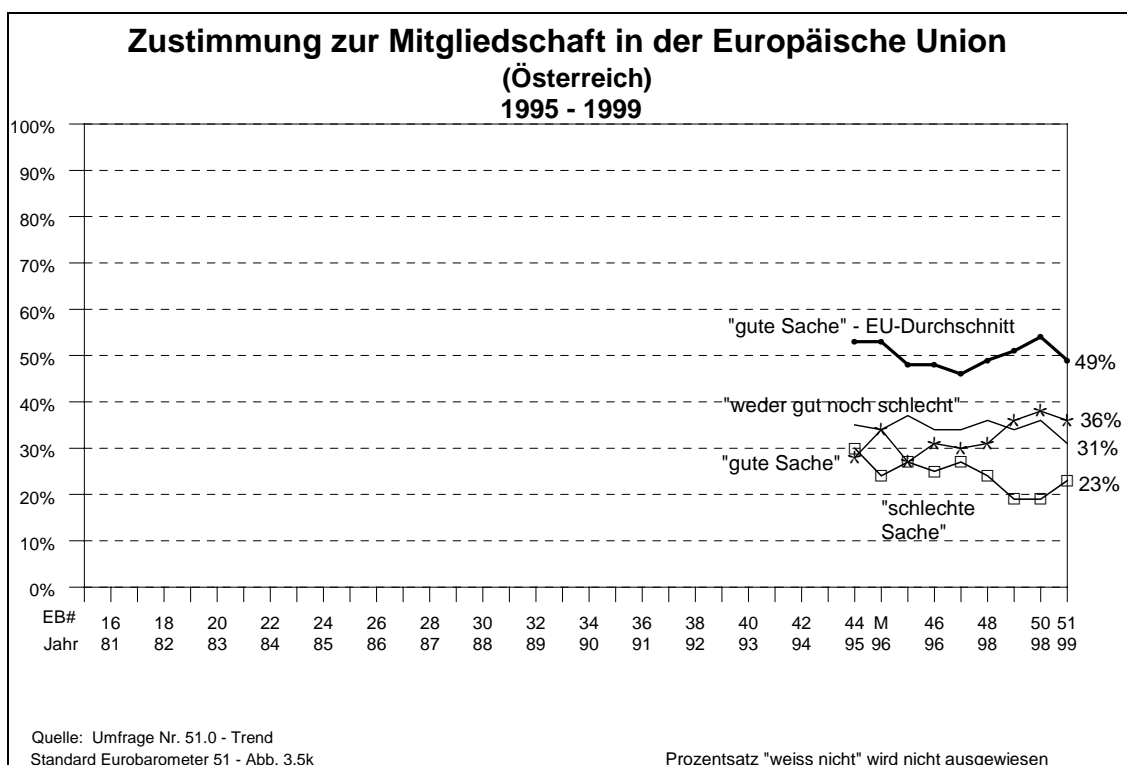
LUXEMBURG



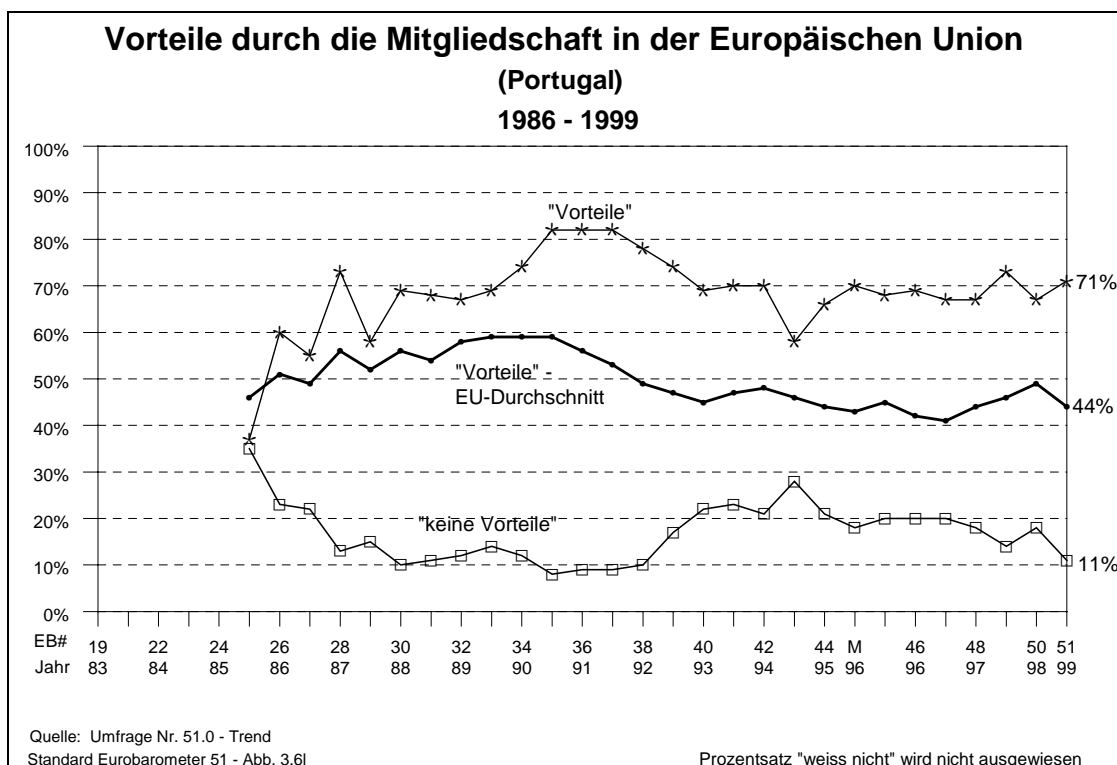
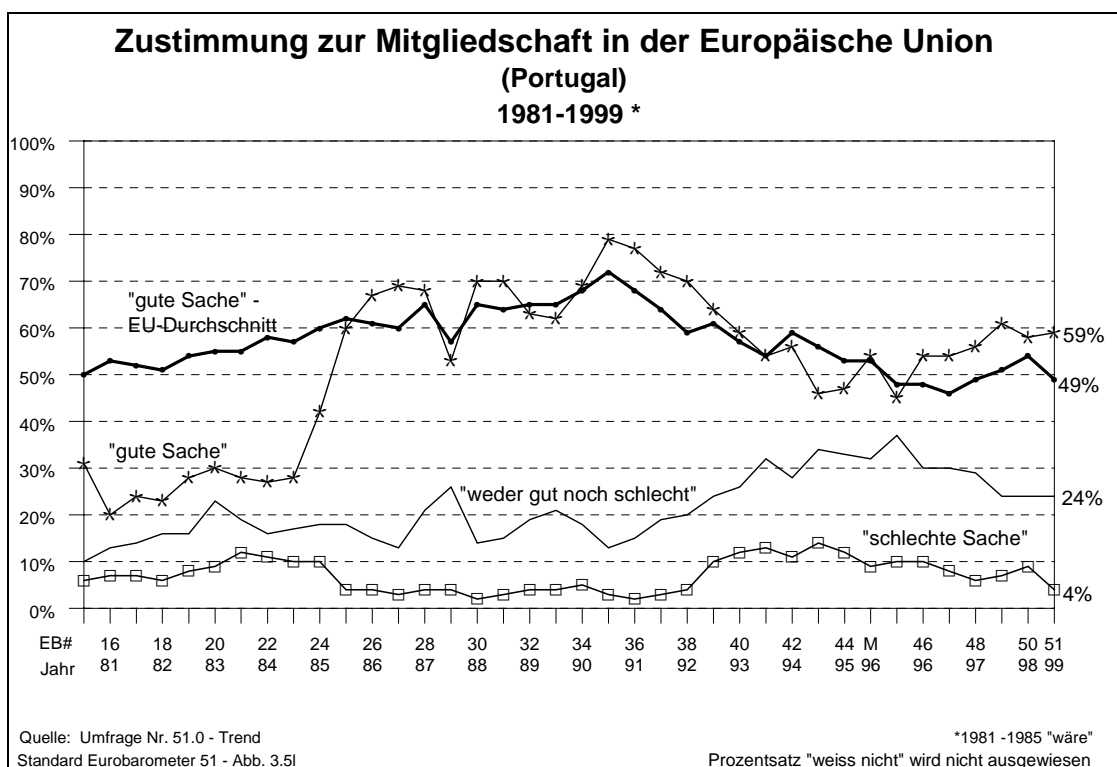
NIEDERLANDE



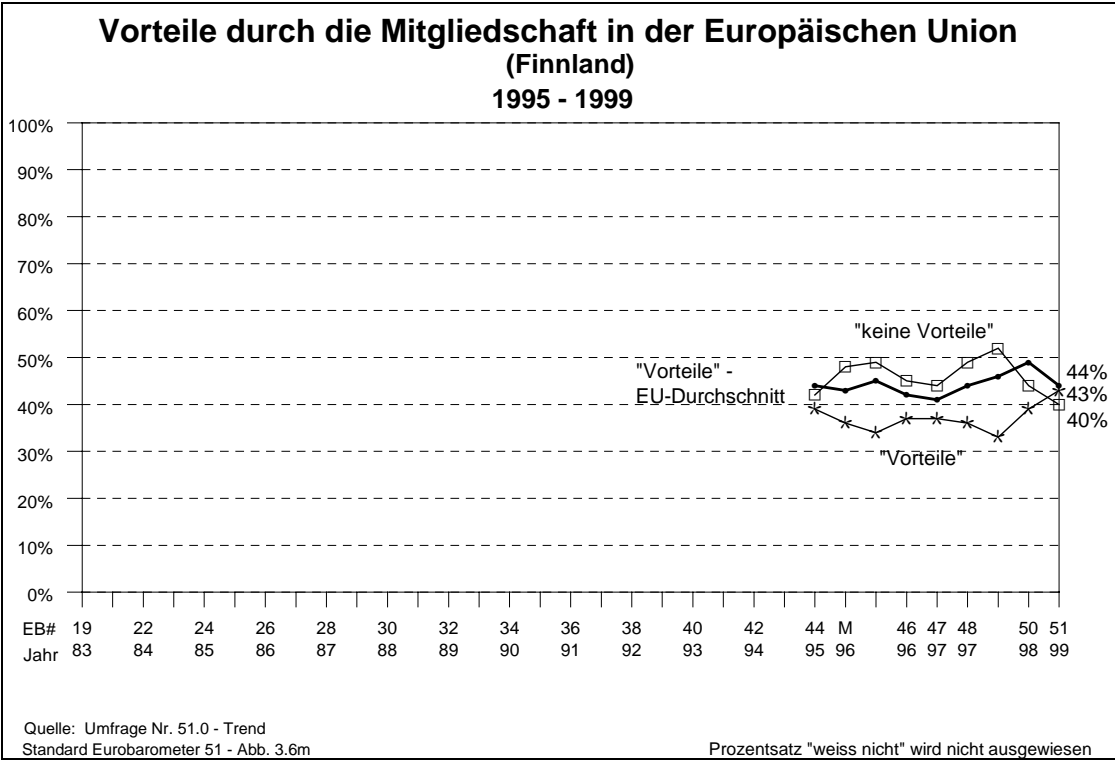
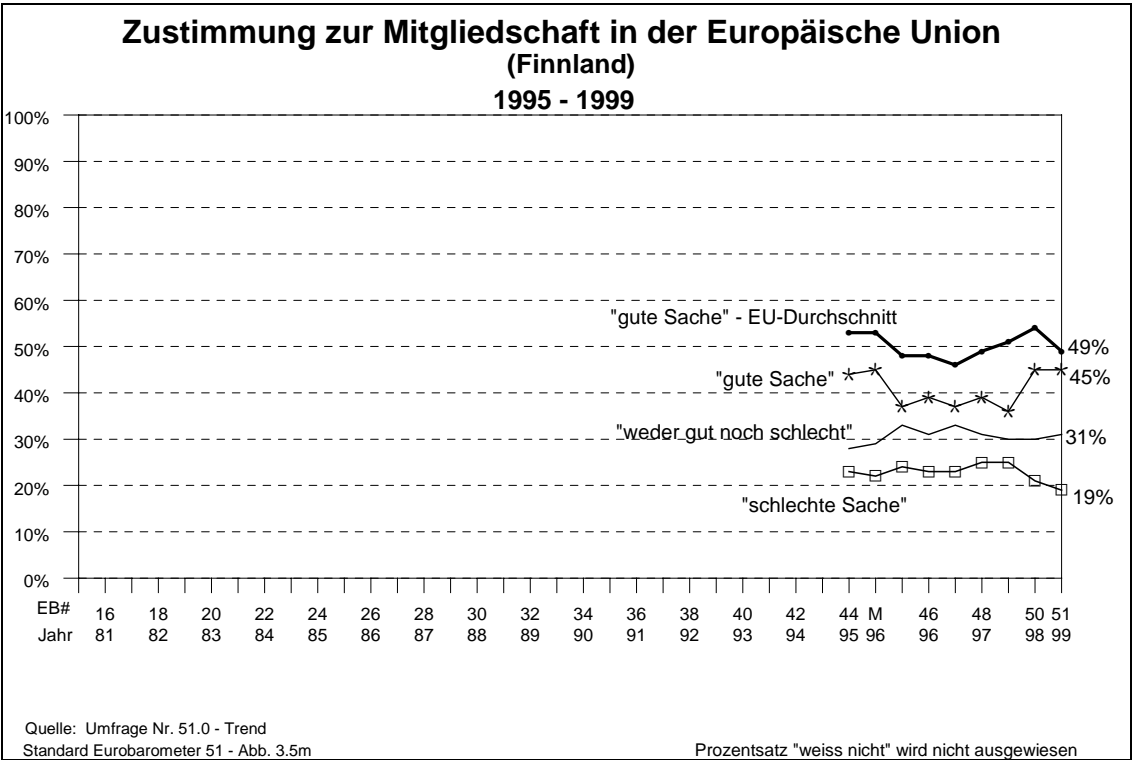
ÖSTERREICH



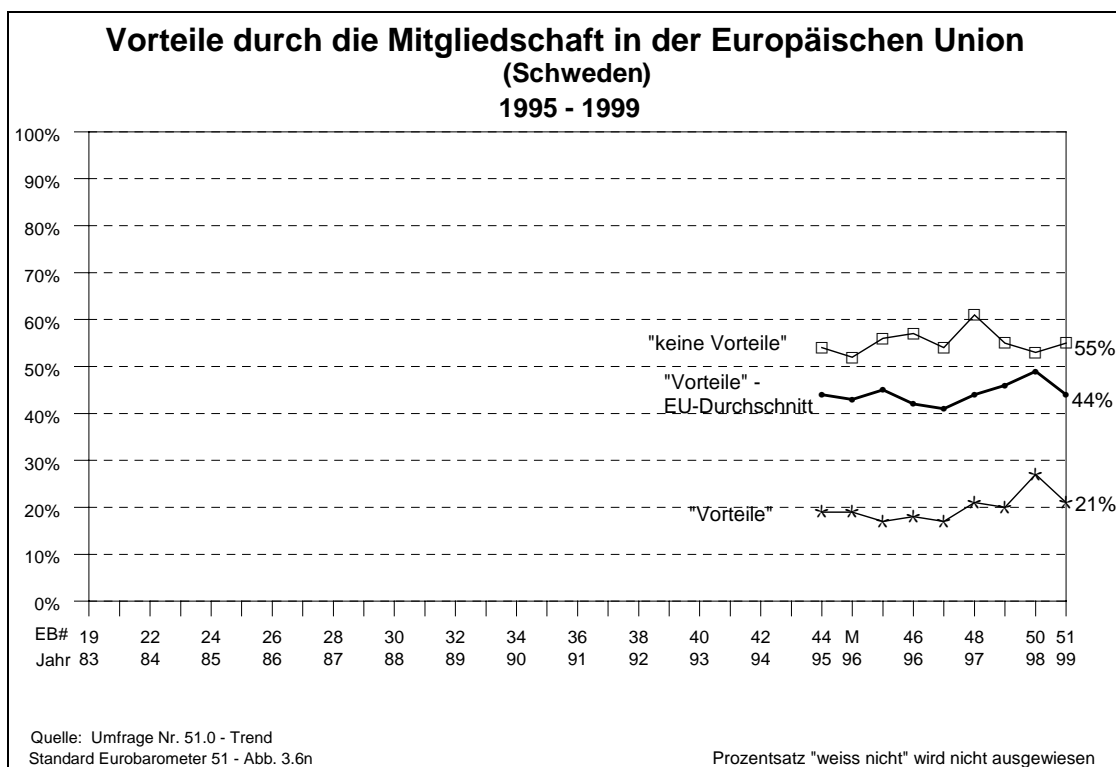
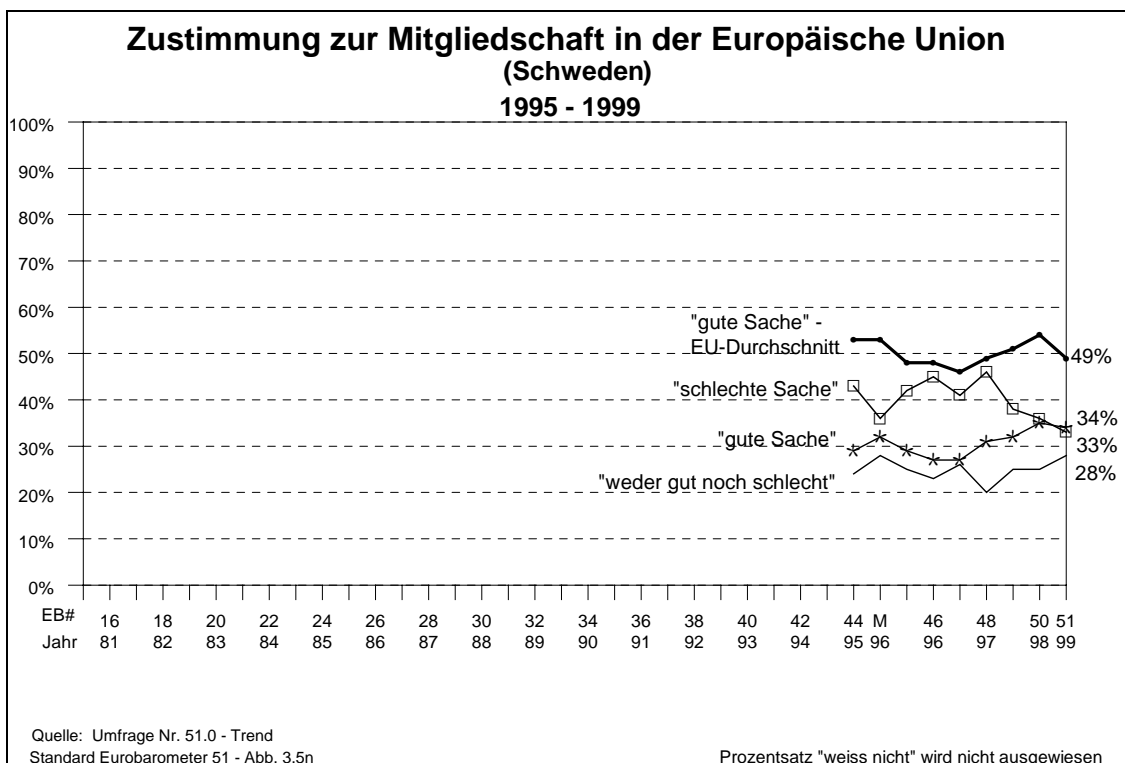
PORTUGAL



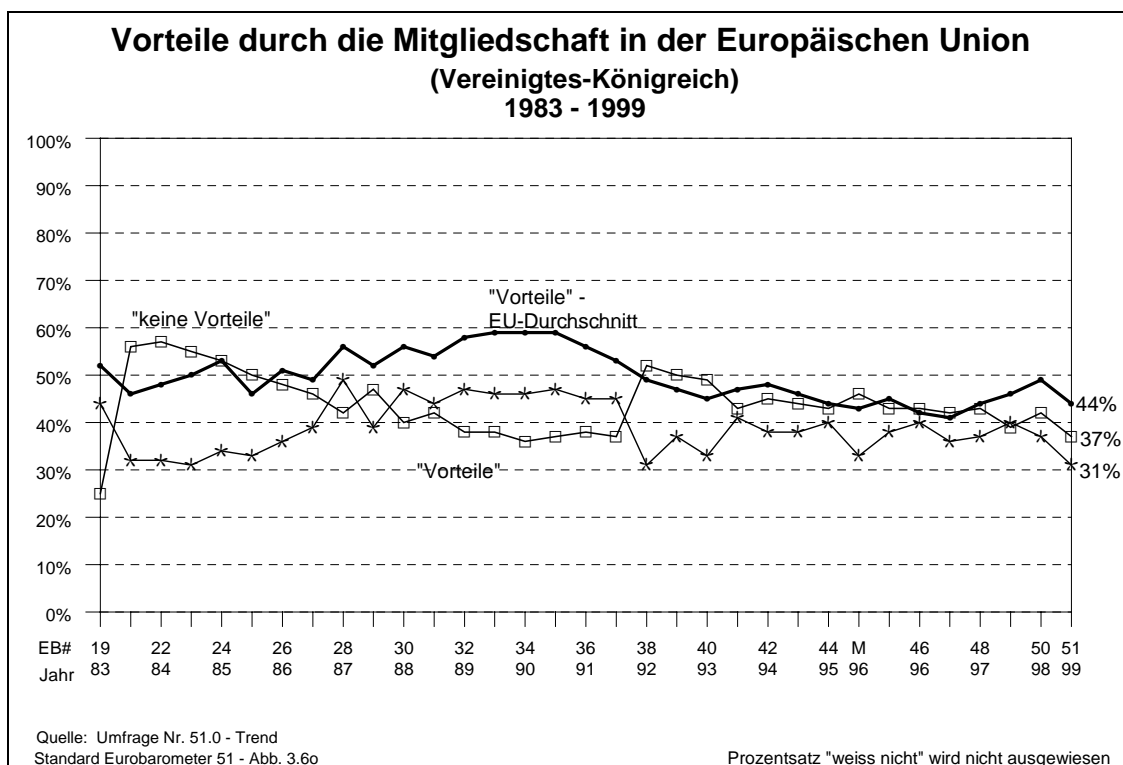
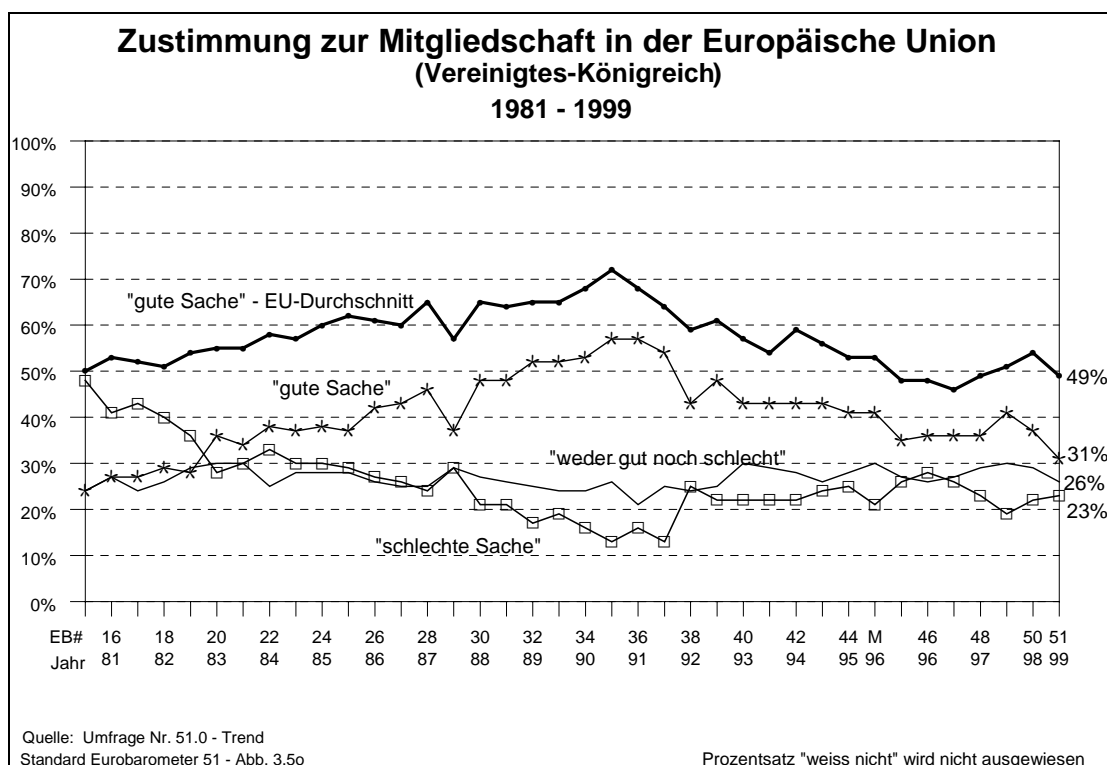
FINNLAND



SCHWEDEN



VEREINIGTES KÖNIGREICH

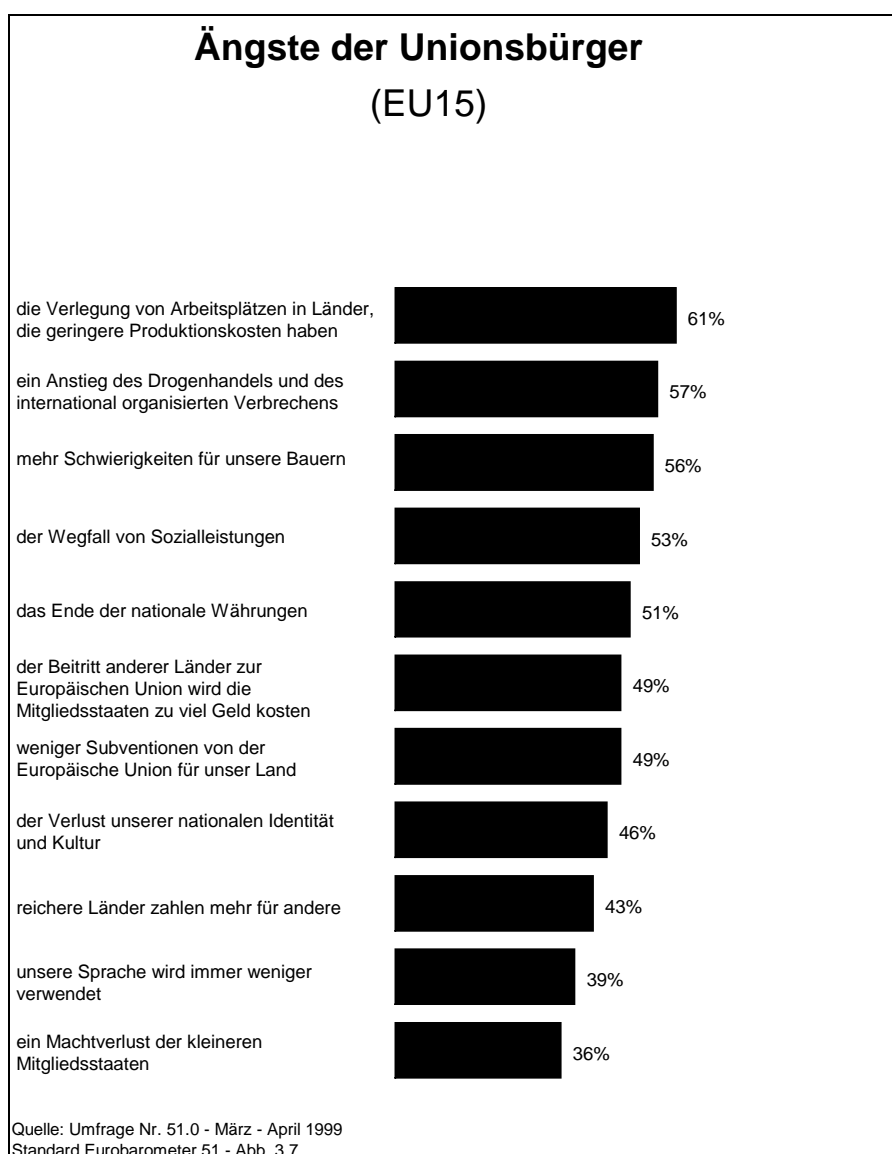


3.3. Ängste der EU-Bürger

Um zu ermitteln, inwieweit die Öffentlichkeit den fortlaufenden Prozeß der europäischen Einigung fürchtet, wurde folgende Frage gestellt:

*Manche Menschen haben vielleicht Ängste, wenn es um den Bau Europas, der Europäischen Union, geht. Hier ist eine Liste mit Dingen, von denen einige Leute sagen, daß sie davor Angst haben. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie persönlich derzeit davor Angst haben oder nicht?*²⁵

Die Vorstellung, daß im Zusammenhang mit der fortschreitenden Einigung Europas Arbeitsplätze in Länder mit geringeren Produktionskosten verlegt werden, macht den EU-Bürgern am meisten Angst (61%). An zweiter Stelle steht die Sorge wegen des Anstiegs des Drogenhandels und des international organisierten Verbrechens (57%). Mehr als die Hälfte der Bevölkerung befürchtet auch, daß die Bauern im eigenen Land mehr Schwierigkeiten haben werden (56%) oder Sozialleistungen wegfallen (53%), oder ist wegen der Abschaffung der Landeswährung besorgt (51%).



²⁵ Den Befragten wurde eine Liste mit 11 verschiedenen Aussagen vorgelegt. Der vollständige Text der Aussagen ist in Tabelle 3.3 enthalten.

Der folgenden Tabelle ist zu entnehmen, welche drei Themen in den einzelnen Ländern den größten Anlaß zur Besorgnis geben.

WOVOR HABEN DIE BÜRGER AM MEISTEN ANGST? (IN %, NACH MITGLIEDSLÄNDERN)			
Belgien		Luxemburg	
Verlegung von Arbeitsplätzen	71	Mehr Drogen und Kriminalität	72
Mehr Drogen und Kriminalität	57	Verlegung von Arbeitsplätzen	66
Schwierigkeiten für die Bauern	56	Kosten der Erweiterung	61
Dänemark		Niederlande	
Mehr Drogen und Kriminalität	68	Verlegung von Arbeitsplätzen	63
Verlegung von Arbeitsplätzen	66	Mehr Drogen und Kriminalität	58
Machtverlust der kleineren Länder	60	Schwierigkeiten für die Bauern	57
Deutschland		Österreich	
Verlegung von Arbeitsplätzen	68	Verlegung von Arbeitsplätzen	63
Mehr Drogen und Kriminalität	64	Mehr Drogen und Kriminalität	57
Wegfall von Sozialleistungen	64	Schwierigkeiten für die Bauern	57
Griechenland		Portugal	
Schwierigkeiten für die Bauern	69	Schwierigkeiten für die Bauern	69
Abschaffung der Landeswährung	67	Mehr Drogen und Kriminalität	67
Weniger EU-Subventionen	63	Weniger EU-Subventionen	56
Spanien		Finnland	
Schwierigkeiten für die Bauern	62	Mehr Drogen und Kriminalität	79
Weniger EU-Subventionen	59	Verlegung von Arbeitsplätzen	70
Wegfall von Sozialleistungen	51	Schwierigkeiten für die Bauern	69
Frankreich		Schweden	
Verlegung von Arbeitsplätzen	76	Verlegung von Arbeitsplätzen	78
Schwierigkeiten für die Bauern	72	Mehr Drogen und Kriminalität	77
Wegfall von Sozialleistungen	67	Schwierigkeiten für die Bauern	59
Irland		Vereinigtes Königreich	
Mehr Drogen und Kriminalität	64	Verlust der nationalen Identität	68
Verlegung von Arbeitsplätzen	64	Verlegung von Arbeitsplätzen	66
Verlust der nationalen Identität	63	Mehr Drogen und Kriminalität	66
Italien			
Mehr Drogen und Kriminalität	46		
Verlegung von Arbeitsplätzen	44		
Abschaffung der Landeswährung	44		

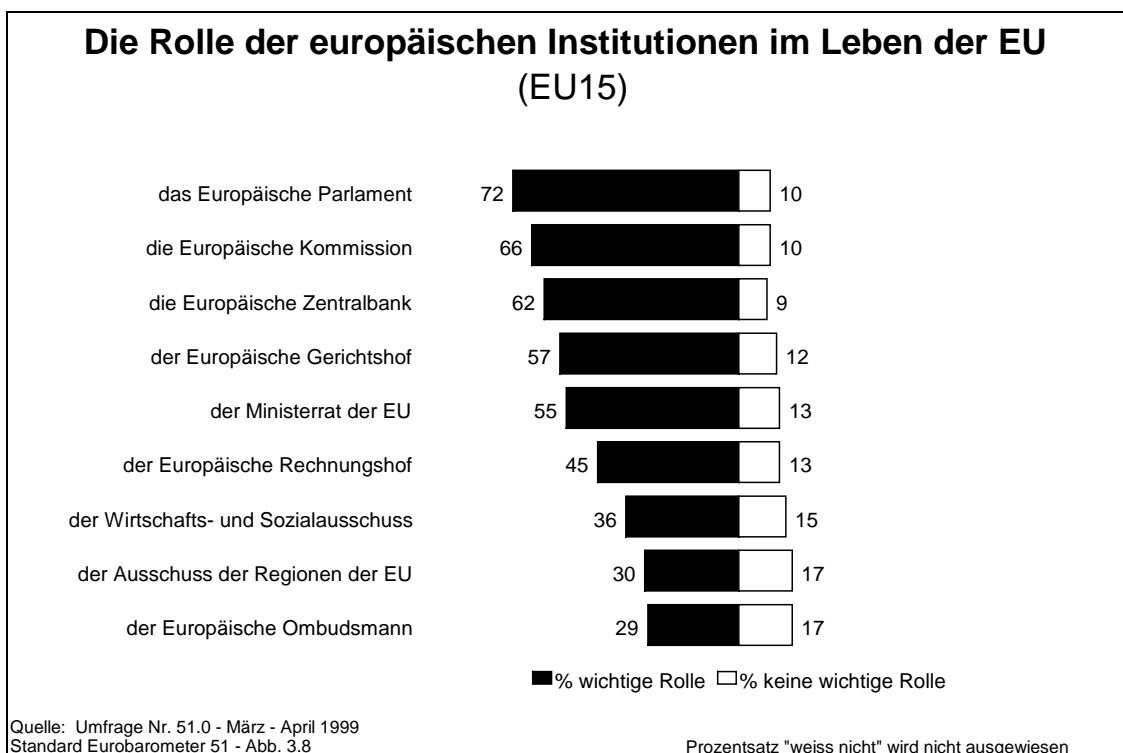
Die **Verlegung von Arbeitsplätzen in Länder mit niedrigeren Produktionskosten** wird in sechs Mitgliedsländern am meisten gefürchtet, nämlich in Schweden (78%), Frankreich (76%), Belgien (71%), Deutschland (68%), den Niederlanden und Österreich (jeweils 63%). In sechs weiteren Ländern liegt dieses Thema auf dem zweiten Platz der Sorgenliste. Dabei handelt es sich um Finnland (70%), das Vereinigte Königreich, Luxemburg, Dänemark (jeweils 66%), Irland (64%) und Italien (44%). Ein **Anstieg des Drogenhandels und des international organisierten Verbrechens** wird in den folgenden fünf Mitgliedsländern am häufigsten gefürchtet: Finnland (79%), Luxemburg (72%), Dänemark (68%), Irland (64%) und Italien (46%). Dieses Thema liegt in Schweden (77%), Portugal (67%), Deutschland (64%), den Niederlanden (58%), Belgien und Österreich (jeweils 57%) auf dem zweiten Platz und im Vereinigten Königreich (66%) auf dem dritten Platz der Sorgenliste. Die Befürchtung, daß **die Bauern größere Schwierigkeiten haben werden**, wird am häufigsten in Griechenland, Portugal (jeweils 69%) und Spanien (62%) geäußert. In Frankreich (72%) wird diese Befürchtung am zweithäufigsten und in Finnland (69%), Schweden (59%), den Niederlanden, Österreich (jeweils 57%) und Belgien (56%) am dritthäufigsten genannt. Das Vereinigte Königreich ist das einzige Land, in dem die Sorge, daß die europäische Einigung zu einem **Verlust der nationalen Identität und Kultur** führen werde, an der Spitze der Sorgenliste steht (68%); auch in Irland zählt dieses Thema zu den am häufigsten genannten Befürchtungen und erreicht den dritten Platz (63%). Die Sorge, daß das eigene Land **weniger Subventionen von der Europäischen Union** erhalten wird, liegt in den folgenden Ländern auf einem der ersten drei Plätze: Griechenland (63% - dritter Platz), Spanien (59% - zweiter Platz) und Portugal (56% - dritter Platz). In Griechenland (67%) und Italien (44%) zählt die **Abschaffung der Landeswährung** zu den drei am häufigsten genannten Ängsten. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung im Vereinigten Königreich (65%) sowie in Frankreich (61%), Finnland (55%) und Dänemark (51%) hat ebenfalls davor Angst. Die Sorge vor dem **Wegfall von Sozialleistungen** liegt in Frankreich (67%), Deutschland (64%) und Spanien (51%) an dritter Stelle. Auch in Finnland (62%), Schweden (58%), den Niederlanden (57%), Belgien, Luxemburg (jeweils 55%), Dänemark (54%), Griechenland, dem Vereinigten Königreich (jeweils 53%), Österreich (52%) und Irland (51%) ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus diesem Grund besorgt. Nur in Dänemark wird die Angst vor dem **Machtverlust der kleineren Länder** so häufig genannt, daß dieses Thema einen der ersten drei Plätze erreicht (60%), obwohl ein ebenso großer Anteil der Griechen und Finnen diese Ansicht teilt. Luxemburg (61%) ist das einzige Land, in dem die Frage der **Kosten der Erweiterung** einen der ersten drei Plätze erreicht (61%), obwohl mindestens die Hälfte der Bevölkerung in Frankreich (60%), Deutschland (57%), Belgien, den Niederlanden (jeweils 55%), dem Vereinigten Königreich (51%) und Österreich (50%) ebenfalls darüber besorgt ist. (Siehe auch Tabelle 3.3).

3.4. Institutionen der EU

Die Eurobarometer-Umfrage erforscht auch die Einstellung der Öffentlichkeit zu den Institutionen der Europäischen Union. Wir befassen uns zunächst mit der Frage, inwieweit die neun ausgewählten EU-Institutionen nach Meinung der Bevölkerung eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielen²⁶.

Wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht, sind die EU-Bürger am ehesten der Meinung, daß das Europäische Parlament (72%), die Europäische Kommission (66%) und die Europäische Zentralbank (62%) eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielen. Am seltensten wird die Auffassung vertreten, daß der Europäische Ombudsman (29%), der Ausschuß der Regionen (30%) und der Wirtschafts- und Sozialausschuß (36%) eine wichtige Rolle spielen. Wie wir jedoch bereits in Kapitel 2 festgestellt haben (siehe Abb. 2.2), sind diese drei Institutionen so wenig bekannt, daß viele Menschen überhaupt nicht sagen können, ob sie eine wichtige Rolle spielen.

²⁶ Der allgemeine Bekanntheitsgrad der Institutionen wird in Kapitel 2 behandelt.



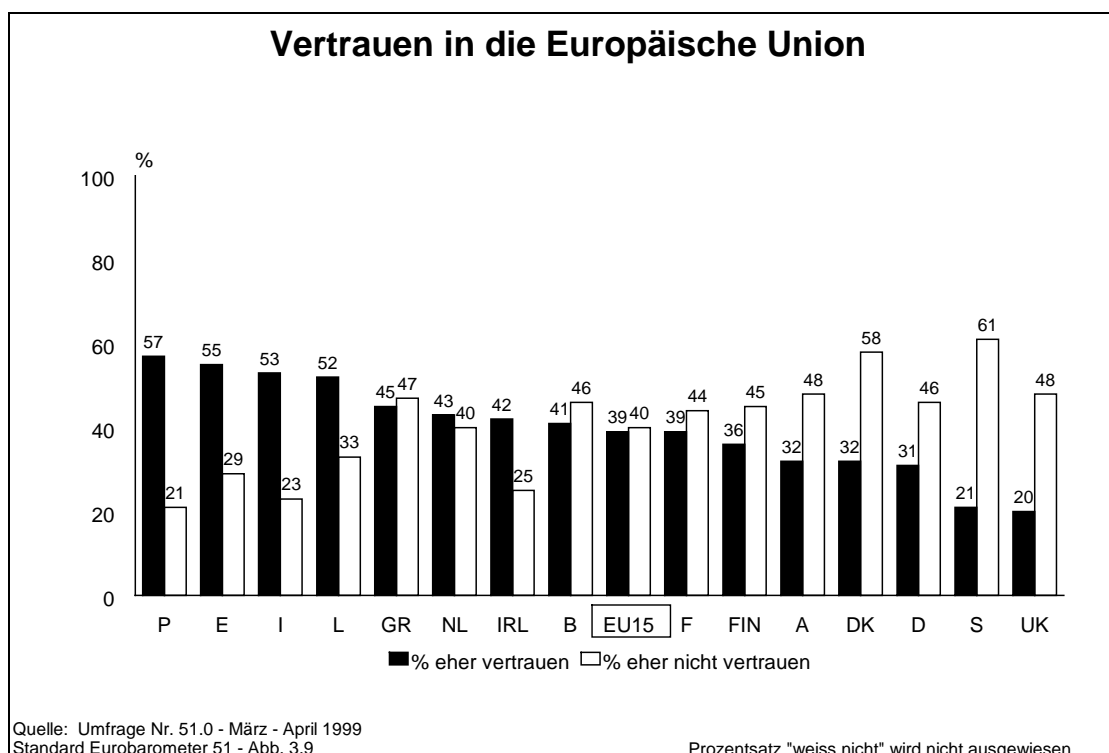
Wie aus der Länderanalyse hervorgeht, ist der Anteil der Personen, die meinen, daß das **Europäische Parlament** eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt, in Luxemburg (89%) sowie in Finnland (84%) und Schweden (81%) am größten und im Vereinigten Königreich (64%) und in Deutschland (65%) am kleinsten. Der Anteil der Personen, die meinen, daß die **Europäische Kommission** eine wichtige Rolle spielt, ist in Luxemburg (85%) sowie in Finnland (79%), Irland und den Niederlanden (jeweils 77%) am größten und im Vereinigten Königreich (56%) und in Deutschland (59%) am geringsten. Der **Europäischen Zentralbank**, die von einem Niederländer geleitet wird, wird von der Bevölkerung in den Niederlanden (79%) am häufigsten eine wichtige Rolle zugeordnet, gefolgt von der Bevölkerung in Luxemburg und Finnland (jeweils 75%). Im Vereinigten Königreich (46%) sowie in Dänemark (53%) und Griechenland (54%) wird der Europäischen Zentralbank am seltensten eine wichtige Rolle zugeordnet - drei dieser vier Länder nehmen nicht an der dritten Phase der Wirtschafts- und Währungsunion teil. In Schweden hingegen, dem vierten Land, das sich nicht am Euro beteiligt, wird bedeutend häufiger die Meinung vertreten, daß die Europäische Zentralbank eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union (70%) spielt. Der **Ministerrat**, der die größte Entscheidungsbefugnis in der Europäischen Union inne hat, ist in der Öffentlichkeit weniger gut bekannt, und daher wird ihm auch weniger häufig eine wichtige Rolle zugeordnet als einigen anderen EU-Institutionen. In Luxemburg (75%) wird am häufigsten die Meinung vertreten, daß der Ministerrat eine wichtige Rolle spiele, gefolgt von Schweden (70%) und den Niederlanden (69%). Weit abgeschlagen ist das Vereinigte Königreich: nur 31% der Befragten erklären, daß der Ministerrat eine wichtige Rolle spiele, und 57% äußern keine Meinung. Auch in Deutschland (52%) und Österreich (53%) wird der Ministerrat relativ selten für wichtig gehalten. (Siehe auch Tabelle 3.4)

Ehe wir untersuchen, inwieweit diese neun Institutionen das Vertrauen der EU-Bevölkerung besitzen, erörtern wir zunächst das Vertrauen in die Europäische Union als Ganzes²⁷. Durchschnittlich 39% der Europäer erklären, daß sie Vertrauen in die Europäische Union haben, 40% geben an, daß sie eher kein Vertrauen haben, und 21% äußern keine Meinung.

Wie jedoch das folgende Schaubild zeigt, sind die Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern groß. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Portugal (57%), Spanien (55%), Italien (53%) und Luxemburg (52%) hat

²⁷ Diese Frage ist Teil eines größeren Fragenpakets. Die anderen Fragen zum Vertrauen der Bevölkerung werden in Kapitel 1 (Politische Institutionen - siehe Tabellen 1.2a-c) und Kapitel 2 (Medien - siehe Tabelle 2.6) behandelt.

Vertrauen in die Europäische Union, gegenüber weniger als einem Drittel der Bevölkerung im Vereinigten Königreich (20%), Schweden (21%), Deutschland (31%), Dänemark und Österreich (jeweils 32%)²⁸. (Tabelle 3.5)

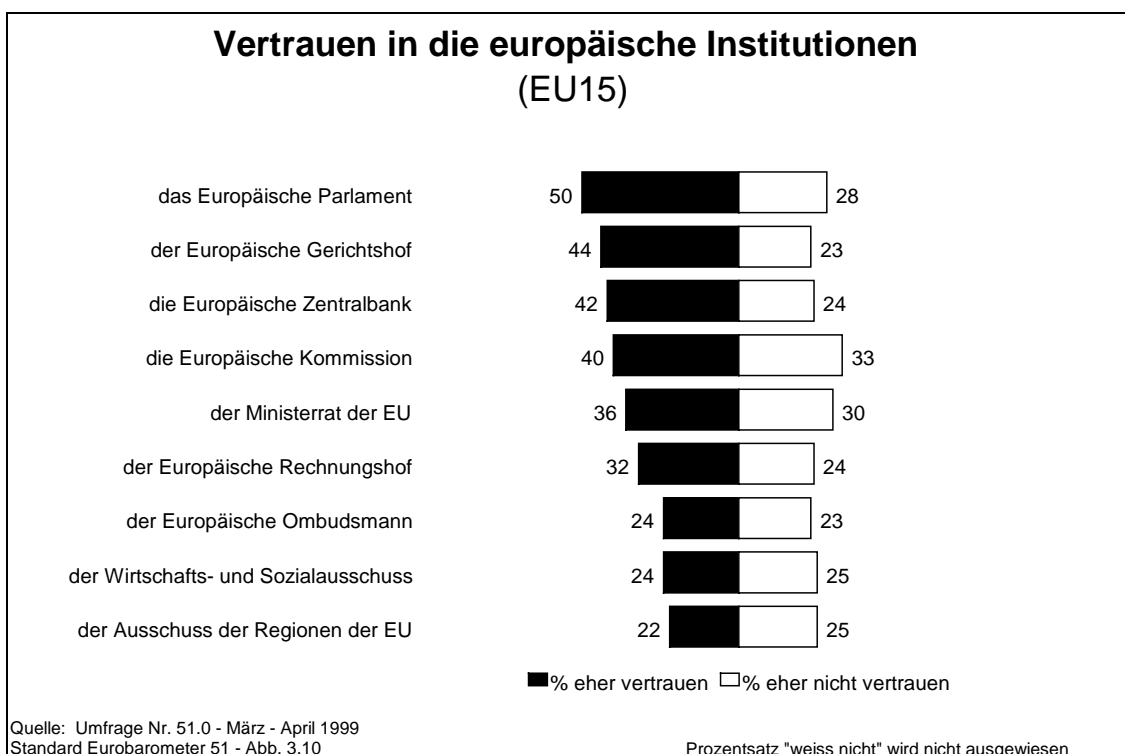


Ob die Menschen Vertrauen in die Europäische Union haben, hängt auch davon ab, wie sie allgemein zur EU-Mitgliedschaft ihres Landes eingestellt sind. Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, erklären diejenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten, bedeutend häufiger, daß sie Vertrauen in die Europäische Union haben, als diejenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine schlechte Sache halten.

Vertrauen in die EU und Zustimmung zur EU (in %)			
Anteil der Personen, die die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache halten	... die EU-Mitgliedschaft weder für gut noch für schlecht halten	... die EU-Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten
... Vertrauen in die EU haben	57	26	11
... kein Vertrauen in die EU haben	27	50	74
... keine Angaben machen	16	24	15
Insgesamt	100	100	100

²⁸ Der Anteil der Personen, die eher kein Vertrauen in die Europäische Union haben, ist in Schweden (61%) und Dänemark (58%) am größten. Der Anteil der unentschiedenen Antworten ist im Vereinigten Königreich und in Irland am größten (jeweils 32%).

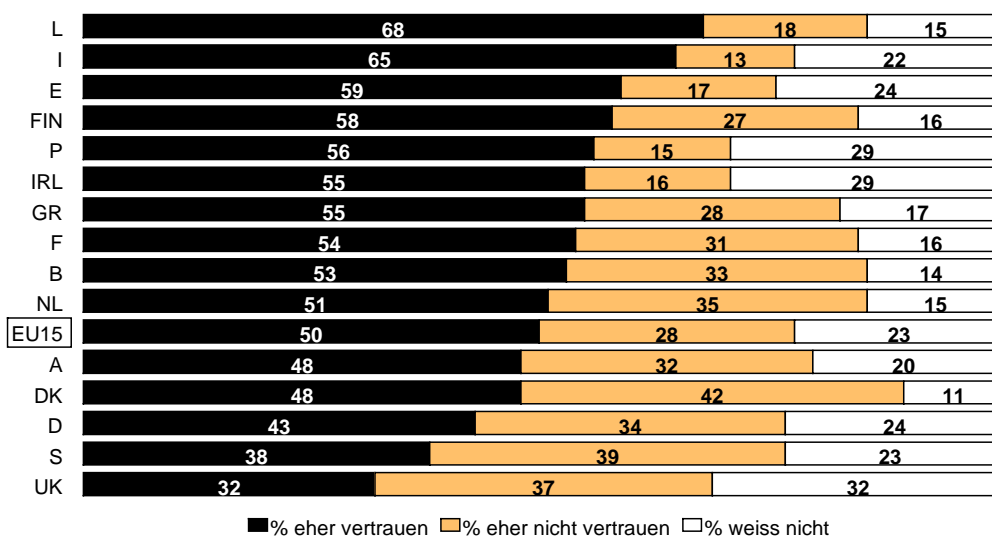
Das folgende Schaubild gibt Aufschluß darüber, wie groß das Vertrauen der Europäer in neun ausgewählte EU-Institutionen ist.



Das Vertrauen in die einzelnen Institutionen der Europäischen Union ist sehr unterschiedlich verteilt. Zunächst ist festzustellen, daß zahlreiche Menschen nicht sagen können, ob sie Vertrauen in diese Institutionen haben, denn sie haben sich keine Meinung gebildet. Dies gilt insbesondere für den Ausschuß der Regionen, den Wirtschafts- und Sozialausschuß und den Europäischen Ombudsman. Der hohe Anteil der unentschiedenen Antworten muß daher bei der Interpretation der im Schaubild angegebenen niedrigen Werte für das Vertrauen in die einzelnen Institutionen berücksichtigt werden. Vor allem das Europäische Parlament genießt das Vertrauen der Europäer (50%); der Europäische Gerichtshof (44%) liegt an zweiter Stelle. Da die Befragung nach Beginn der Krise in der Europäischen Kommission durchgeführt wurde, überrascht es nicht, daß der Anteil der Personen, die erklären, sie hätten kein Vertrauen in die Kommission, mit 33% am höchsten ist. 30% der Bevölkerung erklären außerdem, daß sie kein Vertrauen in den Ministerrat haben. Wie bereits in Kapitel 1 erläutert wurde, ist das Vertrauen in die nationalen Regierungen, die ihre Minister in den EU-Ministerrat entsenden, ebenfalls recht gering.

Die Bevölkerung in Luxemburg (68%) und Italien (65%) hat das meiste Vertrauen in das **Europäische Parlament**. In Dänemark (42%) und Schweden (39%) ist das Vertrauen in das Europäische Parlament hingegen am geringsten. Der Anteil der unentschiedenen Antworten reicht von 11% in Dänemark bis 32% im Vereinigten Königreich.

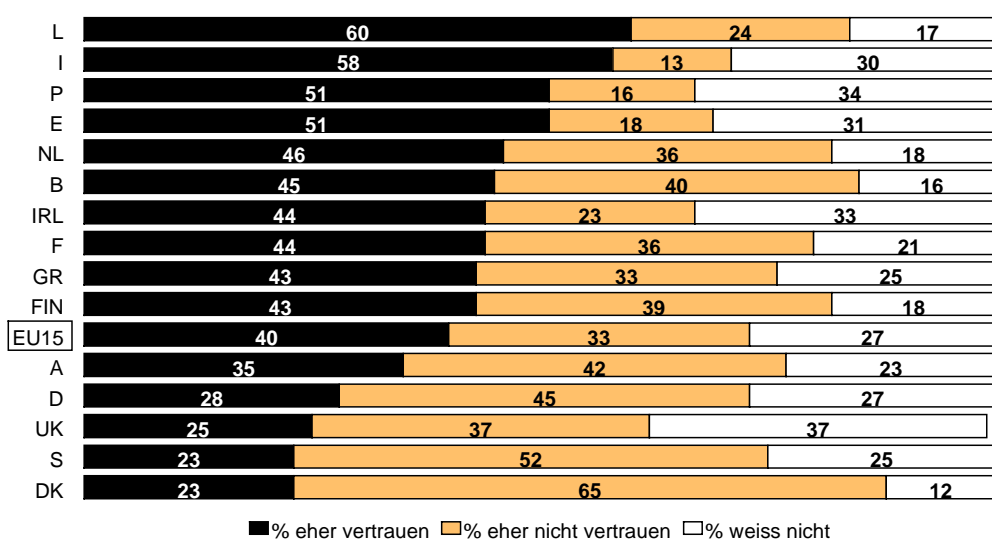
Vertrauen in das Europäische Parlament



Quelle: Umfrage Nr. 51.0 - März - April 1999
Standard Eurobarometer 51 - Abb. 3.11

Das Vertrauen in die **Europäische Kommission** ist in Luxemburg (60%) und Italien (58%) am größten - der amtierende Kommissionspräsident Jacques Santer stammt aus Luxemburg und der designierte Kommissionspräsident Romano Prodi stammt aus Italien. Vor allem die Bevölkerung Dänemarks hat kein Vertrauen in die Europäische Kommission (65%), gefolgt von der Bevölkerung Schwedens (52%). Der Anteil der unentschiedenen Antworten reicht von 12% in Dänemark bis 37% im Vereinigten Königreich.

Vertrauen in die Europäische Kommission



Quelle: Umfrage Nr. 51.0 - März - April 1999
Standard Eurobarometer 51 - Abb. 3.12

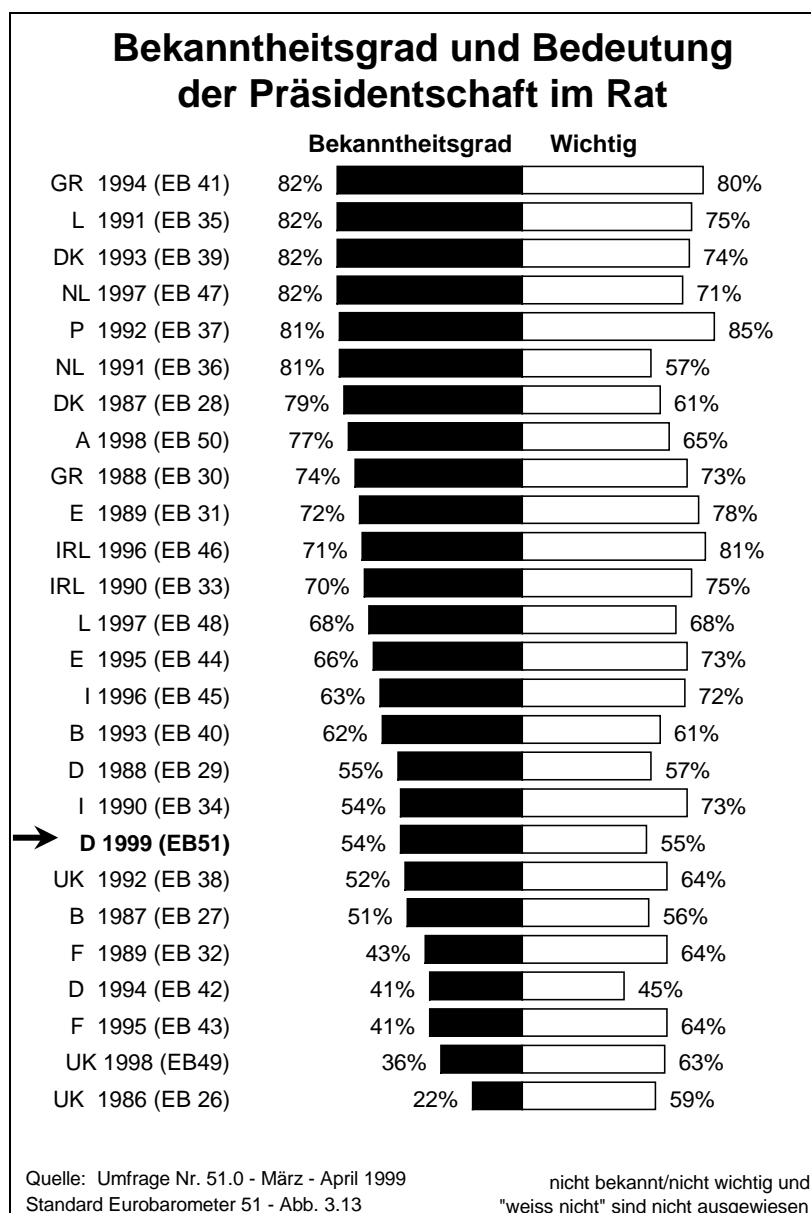
Die folgende Tabelle zeigt, welche drei EU-Institutionen das meiste Vertrauen in den Mitgliedsländern genießen. Das **Europäische Parlament** steht in 10 der 15 Mitgliedsländer an erster Stelle; es liegt in drei weiteren Ländern auf dem zweiten Platz, erreicht den dritten Platz in Deutschland und teilt sich in den Niederlanden den dritten Platz mit dem Rechnungshof. Der **Europäische Gerichtshof** führt die Liste der vertrauenswürdigen Institutionen in Dänemark (64%), Finnland (59%), Deutschland (50%) und Schweden (45%) an. In Luxemburg (63%), den Niederlanden (62%), Irland (51%), Österreich, Griechenland, Belgien (jeweils 45%) und im Vereinigten Königreich (30%). Die **Europäische Zentralbank** ist Spitzenreiter in den Niederlanden (68%), liegt in Deutschland (50%) auf dem zweiten Platz und in Luxemburg (61%), Italien (49%), Irland (48%), Österreich (44%), Dänemark (43%), Frankreich (41%) und Schweden (37%) auf dem dritten Platz. Die **Europäische Kommission** liegt in Italien (58%), Portugal, Spanien (jeweils 51%) und Frankreich (44%) an zweiter Stelle und in Belgien (45%), Griechenland (43%) und im Vereinigten Königreich (25%) an dritter Stelle. Der **Ministerrat** erreicht in Portugal und Spanien (45%) den dritten Platz. Der **Europäische Ombudsman**, der ein Finne ist, liegt in Finnland auf einem der ersten drei Plätze (57%). Keine der anderen EU-Institutionen kann auf die ersten drei Plätze vorrücken. (Siehe auch Tabelle 3.6)

WELCHE DREI EU-INSTITUTIONEN GENIEßEN DAS MEISTE VERTRAUEN? (IN %, NACH MITGLIEDSLÄNDERN)			
Belgien		Luxemburg	
Europäisches Parlament	53	Europäisches Parlament	68
Europäischer Gerichtshof	45	Europäischer Gerichtshof	63
Europäische Kommission	45	Europäische Zentralbank	61
Dänemark		Niederlande	
Europäischer Gerichtshof	64	Europäische Zentralbank	68
Europäisches Parlament	48	Europäischer Gerichtshof	62
Europäische Zentralbank	43	Rechnungshof	51
Deutschland		Österreich	
Europäischer Gerichtshof	50	Europäisches Parlament	48
Europäische Zentralbank	50	Europäischer Gerichtshof	45
Europäisches Parlament	43	Europäische Zentralbank	44
Griechenland		Portugal	
Europäisches Parlament	55	Europäisches Parlament	56
Europäischer Gerichtshof	45	Europäische Kommission	51
Europäische Kommission	43	Ministerrat	45
Spanien		Finnland	
Europäisches Parlament	59	Europäischer Gerichtshof	59
Europäische Kommission	51	Europäisches Parlament	58
Ministerrat	45	Europäischer Ombudsman	57
Frankreich		Schweden	
Europäisches Parlament	54	Europäischer Gerichtshof	45
Europäische Kommission	44	Europäisches Parlament	38
Europäische Zentralbank	41	Europäische Zentralbank	37
Irland		Vereinigtes Königreich	
Europäisches Parlament	55	Europäisches Parlament	32
Europäischer Gerichtshof	51	Europäischer Gerichtshof	30
Europäische Zentralbank	48	Europäische Kommission	25
Italien			
Europäisches Parlament	65		
Europäische Kommission	58		
Europäische Zentralbank	49		

3.5. Bekanntheitsgrad und subjektive Bedeutung der Ratspräsidentschaft

Im letzten Abschnitt dieses Kapitels untersuchen wir den Bekanntheitsgrad und die subjektive Bedeutung der Präsidentschaft im Ministerrat, die Deutschland zum Zeitpunkt der Eurobarometer-Umfrage inne hatte²⁹.

Wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht, sind 54% der deutschen Bevölkerung darüber informiert, daß ihr Land die Ratspräsidentschaft inne hat. Dieser Anteil liegt um 1 Prozentpunkt unter dem entsprechenden Wert des Jahres 1988, als Deutschland ebenfalls die Ratspräsidentschaft inne hatte, ist jedoch viel höher als im Jahr 1994, als Deutschland die Ratspräsidentschaft zum letzten Mal inne hatte (41%). Im Frühjahr 1999 hielten es 55% der Deutschen für wichtig, daß Deutschland den Vorsitz im EU-Ministerrat inne hat.



²⁹ Jedes Mitgliedsland der Europäischen Union übernimmt die Ratspräsidentschaft turnusmäßig für die Dauer von sechs Monaten. Seit 1986 stellt das Eurobarometer im betreffenden Land eine Frage zu diesem Thema.

4. Zustimmung zu aktuellen politischen Themen

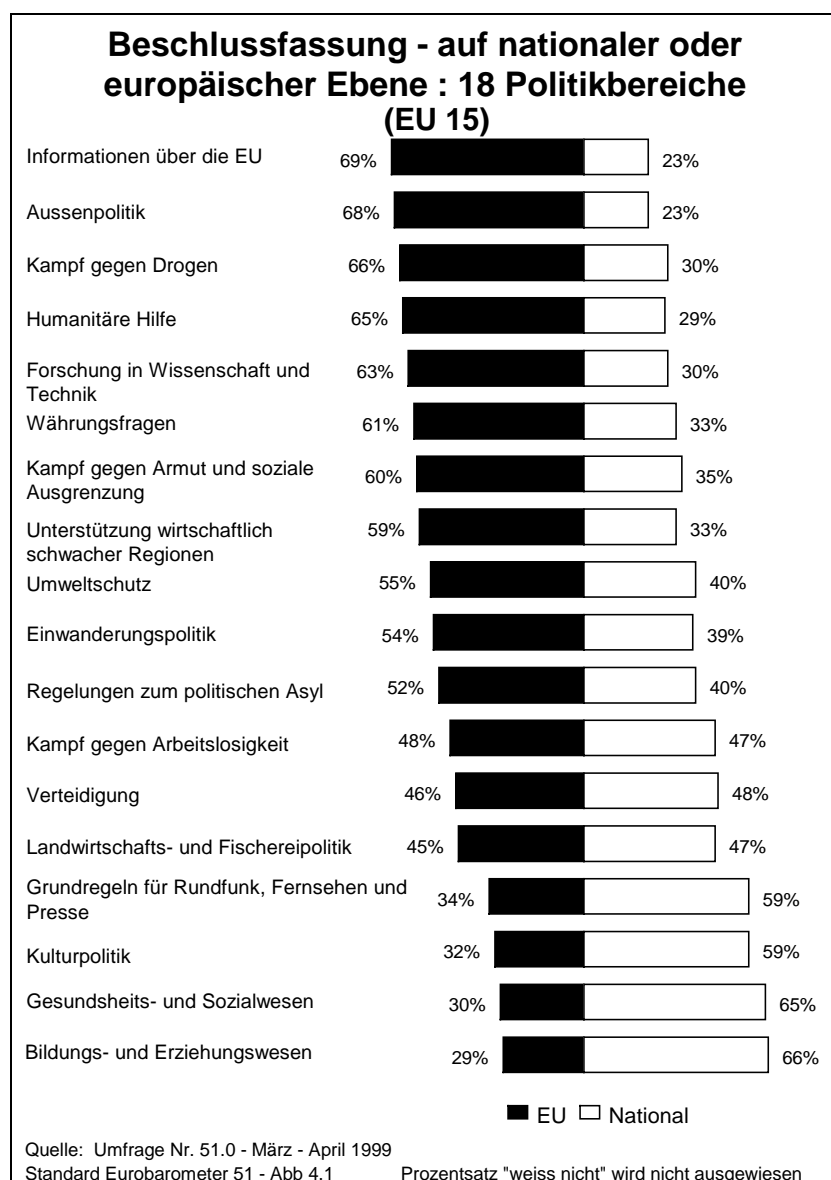
Während im vorhergehenden Kapitel der aktuelle Stand der öffentlichen Meinung im Hinblick auf die Europäische Union im allgemeinen beschrieben wird, befaßt sich das vorliegende Kapitel mit der Zustimmung der EU-Bevölkerung zu den Prioritäten und zur Politik der Europäischen Union. Insbesondere wird die Einstellung zur einheitlichen Währung und zur Erweiterung untersucht. Wir beginnen mit der Frage, ob die EU-Bevölkerung die gemeinsame Beschlußfassung auf EU-Ebene der Beschlußfassung auf nationaler Ebene in ausgewählten Politikbereichen vorzieht.

4.1. Gemeinsame Beschlußfassung in der EU

Bei der Eurobarometer-Umfrage wird ermittelt, ob Beschlüsse auf nationaler Ebene oder auf europäischer Ebene gefaßt werden sollten. Dabei werden 18 Politikbereiche zur Auswahl vorgelegt, in denen die Europäische Union in unterschiedlichem Maß über Entscheidungsbefugnisse verfügt. Durchschnittlich 52% der Befragten befürworten eine gemeinsame Beschlußfassung in diesen Bereichen; in 12 der 18 Bereiche wird die Beschlußfassung auf EU-Ebene der Beschlußfassung auf nationaler Ebene vorgezogen. Seit dem Herbst 1998 ist die Zustimmung zur gemeinsamen Beschlußfassung leicht zurückgegangen, denn zuvor lag die durchschnittliche Zustimmungsrates bei 57%, wobei die gemeinsame Beschlußfassung in 14 der 18 Bereiche befürwortet wurde.

ZUSTIMMUNG ZUR GEMEINSAMEN BESCHLUSSFASSUNG AUF EUROPÄISCHER EBENE NACH LÄNDERN		
Land	Durchschnittlicher Anteil der Personen, die der gemeinsamen Beschlußfassung zustimmen (für 18 Bereiche)	Zahl der Bereiche, in denen die gemeinsame Beschlußfassung der nationalen Beschlußfassung vorgezogen wird (maximal 18 Bereiche)
Italien	66%	18
Belgien	61%	14
Niederlande	61%	13
Frankreich	54%	13
Spanien	53%	12
EU15	52%	12
Deutschland	51%	13
Luxemburg	51%	12
Portugal	49%	11
Griechenland	47%	10
Österreich	47%	10
Irland	47%	8
Vereinigtes Königreich	39%	7
Dänemark	39%	6
Finnland	35%	5
Schweden	34%	4

Wie schon in der Vergangenheit ist die Zustimmung zur gemeinsamen Beschlußfassung in Italien am größten; Italien ist das einzige Land, in dem die gemeinsame Beschlußfassung der nationalen Beschlußfassung in allen 18 Politikbereichen vorgezogen wird. In Belgien und in den Niederlanden bevorzugen im Durchschnitt mehr als 6 von 10 Personen ebenfalls die gemeinsame Beschlußfassung auf europäischer Ebene. Die Zustimmung zur gemeinsamen Beschlußfassung ist in Schweden, Finnland, Dänemark und im Vereinigten Königreich am geringsten. In diesen Ländern legt die Bevölkerung mehr Wert auf die nationale Souveränität und spricht sich für eine begrenztere Rolle der Europäischen Union in den politischen Entscheidungsprozessen aus.



Wie im Herbst 1998 sind die Befragten am häufigsten der Meinung, daß Entscheidungen über die Verbreitung von Informationen über die EU, ihre Politik und ihre Institutionen gemeinsam innerhalb der Europäischen Union getroffen werden sollten. Vier weitere Bereiche, in denen die gemeinsame Beschlußfassung ebenfalls breite Zustimmung findet, sind die Außenpolitik, der Kampf gegen Drogen, die humanitäre Hilfe und die Forschung in Wissenschaft und Technik. Diese Bereiche reichen entweder über die Landesgrenzen hinweg oder wirken sich nur in begrenzter Form auf das tägliche Leben der Bürger aus. In Anlehnung an das Subsidiaritätsprinzip der Europäischen Union unterscheiden die Menschen zwischen diesen Bereichen und den Bereichen, die sie eher direkt betreffen. So spricht sich die Mehrheit der Europäer dafür aus, daß die nationale Regierung in den Bereichen zuständig ist, die sie selbst, ihre Familien oder ihr Land direkt angehen, z.B. Bildungspolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik, Kulturpolitik und Grundregeln für Rundfunk, Fernsehen und Presse. (Die Ergebnisse für die einzelnen Länder sind in Tabelle 4.1 enthalten.)

Durch den Krieg im Kosovo wurde auch die Frage nach einer europäischen Armee wieder ein aktuelleres Thema. Die Umfrageergebnisse zeigen jedoch, daß eine gemeinsame Beschlußfassung auf europäischer Ebene im verteidigungspolitischen Bereich heute in den meisten Ländern weniger Zustimmung findet als im Herbst 1998. Die Zustimmung zur gemeinsamen Beschlußfassung ging in den folgenden Ländern zurück: Griechenland (17%; -16), Luxemburg (51%; -13), Spanien (45%; -12), Österreich (38%; -9), Deutschland (52%; -7), Schweden (18%; -7), Dänemark (30%; -6), Frankreich (49%; -5), Irland (20%; -4), Finnland (7%, -4), Vereinigtes Königreich (27%; -3) und Niederlande (72%; -2). Nur in Belgien (62%; +1), Italien (60%; +2) und Portugal (35%; +2) konnten sich die Zustimmungsraten behaupten³⁰.

4.2. Vorrangige Aufgaben der EU im Jahr 1999

Die fünf politischen Prioritäten, die die Europäische Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für das Jahr 1999 festlegte, lassen sich wie folgt zusammenfassen³¹:

- Umsetzung des **Vertrags von Amsterdam**³²
- **Sichtbarkeit, Einheit, Kohärenz und Stärke der Union** sollen auf der internationalen Bühne stärker in Erscheinung treten
- **Institutionelle Reform** zur Verbesserung von Effizienz und Transparenz
- Erfolgreiche Verwirklichung der **Wirtschafts- und Währungsunion** - Konsolidierung des **Euro**, um Europa einen neuen Platz in den internationalen Beziehungen zu geben
- Durchführung der **Agenda 2000**³³

Wir erörtern zunächst, ob die europäische Öffentlichkeit diese Themen als vorrangige Aufgaben der Europäischen Union ansieht³⁴.

Mit dem Vertrag von Amsterdam, der am 1. Mai 1999 in Kraft getreten ist, wurde eine neue integrierte Strategie für die Beschäftigung festgelegt. 90% der Europäer glauben, daß der **Kampf gegen die Arbeitslosigkeit** eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union sein sollte. Der Vertrag von Amsterdam gibt der Europäischen Kommission außerdem die Möglichkeit, politische Maßnahmen zu entwickeln, die den sozialen Schutz modernisieren und verbessern, die soziale Eingliederung fördern und Diskriminierung und Ungleichheit bekämpfen. 88% der EU-Bürger sprechen sich dafür aus, daß die EU **Armut und soziale Ausgrenzung** bekämpft. Außerdem verbessert der Vertrag von Amsterdam die Mechanismen und Instrumente, die die Mitgliedsländer für den gemeinsamen **Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel** benötigen, der nach Meinung von 88% der EU-Bürger eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union sein sollte. 81% der EU-Bürger glauben, die Europäische Union sollte vorrangig dafür sorgen, daß die **Rechte des Einzelnen und der Respekt vor den Grundsätzen der Demokratie in Europa** garantiert werden. Mit dem Vertrag von Amsterdam wurden diese Grundrechte zum ersten Mal ausdrücklich festgeschrieben. Der Vertrag enthält ferner eine Bestimmung über die nachhaltige Entwicklung, die die Grundlage für eine effizientere Bewältigung der Umweltschutzprobleme und für die Verbesserung der Lebensqualität darstellt. Der **Umweltschutz** sollte nach Meinung von 83% der Befragten eine vorrangige Aufgabe der EU sein. 79% halten den **Verbraucherschutz** für ebenso wichtig. Ferner räumt der Vertrag von Amsterdam den EU-Bürgern ein Recht auf Information in der Europäischen Union ein; auf diese Weise soll **ein bürgernahes Europa** verwirklicht werden. 72% der Befragten halten dies für eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union.

Der Krieg im Kosovo stellt die Fähigkeit der Europäischen Union, auf der internationale Bühne mehr Sichtbarkeit, Einheit, Kohärenz und Stärke zu zeigen, auf die Probe. 90% der Europäer halten die **Wahrung von Frieden und Sicherheit in Europa** für eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union. 51% der EU-Bürger glauben, daß die Europäische Union ihre **politische und diplomatische Bedeutung in der Welt** stärker betonen sollte.

³⁰ Siehe auch Eurobarometer-Bericht Nr. 50, Tabelle 3.9.

³¹ Weitere Informationen können im Internet unter der folgenden Adresse abgerufen werden:
<http://europa.eu.int/comm/off/work/1999/de/com604.htm>

³² Weitere Informationen über den Vertrag von Amsterdam können im Internet unter der folgenden Adresse abgerufen werden:
<http://europa.eu.int/abc/obj/amst/de/index.htm>

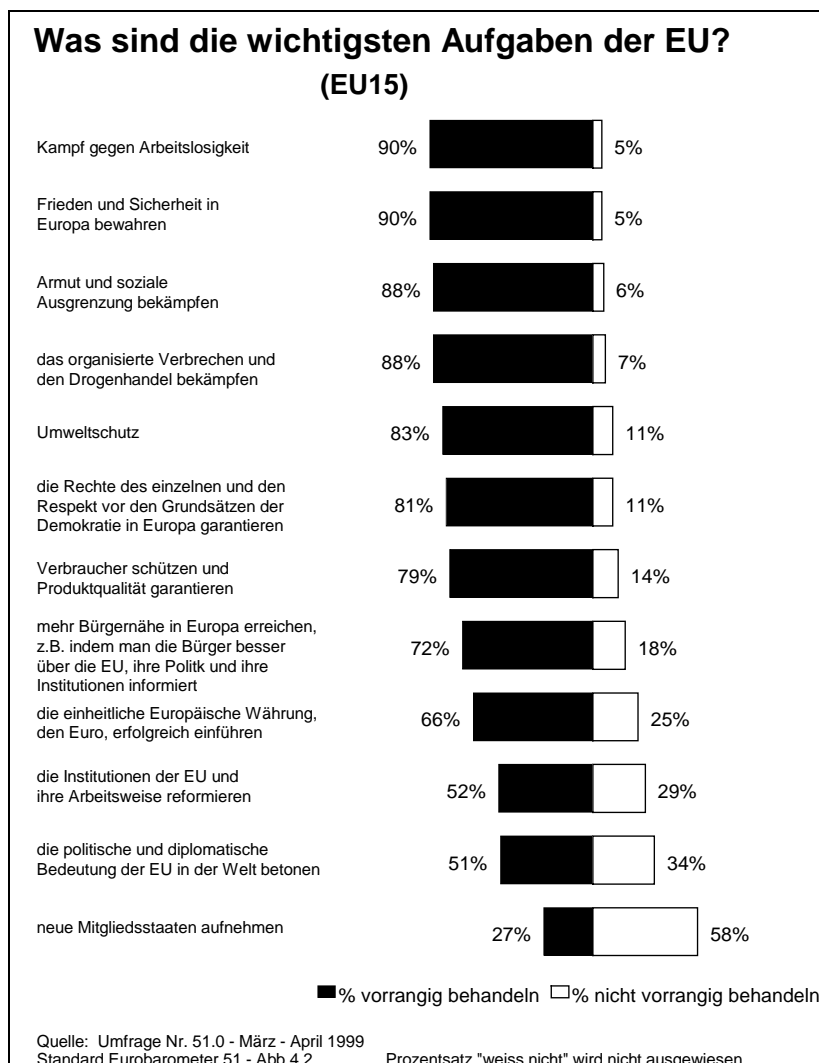
³³ Weitere Informationen über die Agenda 2000 können im Internet unter der folgenden Adresse abgerufen werden:
http://europa.eu.int/comm/agenda2000/index_de.htm

³⁴ Die Ergebnisse für die einzelnen Länder sind in Tabelle 4.2 im Anhang enthalten.

Auf die Frage, ob die erfolgreiche **Einführung der einheitlichen Währung** eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union sein sollte, antworten 66% der EU-Bürger mit "ja" und 25% mit "nein"³⁵.

Im Rahmen der Agenda 2000, der das Europäische Parlament am 6. Mai 1999 zustimmte, wird die Europäische Kommission 1999 die Vorbereitungen für die Erweiterung fortsetzen. Während nur 27% der Europäer die **Aufnahme von neuen Mitgliedstaaten**³⁶ als vorrangige Aufgabe ansehen, ist die Zustimmung zur **Reform der EU-Institutionen** bedeutend größer. 52% der EU-Bürger halten diese Aufgabe, die nicht nur ein Teil der Agenda 2000 ist, sondern auch als ausdrückliches Ziel im Vertrag von Amsterdam verankert ist, für eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union.

Der Rücktritt der Europäischen Kommission im März 1999, der aufgrund von Anschuldigungen wegen Betrugs erfolgte, dürfte erklären, weshalb die Bürger in vielen Mitgliedsländern die Reform der EU-Institutionen nun viel häufiger für eine vorrangige Aufgabe halten als im Herbst 1998. Die institutionelle Reform findet in folgenden Ländern deutlich mehr Zustimmung: Österreich (61%; +15), Luxemburg (55%; +13), Irland (64%; +10), Belgien (52%; +10), Portugal (53%; +9), Schweden (66%; +7), Deutschland (52%; +7), Frankreich (49%; +7), Dänemark (77%; +4), Spanien (52%; +4) und Finnland (42%; +4). Keine nennenswerte Veränderung des Meinungsbilds gab es im Vereinigten Königreich (50%; +1), in den Niederlanden (64%; 0) und in Italien (51%; -2). Im Vergleich zum Herbst 1998 ist nur in Griechenland (62%; -6) der Anteil der Personen zurückgegangen, die die institutionelle Reform als eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union ansehen³⁷.



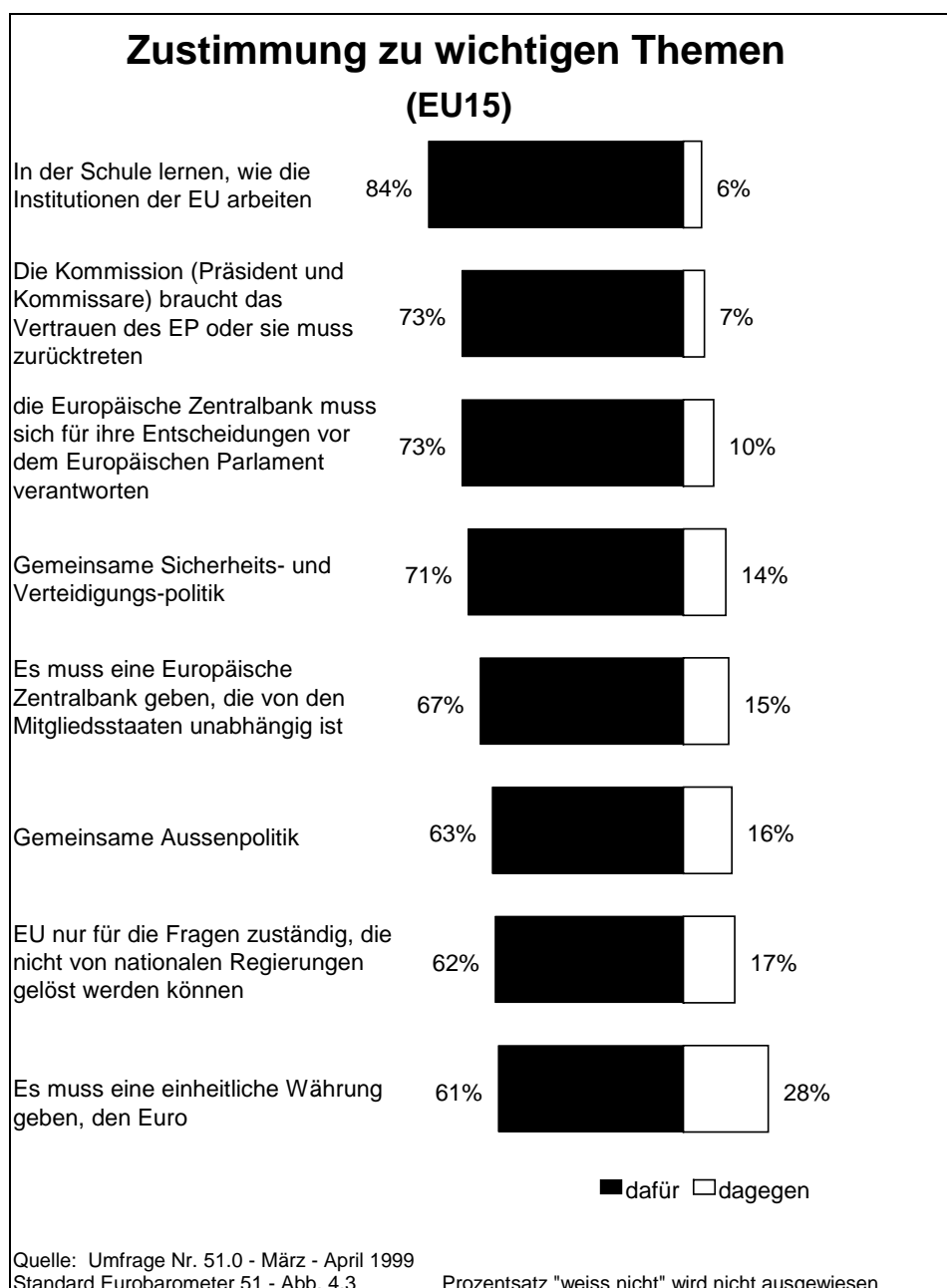
³⁵ Die Einstellungen zur einheitlichen Währung werden in Abschnitt 4.4 dieses Kapitels ausführlicher erörtert.

³⁶ Die Zustimmung zur Erweiterung wird in Abschnitt 4.5 dieses Kapitels ausführlicher erörtert.

³⁷ Die Ergebnisse für den Herbst 1998 sind im Eurobarometer-Bericht Nr. 50, Tabelle 3.8 enthalten.

4.3. Zustimmung zu wichtigen Themen

Mit Hilfe des Eurobarometers lässt sich ermitteln, wie die europäische Bevölkerung wichtige Fragen der Europäischen Union beurteilt. Einige dieser Fragen beziehen sich auf klar umrissene politische Aspekte, während sich andere Fragen auf die demokratischen Prozesse beziehen, die bestimmen, wie die Europäische Union funktioniert.



In allen 15 Mitgliedsländern ergibt sich ein breiter Konsens, wenn danach gefragt wird, ob die Kinder in der Schule lernen sollen, wie die Institutionen der Europäischen Union funktionieren. Die Zustimmungsraten reichen von 76% in Österreich bis 92% in Portugal und in den Niederlanden.

Trotz des Kosovo-Kriegs ist die Zustimmung zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und die Zustimmung zu einer gemeinsamen Außenpolitik in den meisten Ländern geringer als im Herbst 1998. Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, wurden nur in Belgien und Portugal deutliche Verbesserungen registriert. Die Zustimmung zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat sich in Belgien um 7 Prozentpunkte und in Portugal um 6 Prozentpunkte verbessert. Die Zustimmung zu einer gemeinsamen Außenpolitik hat sich in diesen beiden Ländern um 9 bzw. 5 Prozentpunkte verbessert. Am deutlichsten ist Zustimmung zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zur gemeinsamen Außenpolitik in Griechenland zurückgegangen (-13 bzw. -11).

ZUSTIMMUNG ZU EINER GEMEINSAMEN VERTEIDIGUNGS- UND SICHERHEITSPOLITIK UND ZU EINER GEMEINSAMEN AUSSENPOLITIK NACH LÄNDERN				
Land	Verteidigung und Sicherheit	Veränderung gegenüber Herbst 1998	Außenpolitik	Veränderung gegenüber Herbst 1998
Italien	81%	-4	70%	-2
Niederlande	81%	-1	75%	-4
Belgien	80%	+7	68%	+9
Luxemburg	79%	-4	74%	+2
Frankreich	77%	-4	67%	-4
Deutschland	74%	-5	68%	-3
Griechenland	71%	-13	70%	-11
EU15	71%	-4	63%	-3
Spanien	67%	-8	62%	-5
Portugal	64%	+6	54%	+5
Österreich	62%	-1	62%	-3
Vereinigtes Königreich	58%	-6	43%	-9
Dänemark	53%	-5	56%	-3
Irland	50%	-4	59%	-1
Schweden	45%	-6	46%	-1
Finnland	44%	-8	49%	-6

Die Frage nach der Verantwortlichkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Unterstützung der Europäischen Kommission durch das Europäische Parlament mißt die Zustimmung zu den demokratischen Prozessen. Es dürfte nicht verwundern, daß diese Zustimmung in den skandinavischen Ländern eben so hoch wie in den anderen Ländern ist, wenn sie nicht sogar noch stärker ausgeprägt ist, da zahlreiche Menschen in Skandinavien meinen, daß die Europäische Union über zuviel Macht verfügt und nicht genügend Mechanismen vorhanden sind, um diese Macht zu kontrollieren.

62% der Europäer stimmen dem Subsidiaritätsprinzip zu. Dieses Prinzip findet in Italien (70%) die meiste Unterstützung und wird auch von 2 von 3 Personen in Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Irland, Luxemburg, den Niederlanden und Finnland befürwortet. Die Ablehnung des Subsidiaritätsprinzips ist in Schweden (35%) und Dänemark (30%) sowie im Vereinigten Königreich (24%) und in Frankreich (23%) am größten.

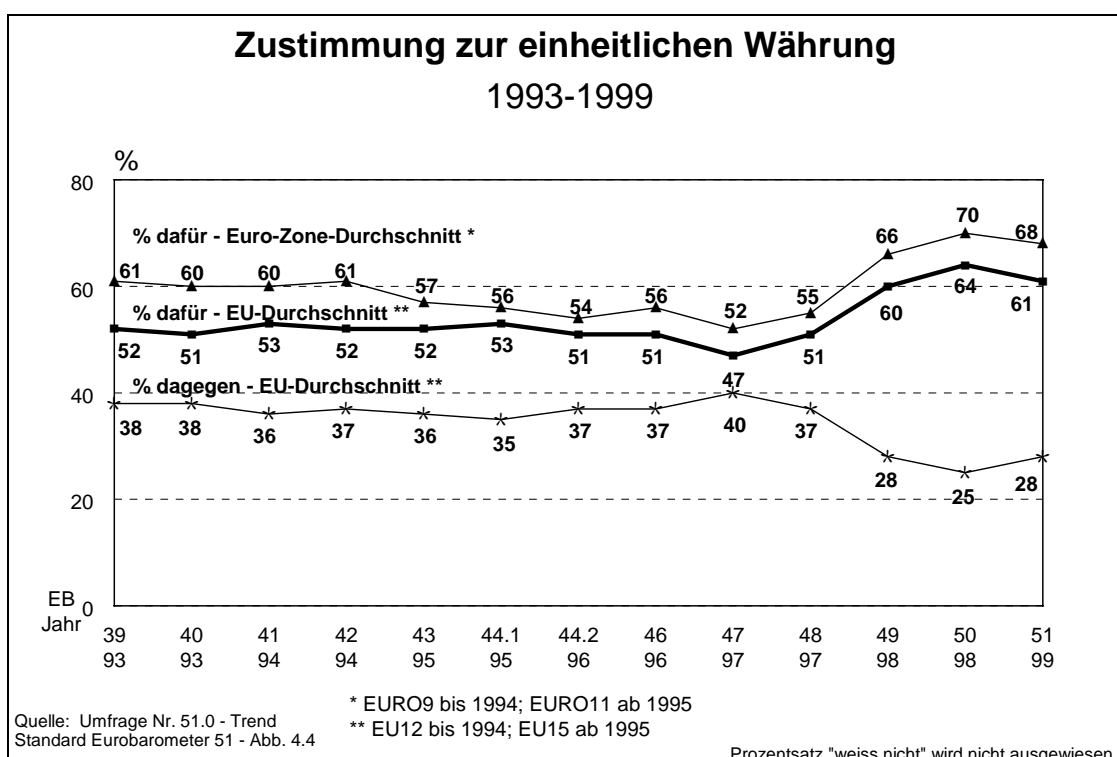
Die Zustimmung zur einheitlichen Währung, die im Frühjahr 1999 einen Anteil von 61% erreichte, wird im folgenden Abschnitt genauer erörtert. 67% der EU-Bürger befürworten die Europäische Zentralbank (EZB), wobei die höchsten Zustimmungsraten in Luxemburg (84%) und in den Niederlanden (83%) registriert wurden. Die Zustimmung zur EZB ist im Vereinigten Königreich (51%) am geringsten; dort bestimmt die EZB die Währungspolitik nicht, da das Land nicht am Euro teilnimmt. In den drei anderen Ländern außerhalb der Eurozone sind die Zustimmungsraten hingegen bedeutend höher. (Siehe auch Tabelle 4.3)

Um einen allgemeinen Eindruck von der Zustimmung zu diesen wichtigen Themen in den einzelnen Ländern zu vermitteln, haben wir einen Durchschnittswert berechnet, indem die prozentualen Anteile der positiven Antworten zu jedem Thema addiert und durch die Gesamtzahl der Themen (8) dividiert wurden. Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, ist die durchschnittliche Zustimmung in Luxemburg und in den Niederlanden (jeweils 80%) am größten und im Vereinigten Königreich (54%) sowie in Schweden (62%) am niedrigsten. Dabei ist zu beachten, daß niedrige Zustimmungsraten die direkte Folge eines hohen Anteils an unentschiedenen Antworten sein können und daher nicht zwangsläufig hohe Ablehnungsraten widerspiegeln. Dies gilt insbesondere für Portugal. Da Durchschnittswerte naturgemäß einen Teil der Informationen überdecken, wird auch die Differenz angegeben, die zwischen dem Thema mit der höchsten Zustimmungsrates und dem Thema mit der niedrigsten Zustimmungsrates besteht. Ein hoher Differenzbetrag zeigt an, daß einige Themen eine bedeutend höhere Zustimmung fanden als andere Themen. Die größte Differenz wurde in Schweden (52 Prozentpunkte) registriert, gefolgt vom Vereinigten Königreich (50), Dänemark (47) und Finnland (45).

ZUSTIMMUNG ZU WICHTIGEN THEMEN NACH LÄNDERN		
Land	Durchschnittliche Zustimmungsrates	Differenz zwischen höchster und niedrigster Zustimmungsrates
Luxemburg	80%	23
Niederlande	80%	24
Belgien	76%	22
Italien	75%	17
Frankreich	73%	29
Griechenland	72%	21
Deutschland	71%	25
Spanien	69%	21
EU15	69%	23
Irland	69%	39
Finnland	69%	45
Dänemark	66%	47
Österreich	65%	23
Portugal	65%	38
Schweden	62%	52
Vereinigtes Königreich	54%	50

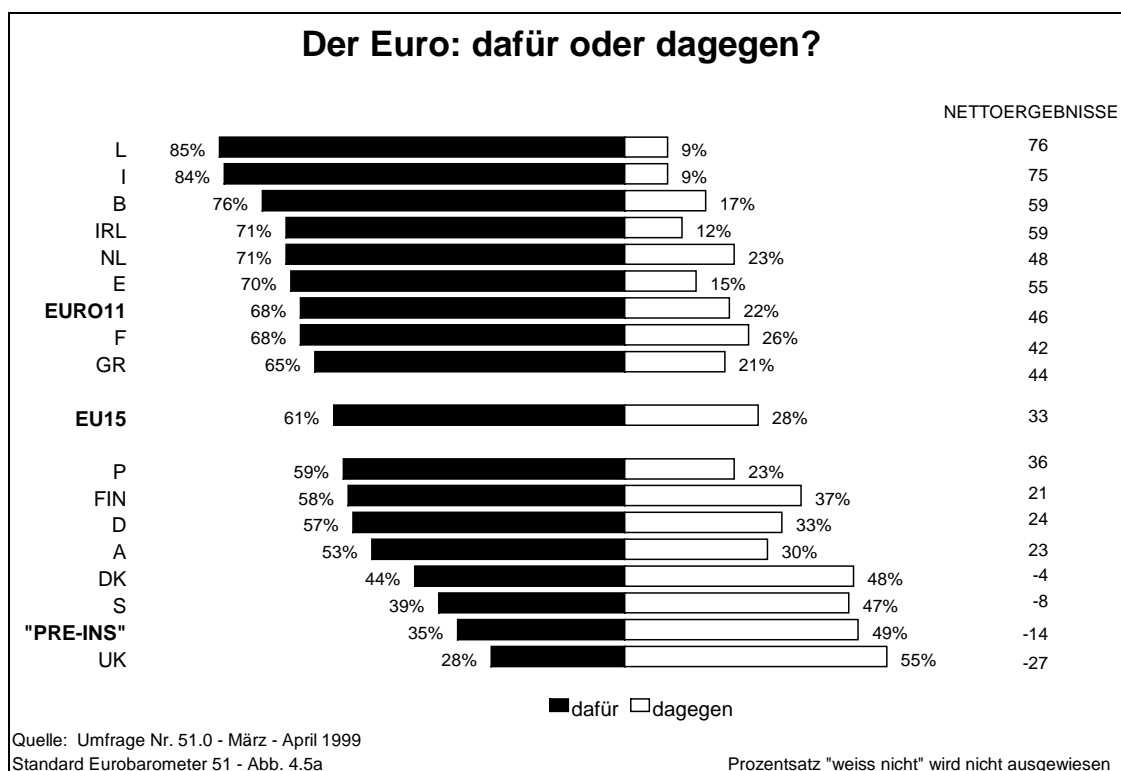
4.4. Einheitliche Währung - Euro

Seit dem Jahr 1993, als die Einführung des Euro zum 1. Januar 1999 im Vertrag von Maastricht festgelegt wurde, mißt das Eurobarometer die Zustimmung der Öffentlichkeit zur einheitlichen Währung. Zum Zeitpunkt der jüngsten Umfrage, als der Euro seit drei Monaten eingeführt war, sprachen sich 61% der EU-Bevölkerung für die einheitliche Währung aus und 28% lehnten sie ab³⁸. Diese Ergebnisse liegen geringfügig unter den Werten vom Herbst 1998, als der Euro von 64% befürwortet und von 25% abgelehnt wurde. Nach der anfänglichen Begeisterung über den Euro war ein Rückgang zu erwarten. Außerdem dürfte die öffentliche Meinung durch die Tatsache beeinflusst worden sein, daß sich der Euro nicht so gut gegen fremde Währungen behaupten konnte, wie man erwartet hatte. Ganz allgemein ist die Stimmung in der Bevölkerung wegen des Kosovo-Kriegs und der institutionellen Krise, die zum Rücktritt der Europäischen Kommission führte, jetzt weniger optimistisch.



Die elf Länder, die den Euro zum 1. Januar 1999 eingeführt haben, sind Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien. Im folgenden wird diese Ländergruppe als "Euro-11-Länder" bezeichnet. Die vier Länder außerhalb der Eurozone sind Dänemark, Griechenland, Schweden und das Vereinigte Königreich. Sie werden im folgenden als "Nichtteilnehmerländer" (oder „Pre-ins“) bezeichnet. Wie die Umfrageergebnisse zeigen, sind die Menschen in den Euro-11-Ländern positiver zur einheitlichen Währung eingestellt (68%) als die Menschen in den Nichtteilnehmerländern (35%).

³⁸ Weitere Informationen über den Euro können im Internet unter der folgenden Adresse abgerufen werden:
<http://europa.eu.int/euro/html/entry.html>



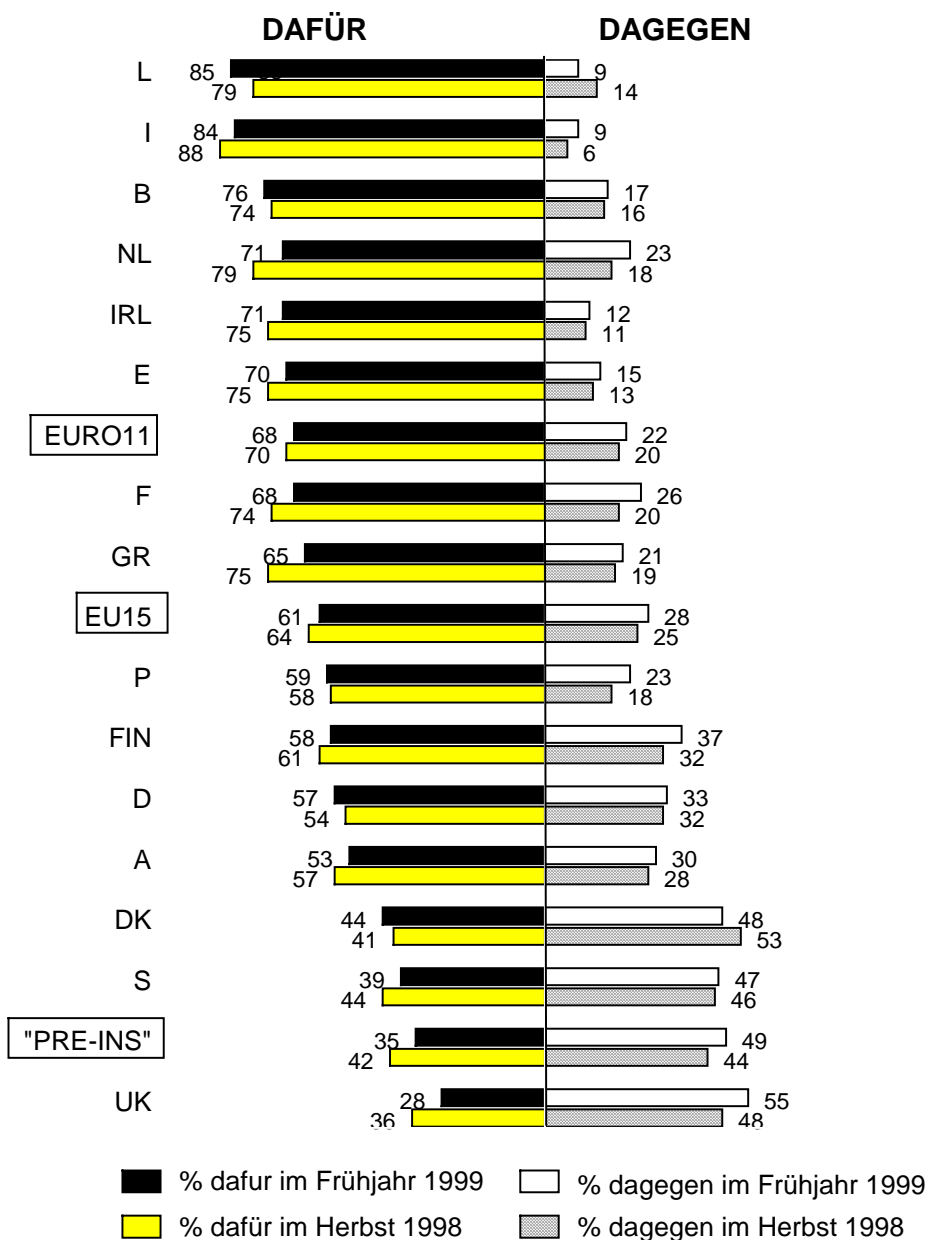
Bei den Euro-11-Ländern ist die Zustimmung zum Euro in Luxemburg (85%), Italien (84%) und Belgien (76%) am größten. In Irland, den Niederlanden, Spanien und Frankreich befürworten rund 7 von 10 Personen die einheitliche Währung, und in den vier übrigen Euro-11-Ländern steht mehr als die Hälfte der Bevölkerung dem Euro positiv gegenüber. Am deutlichsten wird der Euro in Finnland (37%), Deutschland (33%) und Österreich (30%) abgelehnt.

Bei den Nichtteilnehmerländern zeigt sich, daß die Bevölkerung in Griechenland (65%) wie schon in der Vergangenheit dem Euro positiver gegenüber steht als die Bevölkerung im Vereinigten Königreich oder in Dänemark und Schweden. In diesen drei Ländern gibt es mehr Gegner als Befürworter des Euro. Allerdings liegt der Anteil der Euro-Gegner in Schweden und Dänemark noch knapp unter der 50%-Marke. Nur im Vereinigten Königreich ist die Kluft zwischen Gegnern und Befürwortern sehr ausgeprägt (-27), und 55% der Bevölkerung lehnen die einheitliche Währung ab.

Die Analyse der Entwicklung der Zustimmung seit dem Herbst 1998 zeigt, daß Luxemburg das einzige Euro-11-Land ist, in dem eine nennenswerte Zunahme der Zustimmung (+6) von einer nennenswerten Abnahme der Ablehnung begleitet wird (-5). In Deutschland ist die Zustimmung deutlich gestiegen (+3), während die Ablehnung mehr oder weniger gleich geblieben ist (+1). In Belgien wird eine kleine Verbesserung der Zustimmung (+2) durch einen Rückgang der unentschiedenen Antworten (-3) ausgeglichen. In Portugal ist die Zustimmung mehr oder weniger gleich geblieben (+1), während die Ablehnung deutlich gestiegen ist (+5). In drei weiteren Ländern sind die Zustimmungsraten deutlich gesunken, ohne daß sich die Ablehnungsraten entsprechend erhöht hätten. Es handelt sich dabei um Irland (-4; +1), Österreich (-4; +2) und Spanien (-5; +2). In den Niederlanden (-8; +5) sowie in Frankreich (-6; +6), Italien (-4; +3) und Finnland (-3; +5) wird ein deutlicher Rückgang der Zustimmung von einem deutlichen Anstieg der Ablehnung begleitet.

Unter den Nichtteilnehmerländern ist Dänemark das einzige Land, in dem eine Zunahme der Zustimmung (+3) von einer Abnahme der Ablehnung (-5) begleitet wird. In Griechenland und Schweden hat der Anteil der Personen zugenommen, die keine Meinung äußern. Obwohl die Zustimmung in beiden Ländern deutlich zurückgegangen ist (-10 in Griechenland und -5 in Schweden), haben die Ablehnungsraten in keinem der beiden Länder wesentlich zugenommen (+1 in Schweden und +2 in Griechenland). Nur im Vereinigten Königreich wird ein deutlicher Rückgang der Zustimmung (-8) von einer deutlichen Zunahme der Ablehnung begleitet (+7). (Tabelle 4.4a)

Der euro: dafür oder dagegen?



Quelle: Eurobarometer 51.0 - Umfrage: März - April 1999

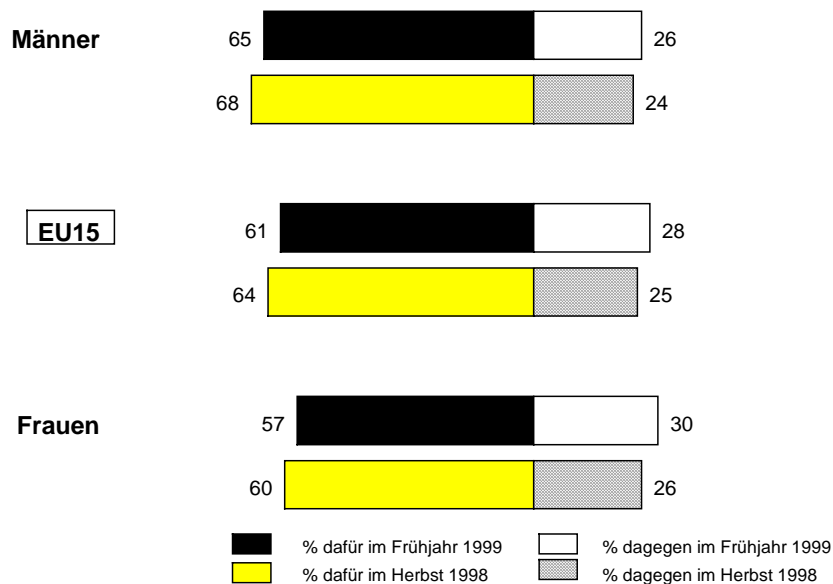
Eurobarometer 50.0 - Umfrage: Okt. - Nov. 1998

Standard Eurobarometer 51 - Abb. 4.5b

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Der Euro: dafür oder dagegen?

nach Geschlecht - EU15



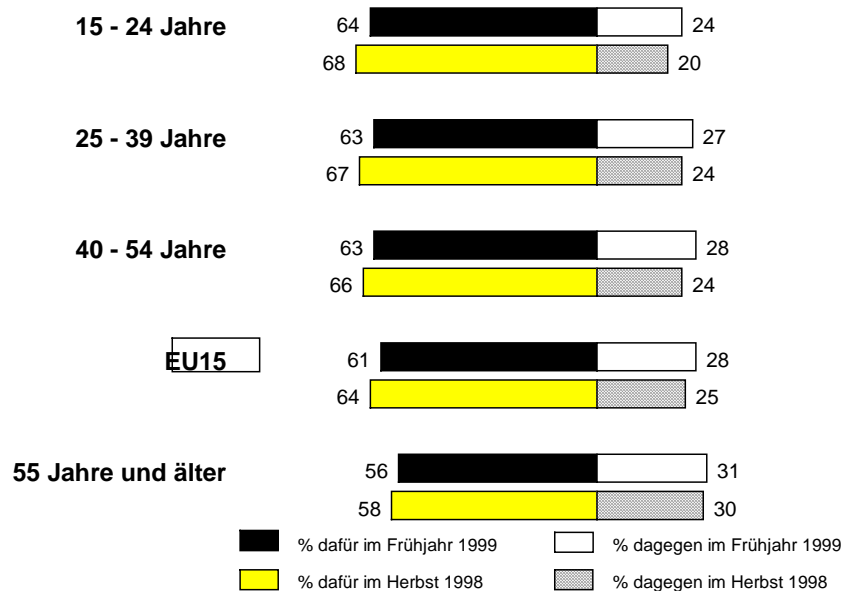
Quelle: Eurobarometer 51.0 - Umfrage März - April 1999
Eurobarometer 50.0 - Umfrage Okt. - Nov. 1998

Standard Eurobarometer 51 - Abb. 4.5c

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Der Euro: dafür oder dagegen?

nach Alter - EU15



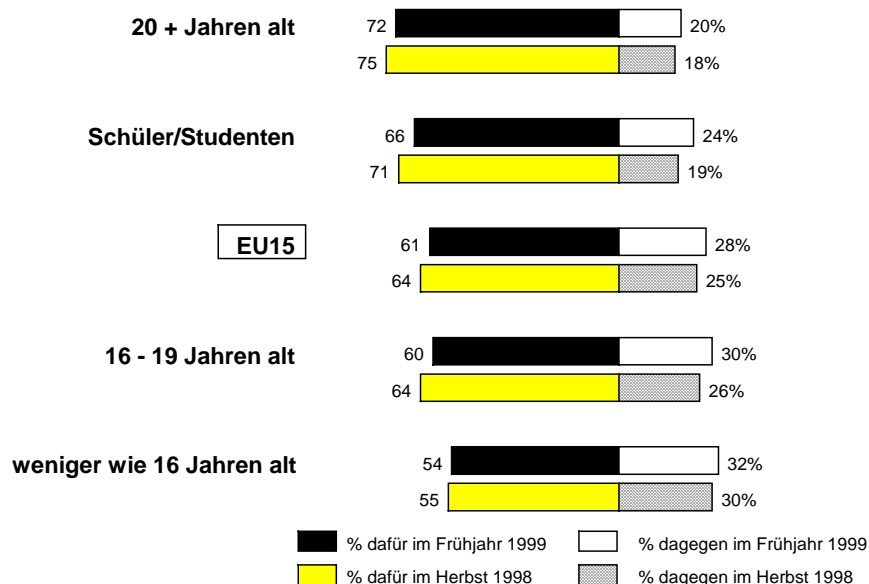
Quelle: Eurobarometer 51.0 - Umfrage März - April 1999
Eurobarometer 50.0 - Umfrage Okt. - Nov. 1998

Standard Eurobarometer 51 - Abb. 4.5d

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Der Euro: dafür oder dagegen?

nach Alter bei Bildungsabschluss - EU15



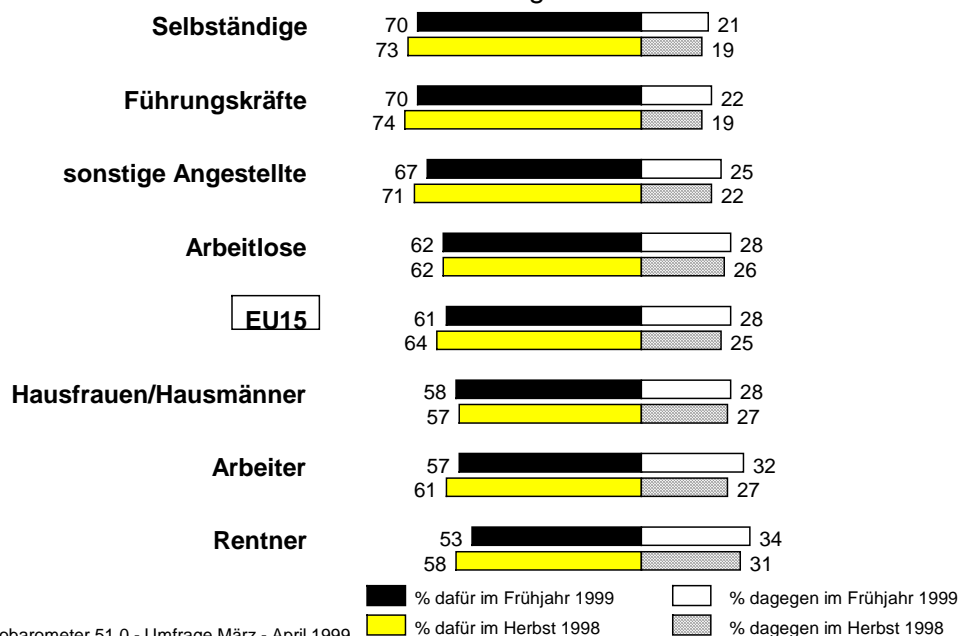
Quelle: Eurobarometer 51.0 - Umfrage März - April 1999
Eurobarometer 50.0 - Umfrage Okt. - Nov. 1998

Standard Eurobarometer 51 - Abb. 4.5e

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Der Euro: dafür oder dagegen?

nach Beruf der Befragten - EU15



Quelle: Eurobarometer 51.0 - Umfrage März - April 1999
Eurobarometer 50.0 - Umfrage Okt. - Nov. 1998

Standard Eurobarometer 51 - Abb. 4.5f

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Die Aufschlüsselung nach demographischen Standardvariablen zeigt, daß 65% der Männer und 57% der Frauen die einheitliche Währung befürworten. Da die Frauen häufiger als die Männer keine Meinung äußern, ist die Differenz zwischen den Geschlechtern bei den Ablehnungsraten weniger stark ausgeprägt (Männer: 26%; Frauen: 30%). Im Hinblick auf das Lebensalter besteht wie schon in der Vergangenheit eine deutliche Kluft zwischen Personen im Alter von bis zu 54 Jahren und den älteren Mitmenschen: bei den Jüngeren findet der Euro deutlich mehr Zustimmung als bei den Älteren. Auch der Bildungsgrad ist weiterhin ein sehr wichtiger Faktor, der die Einstellung zum Euro mitbestimmt. 72% derjenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind, befürworten den Euro, gegenüber 54% derjenigen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben. Unter den beschriebenen soziodemographischen Gruppen ist die Ablehnung in der Gruppe der Personen mit dem höchsten Bildungsniveau am niedrigsten (20%). Die Aufschlüsselung nach Berufskategorien zeigt, daß Selbständige und Führungskräfte am positivsten eingestellt sind (jeweils 70%), während Personen im Ruhestand - die in den meisten Fällen 55 Jahre und älter sind - in der Regel den Euro am seltensten befürworten (53%).

Der Differenz zwischen denjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache (82%) halten, und denjenigen, die sie für eine schlechte Sache (22%) halten, ist weiterhin sehr groß. (Tabelle 4.4b)

Wie die folgende Tabelle zeigt, hängt die Zustimmung zur einheitlichen Währung auch davon ab, wie gut die Befragten ihrer Meinung nach über den Euro informiert sind und ob sie Informationen über den Euro erhalten haben.

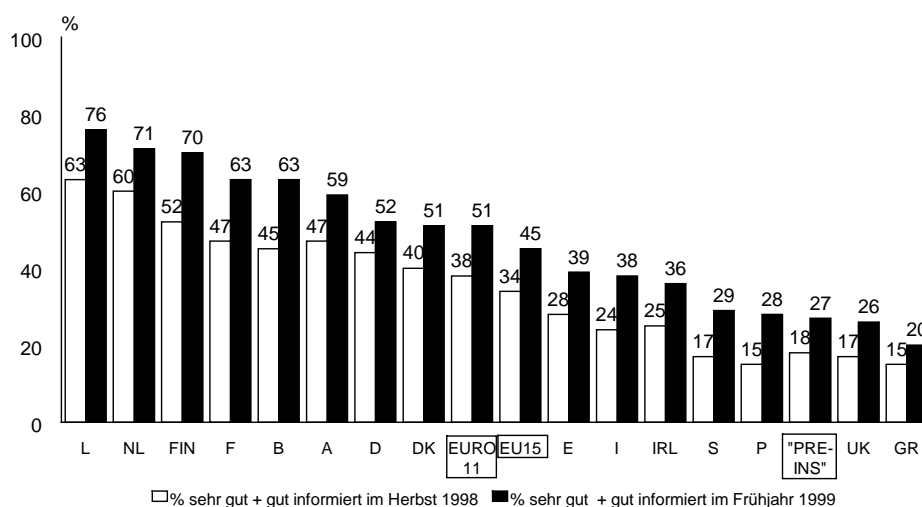
Zustimmung zur einheitlichen Währung			
Anteil der Befragten, die für den Euro sind	... gegen den Euro sind	... keine Meinung äußern
... meinen, sie sind sehr gut / gut über den Euro informiert	73%	21%	6%
... Informationen über den Euro erhalten haben	68%	24%	9%
Durchschnittswert für EU15	61%	28%	11%
... meinen, sie sind nicht gut / überhaupt nicht gut über den Euro informiert	51%	35%	15%
... keine Informationen über den Euro erhalten haben	37%	44%	19%

Als nächstes untersuchen wir, inwieweit die EU-Bürger nach eigenen Angaben über die einheitliche Währung Bescheid wissen. In allen 15 Mitgliedsländern fühlt sich die Bevölkerung im Frühjahr 1999 eher über die einheitliche Währung informiert als sechs Monate zuvor. Im Durchschnitt wurde eine Verbesserung um 11 Prozentpunkte registriert, so daß nun ein Rekordanteil von 45% der Befragten meint, über den Euro informiert zu sein.

Erwartungsgemäß ist der Anteil der Personen, die sich gut informiert fühlen, in den Euro-11-Ländern höher als in den Nichtteilnehmerländern. Bei den Euro-11-Ländern zeigt sich, daß sich die Bevölkerung in Luxemburg (76%) am ehesten für gut informiert hält, gefolgt von der Bevölkerung in den Niederlanden (71%) und in Finnland (70%). In Portugal ist der Anteil der Personen, die sich für gut informiert halten, wie in der Vergangenheit am geringsten: Portugal ist das einzige Euro-11-Land, in dem sich weniger als 3 von 10 Personen für gut informiert halten (28%). Allerdings ist der Anteil der Personen in Portugal, die sich für gut informiert halten, inzwischen bedeutend größer als im Herbst 1998 (+13). Bei den Euro-11-Ländern wurden die deutlichsten Verbesserungen in Finnland, Belgien (jeweils +18), Frankreich (+16) und Italien (+14) registriert. Die kleinste Zunahme wurde in Deutschland registriert (+8), doch ist auch dieses Ergebnis noch beeindruckend.

Bei den Nichtteilnehmerländern zeigt sich, daß der Anteil der Personen, die sich für informiert halten, in Dänemark (51%) bedeutend höher ist als in den anderen drei Ländern, in denen die Werte von 20% in Griechenland bis 29% in Schweden reichen. Die deutlichste Zunahme wurde in Schweden (+12) registriert, gefolgt von Dänemark und dem Vereinigten Königreich (jeweils +9). In Griechenland hat sich der Anteil der Personen, die sich informiert fühlen, um 5 Prozentpunkte verbessert. (Tabelle 4.5a).

Fühlen sich die Bürger über die einheitliche Währung informiert?



Quelle: Umfrage Nr. 50.0 - Okt. - Nov. 1998
 Umfrage Nr. 51.0 - März - April 1999
 Standard Eurobarometer 51 - Abb. 4.6

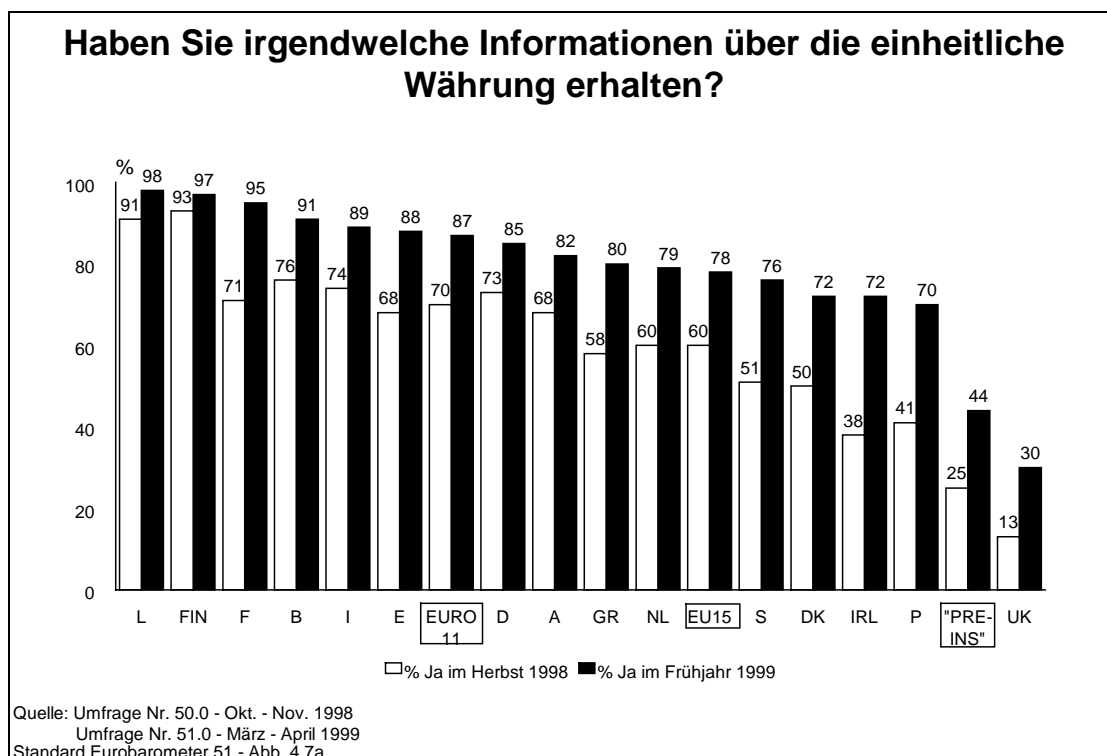
Ob die Menschen das Gefühl haben, über den Euro informiert zu sein, hängt auch davon ab, wie sie allgemein zur Europäischen Union und zum Euro eingestellt sind. Die Umfrageergebnisse zeigen, daß sich 58% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten, und 55% derjenigen, die den Euro befürworten, für gut informiert halten, während dies nur auf 38% derjenigen zutrifft, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für weder gut noch schlecht oder für eine schlechte Sache halten. Unter den Gegnern des Euro halten sich nur 33% für gut informiert.

Erwartungsgemäß gibt es eine deutliche Korrelation zwischen der subjektiven Beurteilung der eigenen Kenntnisse über den Euro und der eigenen Kenntnisse über die Europäische Union im allgemeinen. 84% derjenigen, die nach eigenen Angaben sehr viel über die Europäische Union wissen, erklären auch, daß sie über den Euro gut informiert sind; hingegen meinen nur 25% derjenigen, die nach eigenen Angaben sehr wenig über die Europäische Union wissen, daß sie gut über den Euro informiert sind. Die subjektive Beurteilung des eigenen Informationsstandes hängt auch davon ab, ob die Menschen (nach eigenen Angaben) bereits Informationen über den Euro erhalten haben. Wie die folgende Tabelle zeigt, glauben 54% derjenigen, die nach eigenen Angaben bereits Informationen über den Euro erhalten haben, gut über den Euro Bescheid zu wissen, verglichen mit nur 14% derjenigen, die nach eigenen Angaben keine Informationen über den Euro erhalten haben³⁹.

Vergleich: Wer hat Informationen über den Euro erhalten und wer fühlt sich gut über den Euro informiert?			
Anteil der Personen, die Informationen erhalten haben	... keine Informationen erhalten haben	Durchschnitt für EU15
... sehr gut + gut informiert sind	54%	14%	45%
... nicht sehr gut + überhaupt nicht informiert sind	45%	84%	53%
... keine Angaben machen	1%	1%	1%
<i>Insgesamt</i>	<i>100%</i>	<i>99%</i>	<i>99%</i>

³⁹ Tabelle 4.5b enthält eine Aufschlüsselung nach Geschlecht, Alter, Berufskategorie und Alter bei Bildungsabschluß.

Wir wollen nun untersuchen, inwieweit die Menschen in den 15 Mitgliedsländern nach eigenen Angaben Informationen über den Euro erhalten haben. Nach der Einführung des Euro steht viel eher zu erwarten, daß die Befragten Informationen über den Euro erhalten haben, als dies in den Monaten bis zur Einführung des Euro der Fall war. Dies gilt nicht nur für die Euro-11-Länder, sondern auch für die Nichtteilnehmerländer. Im Frühjahr 1999 gaben durchschnittlich beinahe 8 von 10 Personen an, daß sie Informationen erhalten haben, gegenüber 6 von 10 Personen im Herbst 1998.



Bei den Euro-11-Ländern zeigt sich, daß die Befragten in Luxemburg am häufigsten angaben, Informationen über den Euro erhalten zu haben (98%), gefolgt von den Befragten in Finnland (97%), Frankreich (95%) und Belgien (91%). In Italien, Spanien, Deutschland und Österreich erklärten mehr als 8 von 10 Personen, entsprechende Informationen erhalten zu haben, während der entsprechende Anteil in den Niederlanden bei 79% lag. Irland (72%) und Portugal (70%) sind die beiden Euro-11-Länder, in denen am seltensten erklärt wurde, daß man Informationen über die einheitliche Währung erhalten habe. Allerdings wurden gerade in diesen beiden Ländern die deutlichsten Verbesserungen seit dem Herbst 1998 registriert (+34 in Irland und +29 in Portugal). Sehr hohe Zunahmen gab es auch in Frankreich (+24) und Spanien (+20), während in Finnland (+4) die kleinste Zunahme registriert wurde; in Finnland lagen die Werte jedoch bereits so hoch, daß es nur wenig Spielraum für Verbesserungen geben konnte.

Bei den Nichtteilnehmerländern zeigte sich, daß die Befragten in Griechenland am häufigsten erklärten, sie hätten Informationen erhalten (80%), gefolgt von den Befragten in Schweden (76%) und in Dänemark (72%). Wie schon in der Vergangenheit ist der Anteil der Personen, die nach eigenen Angaben Informationen über den Euro erhalten haben, im Vereinigten Königreich am niedrigsten (30%), obwohl gegenüber dem Herbst 1998 eine sehr deutliche Verbesserung registriert wurde (+17). Die höchsten Zunahmen wurden in Schweden registriert (+25), gefolgt von Griechenland und Dänemark (jeweils +22).

Wie schon in der Vergangenheit erklärten die Befragten am häufigsten, daß das Fernsehen Informationen über den Euro vermittelt habe. 59% der Befragten ließen sich auf diese Weise über den Euro informieren, was eine Zunahme um 20 Prozentpunkte seit dem Herbst 1998 darstellt. Mehr als 4 von 10 Personen erklärten, sie hätten Informationen von einer Bank oder Sparkasse erhalten (+16) oder in der Presse gefunden (+15). Mehr als ein Viertel der Befragten wurde durch das Radio über den Euro informiert (+12). Familie und Freunde dienten für 16% der Befragten als Informationsquelle (+9), und 15% wurden durch

Postsendungen informiert (+6). Der Arbeitsplatz sowie Geschäfte und Supermärkte wurden häufiger als im Herbst 1998 genannt (jeweils +6). Auch die anderen zur Auswahl stehenden Informationsquellen wurden etwas häufiger als im Herbst 1998 angegeben: die Unterrichtung durch die nationale Regierung verbesserte sich um 4 Prozentpunkte, während die Option "sonstiges" denselben Anteil wie im Herbst 1998 erreichte⁴⁰.

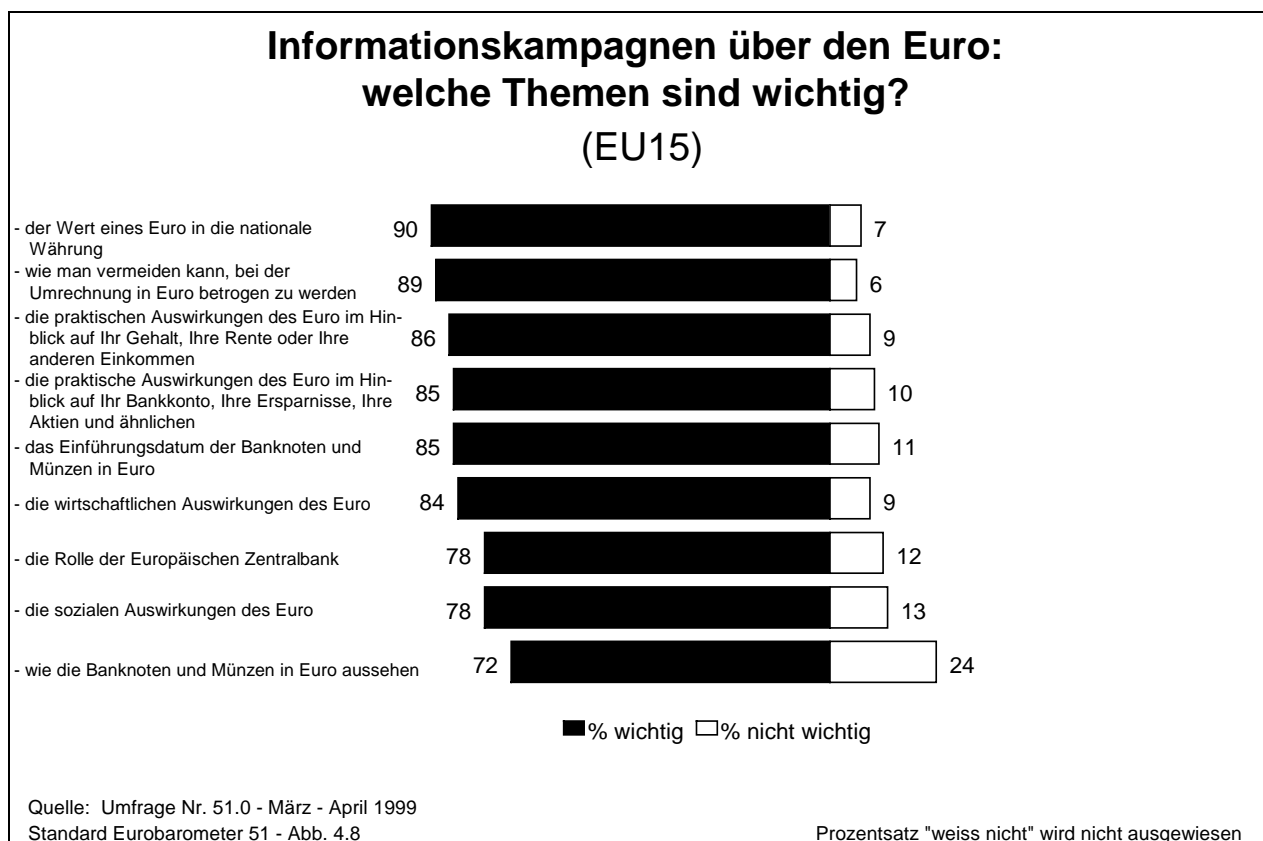


Die folgende Tabelle zeigt, daß das **Fernsehen** in 12 der 15 Mitgliedsländer am häufigsten als Informationsquelle genannt wird. In Frankreich und in den Niederlanden liegt das Fernsehen auf dem zweiten Platz und in Irland auf dem dritten Platz. In diesen drei Ländern, die alle zu den Euro-11-Ländern gehören, liegen die **Banken und Sparkassen** an erster Stelle. In sechs weiteren Euro-11-Ländern - Luxemburg, Belgien, Deutschland, Österreich, Spanien und Portugal - liegen Banken und Sparkassen auf dem zweiten Platz, während sie in Finnland und Italien den dritten Platz erreichen. In den Nichtteilnehmerländern liegen die Banken und Sparkassen entweder an vierter Stelle (Dänemark und Vereinigtes Königreich) oder erreichen keinen der ersten vier Plätze (Griechenland und Schweden). In diesen Ländern liegen die **Zeitungen und Zeitschriften** nach dem Fernsehen an zweiter Stelle, was auch in Italien und Finnland der Fall ist. In Luxemburg, Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Österreich, Frankreich, Spanien und Portugal liegen Zeitungen und Zeitschriften auf dem dritten Platz, und nur in Irland erreichen sie keinen der ersten vier Plätze. Das **Radio** liegt in 13 der 15 Mitgliedsländer auf dem dritten oder vierten Platz - nur Irland und Italien bilden hier eine Ausnahme. In diesen beiden Ländern erreichen die **Postsendungen** statt dessen einen der ersten vier Plätze. **Geschäfte und Supermärkte** liegen nur in Irland auf einem der ersten vier Plätze, obwohl es zahlreiche andere Länder gibt, in denen der Anteil der Personen höher ist, die auf diese Weise Informationen über den Euro erhalten haben. Griechenland und Schweden sind die einzigen beiden Länder, in denen **Familie und Freunde** zu den vier am häufigsten genannten Informationsquellen zählen. (Siehe auch Tabelle 4.6)

⁴⁰ Die Gesamtzahl der Antworten ist größer als der Anteil der Personen, die Informationen erhalten haben, weil die Befragten alle Informationsquellen nennen konnten, über die sie Informationen bezogen haben. Die Umfrageergebnisse für den Herbst 1998 sind in Tabelle 4.8 des Eurobarometer-Berichts Nr. 50 enthalten.

WIE WERDEN DIE INFORMATIONEN ÜBER DEN EURO BEZOGEN? DIE VIER WICHTIGSTEN INFORMATIONSQUELLEN (IN %, NACH MITGLIEDSLÄNDERN)			
Belgien		Luxemburg	
Fernsehen	71	Fernsehen	77
Bank oder Sparkasse	62	Bank oder Sparkasse	67
Zeitungen, Zeitschriften	49	Zeitungen, Zeitschriften	62
Radio	41	Radio	60
Dänemark		Niederlande	
Fernsehen	62	Bank oder Sparkasse	62
Zeitungen, Zeitschriften	45	Fernsehen	62
Radio	41	Zeitungen, Zeitschriften	53
Bank oder Sparkasse	11	Radio	40
Deutschland		Österreich	
Fernsehen	66	Fernsehen	59
Bank oder Sparkasse	58	Bank oder Sparkasse	51
Zeitungen, Zeitschriften	54	Zeitungen, Zeitschriften	46
Radio	34	Radio	41
Griechenland		Portugal	
Fernsehen	73	Fernsehen	58
Zeitungen, Zeitschriften	30	Bank oder Sparkasse	23
Familie, Freunde	23	Zeitungen, Zeitschriften	20
Radio	19	Radio	17
Spanien		Finnland	
Fernsehen	71	Fernsehen	81
Bank oder Sparkasse	47	Zeitungen, Zeitschriften	73
Zeitungen, Zeitschriften	39	Bank oder Sparkasse	58
Radio	35	Radio	50
Frankreich		Schweden	
Bank oder Sparkasse	71	Fernsehen	69
Fernsehen	62	Zeitungen, Zeitschriften	58
Zeitungen, Zeitschriften	41	Radio	38
Radio	35	Familie, Freunde	16
Irland		Vereinigtes Königreich	
Bank oder Sparkasse	35	Fernsehen	20
Postsendungen	27	Zeitungen, Zeitschriften	17
Fernsehen	25	Radio	11
Geschäft, Supermarkt	22	Bank oder Sparkasse	5
Italien			
Fernsehen	71		
Zeitungen, Zeitschriften	43		
Bank oder Sparkasse	36		
Postsendungen	22		

Die Eurobarometer-Umfrage erforschte außerdem, ob Informationskampagnen über den Euro in neun ausgewählten Bereichen für wichtig gehalten werden. Wie die Umfrageergebnisse zeigen, sind die EU-Bürger am ehesten der Meinung, daß der Gegenwert eines Euro in der eigenen Landeswährung ein wichtiges Thema ist (90%). Nur sehr wenige Menschen halten eines der neun Themen für unwichtig: auf das geringste Interesse stößt die Frage nach dem Aussehen der Euro-Banknoten und -Münzen (72%).



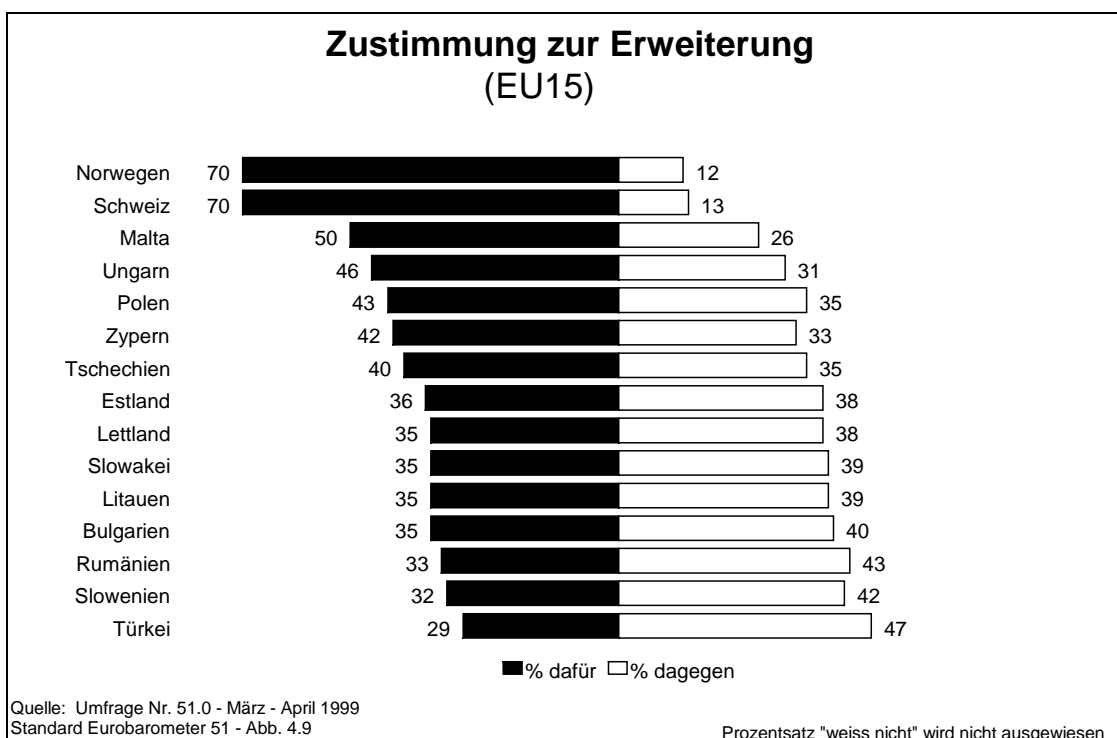
Die Länderanalyse läßt nur geringe Unterschiede zwischen den Ländern erkennen. Mehr als 9 von 10 Personen in Finnland (95%), Irland, den Niederlanden (jeweils 94%), Spanien, Italien, Portugal (jeweils 93%), Belgien, Dänemark, Griechenland (jeweils 92%), Luxemburg und Österreich (jeweils 91%) halten den **Wert eines Euro in der eigenen Landeswährung** für ein wichtiges Thema. In Deutschland besteht das geringste Interesse an diesem Thema (86%). Der Anteil derjenigen, die wissen wollen, **"wie man vermeiden kann, bei der Umrechnung in Euro betrogen zu werden"**, reicht von 85% in Deutschland und Finnland bis 95% in Portugal. Der Anteil derjenigen, die **die praktischen Auswirkungen des Euro im Hinblick auf das Gehalt, die Rente oder anderen Einkommen** für ein wichtiges Thema halten, reicht von 81% in Luxemburg bis 92% in Griechenland und Portugal. **Die praktischen Auswirkungen des Euro im Hinblick auf das eigene Bankkonto, die Ersparnisse, die Aktien and ähnliche Einkünfte** wird der Bevölkerung in Griechenland (91%), Schweden und Belgien (90%) am häufigsten für wichtig gehalten, während die Befragten in Deutschland (81%), Luxemburg und Finnland (jeweils 82%) am seltensten diese Meinung teilen. Der Anteil derjenigen, die das **Einführungsdatum der Banknoten und Münzen in Euro** für wichtig halten, reicht von 78% in Deutschland bis 93% in den Niederlanden und in Finnland. Die Menschen in Griechenland (92%) halten die **wirtschaftlichen Auswirkungen des Euro** am ehesten für wichtig, während dieser Aspekt in Finnland am seltensten für wichtig gehalten wird (80%). Der Anteil derjenigen, die die **Rolle der Europäischen Zentralbank** für wichtig halten, reicht von 72% in Finnland bis 84% in Irland, Griechenland, Portugal und den Niederlanden. Die Bevölkerung in Griechenland (89%) hält die **sozialen Auswirkungen des Euro** am ehesten für wichtig, während dieser Aspekt in Schweden am seltensten für wichtig gehalten wird (67%). Der Anteil derjenigen, die das **Aussehen der Euro-Banknoten und -Münzen** für wichtig halten, reicht von 61% in Luxemburg bis 86% in Portugal. (Tabelle 4.7)

Der folgenden Tabelle ist zu entnehmen, welche drei Themen in jedem der 15 Mitgliedsländer für besonders wichtig gehalten werden.

WELCHE DREI THEMEN SIND FÜR DIE EURC-INFORMATIONSKAMPAGNEN AM WICHTIGSTEN? (IN %, NACH MITGLIEDSLÄNDERN)			
Belgien		Luxemburg	
Wert des Euro	92	Wert des Euro	91
Vermeidung von Betrugereien	92	Vermeidung von Betrugereien	87
Praktische Folgen (Konto usw.)	90	Banknoten u. Münzen - ab wann?	86
Dänemark		Niederlande	
Wert des Euro	92	Wert des Euro	94
Wirtschaftliche Auswirkungen	87	Banknoten u. Münzen - ab wann?	93
Finanzielle Auswirkungen	87	Vermeidung von Betrugereien	91
Deutschland		Österreich	
Wert des Euro	86	Wert des Euro	91
Vermeidung von Betrugereien	85	Vermeidung von Betrugereien	86
Finanzielle Auswirkungen	83	Finanzielle Auswirkungen	85
Griechenland		Portugal	
Vermeidung von Betrugereien	92	Vermeidung von Betrugereien	95
Wirtschaftliche Auswirkungen	92	Wert des Euro	93
Finanzielle Auswirkungen	92	Finanzielle Auswirkungen	92
Spanien		Finnland	
Vermeidung von Betrugereien	93	Wert des Euro	95
Wert des Euro	93	Banknoten u. Münzen - ab wann?	93
Finanzielle Auswirkungen	91	Vermeidung von Betrugereien	85
Frankreich		Schweden	
Vermeidung von Betrugereien	89	Finanzielle Auswirkungen	90
Wert des Euro	88	Wert des Euro	90
Banknoten u. Münzen - ab wann?	86	Praktische Folgen (Konto usw.)	89
Irland		Vereinigtes Königreich	
Wert des Euro	94	Vermeidung von Betrugereien	90
Vermeidung von Betrugereien	94	Wert des Euro	88
Finanzielle Auswirkungen	91	Bank & fin. Auswirkungen	87
Italien			
Wert des Euro	93		
Vermeidung von Betrugereien	91		
Banknoten u. Münzen - ab wann?	88		

4.5. Erweiterung der EU

Wie bereits erwähnt wurde, bereitet sich die Europäische Union auf eine Erweiterung nach Osten und Süden vor. In diesem Abschnitt befassen wir uns mit der Einstellung der Öffentlichkeit zu dieser Erweiterung. Zunächst untersuchen wir, ob die EU-Bürger dafür oder dagegen sind, daß die 11 Bewerberländer⁴¹ sowie Malta, Norwegen, die Schweiz und die Türkei Mitglieder der Europäischen Union werden.



In allen Mitgliedsländern mit Ausnahme von Griechenland wird eine EU-Mitgliedschaft von Norwegen und der Schweiz am deutlichsten befürwortet (jeweils 70%). Die Zustimmung zu Norwegen reicht von 90% in Dänemark bis 54% in Portugal; für die Schweiz reichen die Werte von 84% in den Niederlanden und Dänemark bis 59% in Portugal.

Die Tatsache, daß die Zustimmungsraten in Portugal am niedrigsten sind, besagt nicht, daß die Portugiesen eine EU-Mitgliedschaft dieser Länder am stärksten ablehnen. Vielmehr geht aus den Werten hervor, daß sich zahlreiche Menschen in Portugal nicht zu diesen beiden Ländern und den anderen im Fragebogen genannten Ländern äußern. Der Anteil der unentschiedenen Antworten liegt auch in Spanien, Irland und im Vereinigten Königreich deutlich über dem Durchschnitt, wobei die Umfrageergebnisse zeigen, daß viele Menschen in ganz Europa wie schon in der Vergangenheit keine Meinung äußern, wenn sie danach gefragt werden, ob sie den Beitritt neuer Länder zur Europäischen Union befürworten.

Die zweithöchsten Zustimmungsraten erzielt Malta; die Werte reichen von 68% in Griechenland bis 36% in Frankreich. Die Zustimmung zu Ungarn reicht von 68% in Dänemark bis 33% in Frankreich; für Polen reichen die Werte von 71% in Dänemark bis 17% in Österreich und für Zypern von 82% in Griechenland bis

⁴¹ Die 11 Bewerberländer sind Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Beitrittsverhandlungen werden gegenwärtig mit Estland, Polen, Slowenien, Ungarn, der Tschechischen Republik und Zypern geführt. Mit 5 weiteren Ländern wurden Partnerschaften geschlossen, um sie bei der Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft zu unterstützen. Weitere Informationen über die Erweiterung können im Internet unter der folgenden Adresse abgerufen werden:
<http://europa.eu.int/comm/dg1a/enlarge/index.htm>.

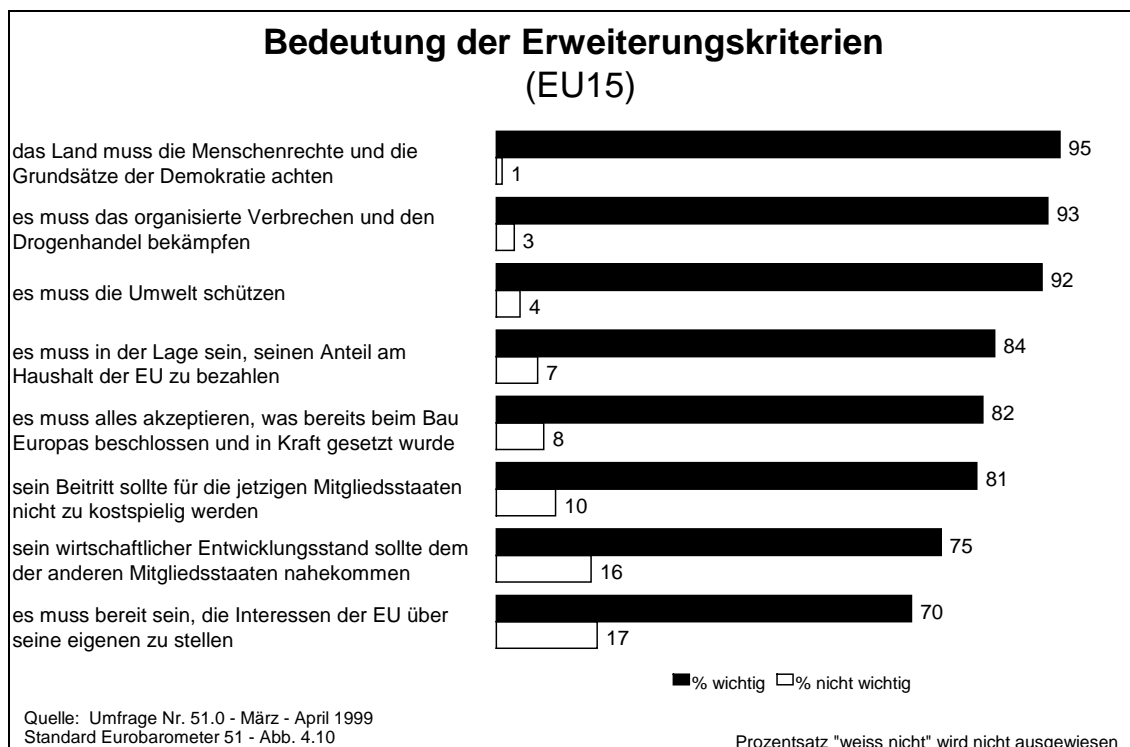
27% in Österreich. Die Zustimmung zur Türkei ist am niedrigsten (29%); die Werte reichen von 45% in Spanien bis 13% in Griechenland. Auf EU-Ebene reichen die Ablehnungsraten von 12% für Norwegen bis 47% für die Türkei. (Tabelle 4.8)

Die folgende Tabelle enthält einen durchschnittlichen Gesamtwert für die Zustimmung in den 15 Mitgliedsländern⁴². Im Durchschnitt ist die Bevölkerung in Dänemark (62%) am positivsten eingestellt, während die Bevölkerung in Österreich (29%) die geringste Unterstützung erkennen lässt. Die Tabelle zeigt auch die Differenz der Zustimmungsraten für jedes Mitgliedsland. In den Mitgliedsländern, in denen eine große Differenz zwischen der höchsten und der niedrigsten Zustimmungsrates vorliegt, hängt die Einstellung zur EU-Erweiterung stark von jeweiligen Bewerberland ab. Dies trifft insbesondere auf Griechenland zu, gilt jedoch auch für Dänemark, Österreich, Finnland, Deutschland, die Niederlande und Luxemburg.

ANTEIL DER PERSONEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN, DIE DEN EU-BEITRITT VON NEUEN LÄNDERN BEFÜRWORTEN (DURCHSCHNITTL. ANTEIL DER PERSONEN, DIE DEM BEITRITT DER 15 NEUEN LÄNDER ZUSTIMMEN UND DIFFERENZ ZWISCHEN NIEDRIGSTER UND HÖCHSTER ZUSTIMMUNGSRATE)		
Land	Durchschnittl. Zustimmung in %	Differenz
Dänemark	62	59
Griechenland	58	69
Schweden	56	48
Niederlande	55	52
Spanien	51	18
Finnland	51	58
Irland	45	29
Italien	45	42
Luxemburg	45	51
EU15	42	41
Vereinigtes Königreich	40	38
Belgien	39	46
Portugal	38	26
Deutschland	38	54
Frankreich	33	47
Österreich	29	58

⁴² Diese Durchschnittswerte dürfen nicht mit den früher veröffentlichten Durchschnittswerten verglichen werden, weil die Schweiz, Norwegen und die Türkei nicht in die früheren Berechnungen einbezogen wurden.

1993 einigten sich die Staats- und Regierungschefs im Rahmen des Europäischen Rates von Kopenhagen auf eine Reihe von Kriterien, die die Länder erfüllen müssen, die der Europäischen Union beitreten wollen⁴³. Die Eurobarometer-Ergebnisse zeigen, daß es einen breiten Konsens über diese Kriterien in der EU-Bevölkerung gibt, wobei eine große Mehrheit der EU-Bürger erklärt, daß jedes dieser Kriterien wichtig sei.



Die Öffentlichkeit ist sich weitgehend darüber einig, daß die Bewerberländer a) die Menschenrechte und die Grundsätze der Demokratie achten, b) das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel bekämpfen und c) die Umwelt schützen müssen, wenn sie der Europäischen Union beitreten wollen. Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist außerdem der Meinung, daß die Bewerberländer alles akzeptieren müssen, was bereits beim Bau Europas beschlossen und in Kraft gesetzt wurde. Daß die Öffentlichkeit wegen der finanziellen Auswirkungen der Erweiterung besorgt ist, zeigt sich daran, daß viele Menschen der Forderung beipflichten, die Bewerberländer sollten in der Lage sein, ihren Anteil am EU-Haushalt zu bezahlen; ferner sollte ihr Beitritt für die jetzigen Mitgliedsländer nicht zu kostspielig werden. Hingegen wird es für etwas weniger wichtig gehalten, daß der wirtschaftliche Entwicklungsstand der Bewerberländer dem der anderen Mitgliedstaaten nahekomen sollte. 70% der Befragten schließen sich der Forderung an, die Bewerberländer müßten bereit sein, die Interessen der EU über ihre eigenen zu stellen - insgesamt wird diesem Kriterium jedoch die geringste Bedeutung beigemessen. Wir werden sehen, daß die öffentliche Meinung in dieser Frage von Mitgliedsland zu Mitgliedsland sehr unterschiedlich ausfällt.

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Zustimmungsraten für die acht Beitrittskriterien. Die Werte reichen von 77% in Dänemark bis 90% in Frankreich. Die Zustimmungsraten sind in Dänemark, Schweden und Finnland unter anderem deshalb so niedrig, weil die Befragten in diesen drei Mitgliedsländern bedeutend seltener als andere EU-Bürger der Meinung sind, es sei wichtig, daß ein Land bereit sei, die Interessen der Europäischen Union über die eigenen zu stellen. Daraus erklärt sich auch, weshalb die Differenz zwischen dem wichtigsten und dem unwichtigsten Kriterium in diesen Ländern so groß ist. (Siehe auch Tabelle 4.9)

⁴³ Am 4. November 1998 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Bericht, der beschreibt, inwieweit die Bewerberländer diese Kriterien bereits erfüllen. Der Bericht kann im Internet unter der folgenden Adresse abgerufen werden: http://europa.eu.int/comm/dg1a/enlarge/report_11_98_en/index.htm.

ANTEIL DER PERSONEN IN JEDEM MITGLIEDSLAND, DIE DIE ERWEITERUNGSKRITERIEN FÜR WICHTIG HALTEN (DURCHSCHNITTL. ANTEIL FÜR 8 KRITERIEN UND DIFFERENZ ZWISCHEN WICHTIGSTEM UND UNWICHTIGSTEN KRITERIUM)		
Land	Durchschnittl. Anteil (in %)	Differenz
Frankreich	90	22
Belgien	89	18
Deutschland	87	18
Niederlande	87	28
Italien	85	21
Griechenland	85	24
Luxemburg	85	24
EU15	85	25
Spanien	84	20
Irland	84	24
Österreich	82	28
Portugal	81	30
Finnland	80	51
Schweden	80	55
Vereinigtes Königreich	79	33
Dänemark	77	64

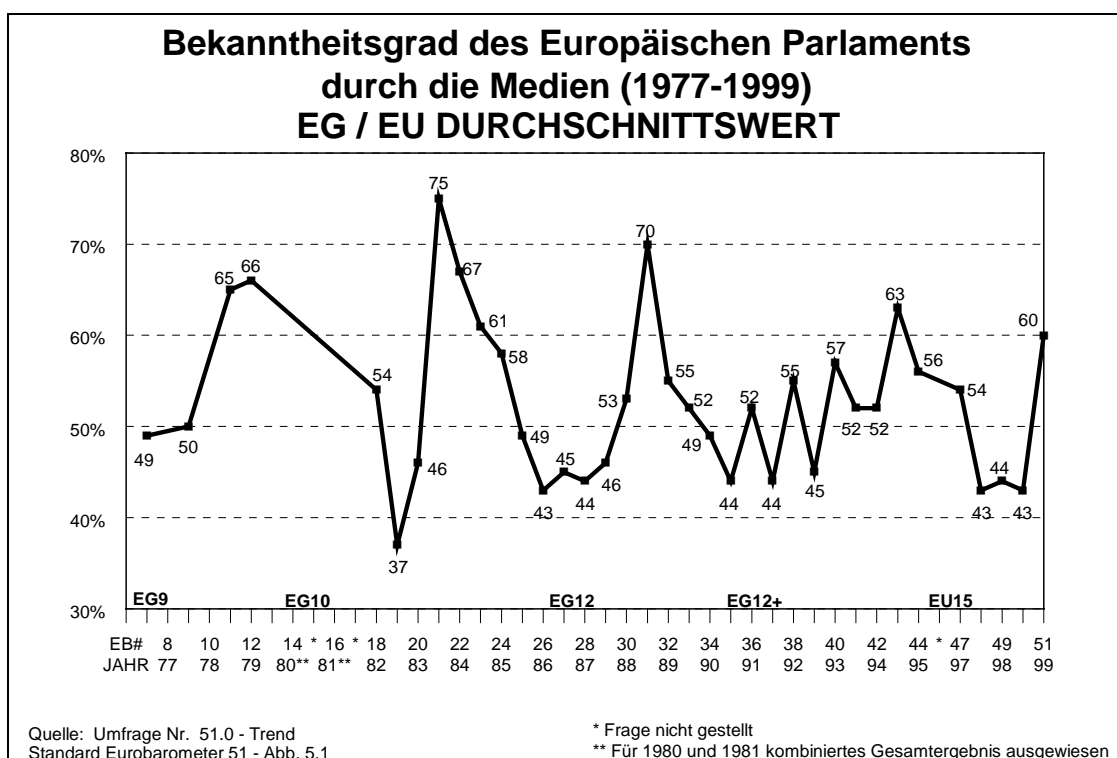
5. Europäisches Parlament

In der Zeit vom 10. bis zum 13. Juni 1999 fand die fünfte direkte Wahl zum Europäischen Parlament in den 15 Mitgliedsländern der Europäischen Union statt. Im Laufe der Jahre wurden die Kompetenzen des Europäischen Parlaments erheblich ausgeweitet. Als die Europaabgeordneten 1979 zum ersten Mal direkt von der europäischen Bevölkerung gewählt wurden, übte das Parlament im wesentlichen nur eine beratende Funktion im politischen Entscheidungsprozeß aus. Der Vertrag von Maastricht, der im Januar 1993 in Kraft getreten ist, verleiht dem Parlament ein Mitentscheidungsrecht, das gemeinsam mit dem Ministerrat in einer Reihe von Bereichen ausgeübt wird. Nachdem der Vertrag von Amsterdam am 1. Mai 1999 in Kraft getreten ist, verfügt das Europäische Parlament nun in den meisten Politikbereichen der Europäischen Union über Mitentscheidungsbefugnisse.

In diesem Kapitel untersuchen wir den Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments. Anschließend untersuchen wir die beabsichtigte und die tatsächliche Wahlbeteiligung bei der Europawahl im Juni 1999. Welche Rolle das Europäische Parlament in den Augen der Öffentlichkeit spielt bzw. spielen sollte, ist ebenso Thema unserer Untersuchung wie die Frage, ob das Europäische Parlament die Interessen der Bürger schützt. Abschließend befassen wir uns mit den Themen, die nach Meinung der Bürger vorrangig vom Europäischen Parlament behandelt werden sollten.

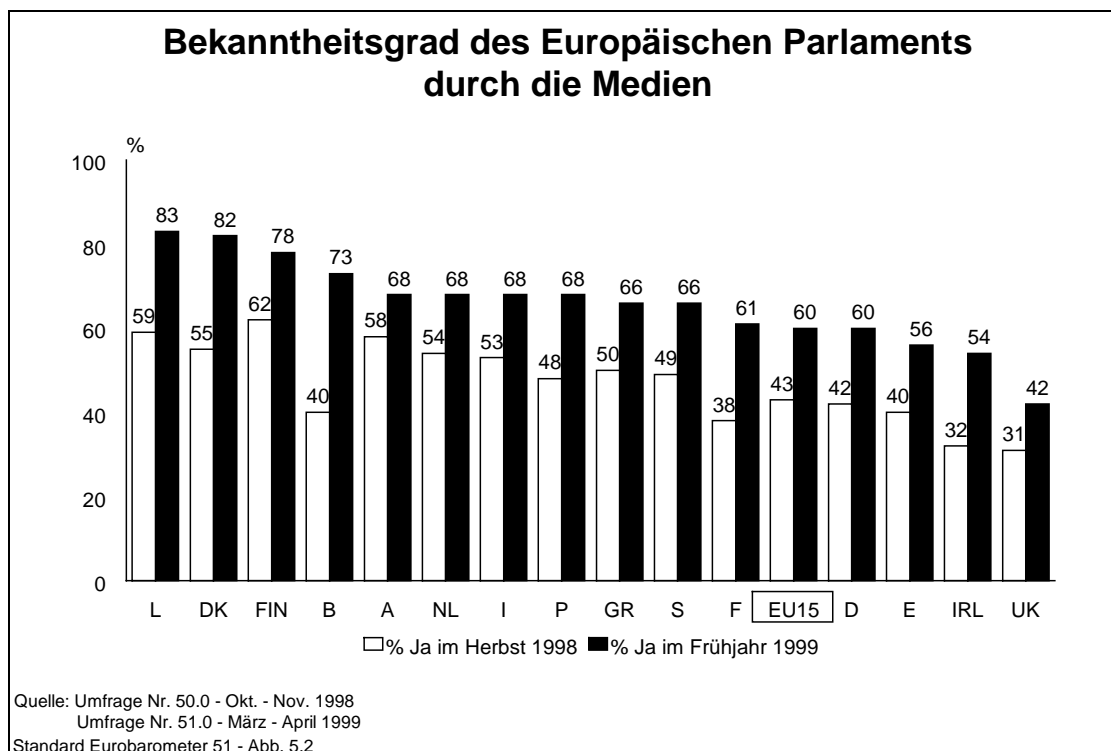
5.1. Bekanntheitsgrad des EP aufgrund der Berichterstattung in den Medien

Seit 1977 ermittelt das Eurobarometer, ob die europäische Bevölkerung in der letzten Zeit in den Zeitungen, im Radio oder im Fernsehen etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen hat. Wie die jüngsten Umfrageergebnisse zeigen, wurden 60% der EU-Bürger durch diese drei Medien über das Europäische Parlament informiert. Dieser Anteil liegt deutlich über dem entsprechenden Wert vom Herbst 1998, als nur 43% der EU-Bürger angaben, sie hätten in letzter Zeit etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen.



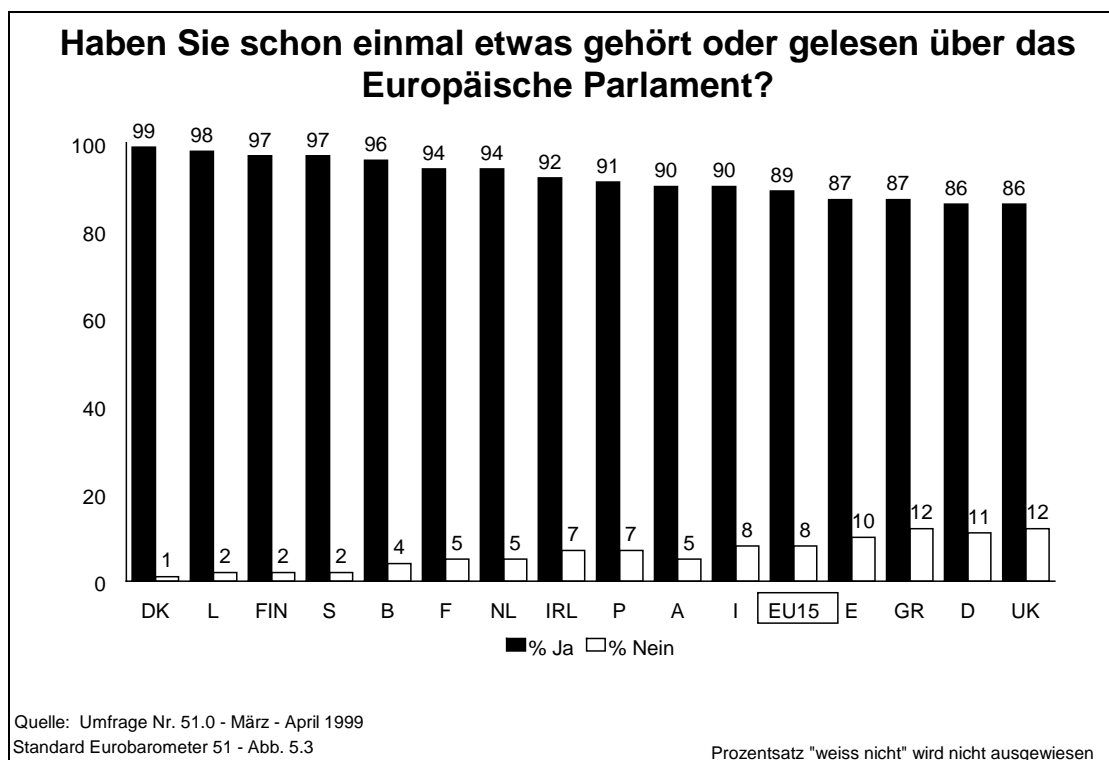
Ob die Menschen in den Medien etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen haben, hängt in erster Linie davon ab, in welchem Umfang die Medien in dem Zeitraum kurz vor der Eurobarometer-Umfrage über das Parlament berichten. Die letzte Phase der Umfrage wurde in den Monaten vor der Europawahl 1999 durchgeführt, als die Berichterstattung in den Medien sehr intensiv war. Wie das vorhergehende Schaubild zeigt, sind die Werte für den Bekanntheitsgrad kurz vor und nach einem Wahltermin immer höher als in der übrigen Zeit. Am höchsten waren sie kurz vor den Europawahlen in den Jahren 1984 (75%) und 1989 (70%). In den Monaten kurz vor den Europawahlen 1979 (65%) und 1994 (63%) lagen die Werte etwas niedriger, waren jedoch immer noch viel höher als außerhalb der Wahlkampfzeit. Zusätzlich zu der traditionellen Berichterstattung während des Wahlkampfs befaßten sich die Medien im Frühjahr 1999 auch ausführlich mit den Ereignissen, die zum Rücktritt der Europäischen Kommission führten und dazu beitrugen, daß das Europäische Parlament als politischer Gegenspieler häufig erwähnt wurde.

Die Länderergebnisse zeigen, daß die Bevölkerung in Luxemburg (83%) am häufigsten angibt, in jüngster Zeit in den Medien etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen zu haben, gefolgt von der Bevölkerung in Dänemark (82%) und Finnland (78%). Das Vereinigte Königreich (42%) ist das einzige Land, in dem weniger als die Hälfte der Bevölkerung erklärt, sie habe vor kurzem etwas über das Europäische Parlament in der Zeitung, im Radio oder im Fernsehen gehört oder gelesen.



Das Schaubild zeigt außerdem, daß der Anteil derjenigen, die vor kurzem etwas in den Medien über das Europäische Parlament gehört oder gelesen haben, seit dem Herbst 1998, als diese Frage zum letzten Mal gestellt worden war, erheblich zugenommen hat. Die Zunahme reicht von 10 Prozentpunkten in Österreich bis 33 Prozentpunkten in Belgien. (Tabelle 5.1)

Bei der Analyse der Antworten auf die Frage, ob die Umfrageteilnehmer überhaupt schon einmal etwas über das Europäische Parlament gehört haben, ergibt sich ein ganz anderes Bild⁴⁴. Der Unterschied ist durch die Formulierung der Frage bedingt. Während sich die erste Frage auf einen bestimmten Zeitraum ("vor kurzem") und bestimmte Informationsvermittler ("die Medien") bezieht, ist die zweite Frage allgemeiner gefaßt.



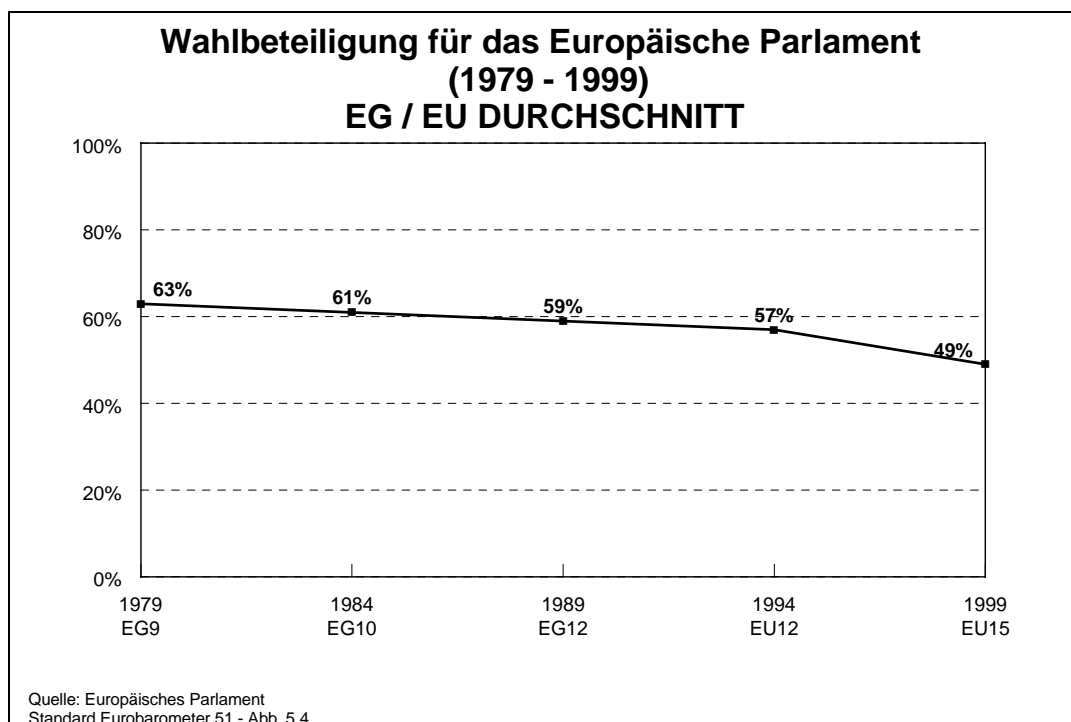
Es zeigt sich, daß beinahe 9 von 10 EU-Bürgern etwas über das Europäische Parlament gehört haben, wenn die Frage allgemeiner formuliert wird. Die Werte für den Bekanntheitsgrad reichen von 99% in Dänemark bis 86% in Deutschland und im Vereinigten Königreich⁴⁵.

5.2. Wahlbeteiligung bei der Europawahl im Juni 1999

Die westlichen Demokratien einschließlich der EU-Länder sehen sich gegenwärtig mit einem Phänomen konfrontiert, das einige Beobachter als Krise der Demokratie bezeichnen, weil die Wahlbeteiligung bei Kommunal-, Landes- und Europawahlen zurückgeht. Obwohl die Europawahl für die Wähler schon immer weniger attraktiv war als die nationalen Wahlen, ist der Rückgang der Wahlbeteiligung von 63% im Jahr 1979, als die erste Direktwahl stattfand, auf 49% zwanzig Jahre später besonders beunruhigend, wenn man bedenkt, daß die Rolle des Europäischen Parlaments als Interessenvertreter der europäischen Bürger und Bürgerinnen im Lauf der Zeit erheblich ausgeweitet wurde.

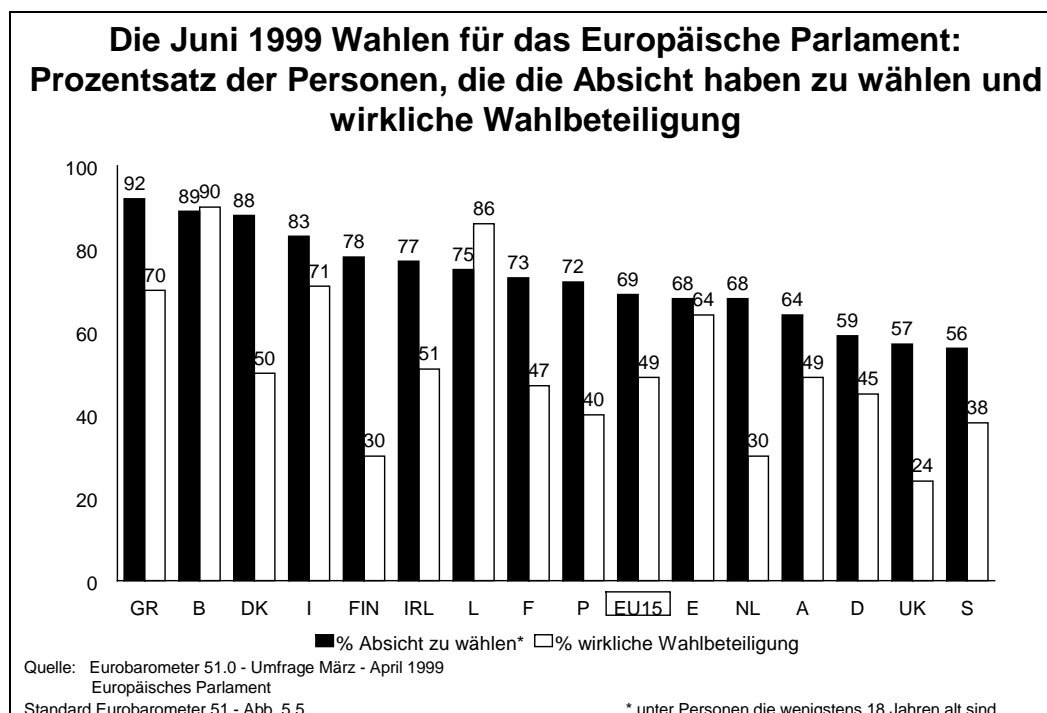
⁴⁴ Diese Frage ist Teil eines Fragenpakets, das den Bekanntheitsgrad von neun EU-Institutionen mißt und in Kapitel 2 genauer erörtert wird.

⁴⁵ Siehe auch Tabelle 2.2.



Bei der Eurobarometer-Umfrage im Frühjahr 1999 wurden die Teilnehmer gefragt, ob sie an der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 1999 teilnehmen werden. 67% der Befragten erklärten, sie würden ihre Stimme abgeben; 16% gaben an, sie würden nicht an der Wahl teilnehmen, während 14% noch keine Entscheidung getroffen hatten und 4% erklärten, daß sie nicht wählen konnten⁴⁶.

Das folgende Schaubild gibt für jedes Land den Anteil der Befragten im Alter von 18 Jahren und älter an, die erklärten, sie würden an der Wahl teilnehmen, sowie den Anteil der Personen, die tatsächlich ihre Stimme abgaben⁴⁷.



⁴⁶ Die Ergebnisse für die einzelnen Länder sind in Tabelle 5.2a im Anhang enthalten.

⁴⁷ Die prozentuale Wahlbeteiligung spiegelt die Situation am 23. Juni 1999 wieder.

Wie der Tabelle zu entnehmen ist, liegt die tatsächliche Wahlbeteiligung in den meisten Ländern weit unter dem Anteil der Befragten im Alter von 18 Jahren und älter, die zuvor erklärt hatten, sie würden an der Wahl teilnehmen. Die einzigen Ausnahmen sind Luxemburg und Belgien, wo Wahlpflicht herrscht. Hingegen lag die Wahlbeteiligung in Griechenland, wo ebenfalls Wahlpflicht herrscht, und in Italien, wo die Stimmabgabe als Bürgerpflicht betrachtet wird, deutlich unter dem Anteil der Befragten, die erklärt hatten, sie würden ihre Stimme abgeben. Die Differenz zwischen der beabsichtigten und der tatsächlichen Wahlbeteiligung ist in Spanien (-4) am kleinsten und in Finnland (-48) am größten.

Bei den Wahlberechtigten, d.h. Personen, die zum Zeitpunkt der Umfrage mindestens 18 Jahre alt waren, zeigt sich eine deutliche Korrelation zwischen der Einstellung zur Europäischen Union und der Wahlbereitschaft. 81% der Personen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten, erklärten, sie würden ihre Stimme abgeben, gegenüber 55% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine schlechte Sache halten⁴⁸. Personen, die in der Regel Vertrauen in die EU haben, erklärten ebenfalls häufiger, daß sie wählen wollen (80%), als diejenigen, die eher kein Vertrauen in die EU haben (63%). Diejenigen, die eine wichtigere Rolle des Europäischen Parlaments befürworten, erklärten häufiger, daß sie an der Wahl teilnehmen werden (83%), als diejenigen, die eine weniger wichtige Rolle des Europäischen Parlaments bevorzugen (57%). Die folgende Tabelle zeigt den Zusammenhang zwischen den subjektiven Kenntnissen über die Europäische Union und der Bereitschaft zur Teilnahme an der Europawahl auf.

Anteil der Personen im Alter von 18 Jahren und älter, die an der Europawahl 1999 teilnehmen wollen - aufgeschlüsselt nach den subjektiven Kenntnissen über die Europäische Union (in %)			
Personen, die an der Europawahl teilnehmen wollen mit guten EU-Kenntnissen	... mit durchschnittlichen EU-Kenntnissen	... mit geringen EU-Kenntnissen
ja	82	76	57
nein	12	12	23
nicht zutreffend	1	1	1
keine Angaben	6	11	19
<i>Insgesamt</i>	<i>101</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

Die demographische Analyse⁴⁹ zeigt, daß 68% der männlichen und 65% der weiblichen Befragten erklärten, sie würden an der Europawahl teilnehmen. Diejenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind, erklärten deutlich häufiger, daß sie wählen würden (79%), als diejenigen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder jünger beendet haben (64%). Die Aufschlüsselung nach Altersgruppen zeigt, daß 72% der 40-54jährigen gegenüber nur 51% der 15-24jährigen wählen wollten. Klammert man die Personen unter 18 Jahren aus, so zeigt sich, daß 65% der 18-24jährigen erklärten, sie würden wählen. Dieser Wert liegt leicht unter dem entsprechenden Anteil für die Älteren. 74% der Schüler und Studenten im Alter von 18 Jahren und älter erklärten, sie würden wählen, gegenüber 49% aller Schüler und Studenten im Alter von 15-24 Jahren, von denen 31% nicht wahlberechtigt sind. Die Aufschlüsselung

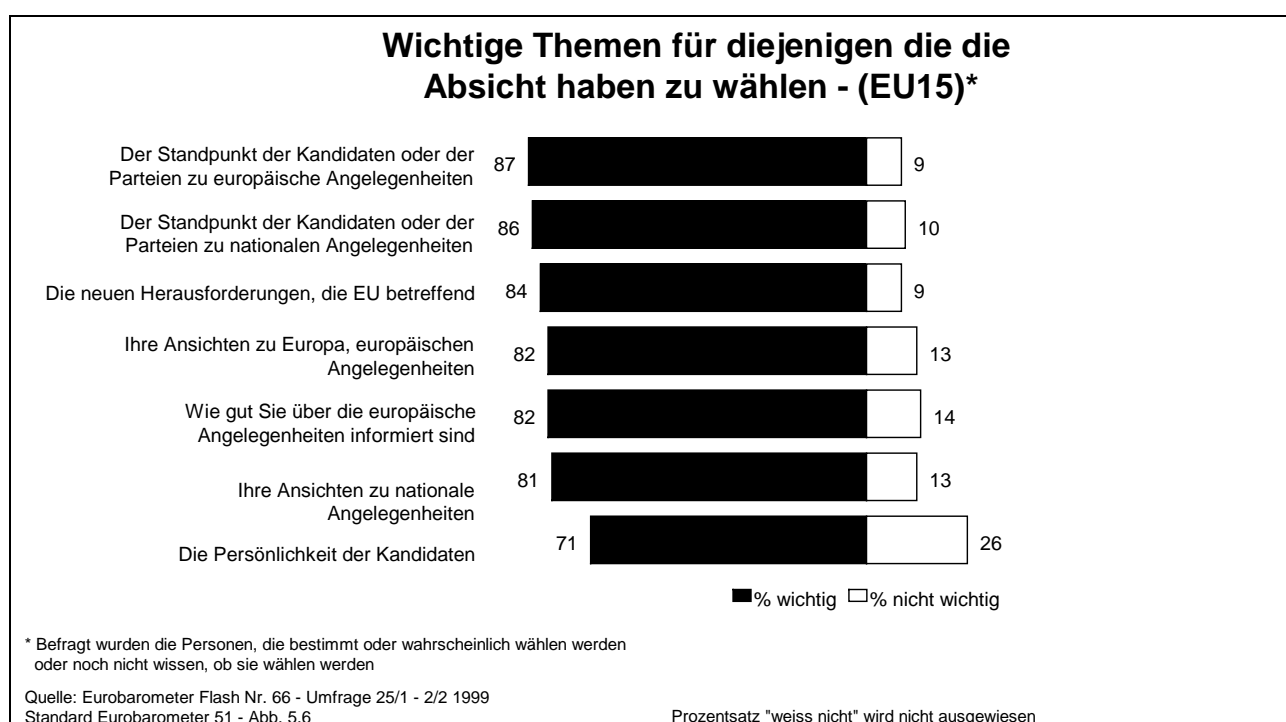
⁴⁸ Die Ergebnisse zu dieser Frage - bezogen auf die Gesamtstichprobe - sind in Tabelle 5.2b im Anhang enthalten.

⁴⁹ Die in diesem Abschnitt angegebenen Ergebnisse beziehen sich auf die Gesamtstichprobe, d.h. Personen im Alter von 15 Jahren und älter, soweit nicht anders angegeben. Die in Tabelle 5.2b angegebenen Daten beziehen sich ebenfalls auf die Gesamtstichprobe.

nach Berufskategorien zeigt, daß Führungskräfte (78%) und Selbständige (76%) am häufigsten und Arbeitslose (62%) und Arbeiter (63%) am seltensten erklärten, sie würden an der Europawahl teilnehmen. (Tabelle 5.2b)

Mehrere Monate vor der Europawahl im Juni 1999 wurden 16142 zufällig ausgewählte Personen in den 15 Mitgliedsländern der Europäischen Union telefonisch befragt⁵⁰.

Die Personen, die die Teilnahme an der Europawahl beabsichtigten⁵¹, wurden gebeten, zu insgesamt sieben Themen Stellung zu nehmen und anzugeben, ob diese Themen für die Europawahl wichtig seien. Die meisten Befragten hielten die Einstellung der Kandidaten oder der Parteien zu EU-Angelegenheiten (87%) und zu nationalen Angelegenheiten (86%) für wichtig. Auch alle anderen Punkte wurden von mehr als 8 von 10 Befragten für wichtig gehalten; lediglich auf die Persönlichkeit der Kandidaten wurde etwas weniger Wert gelegt (71%). (Die Ergebnisse für die einzelnen Länder sind in Tabelle 5.3 im Anhang enthalten)



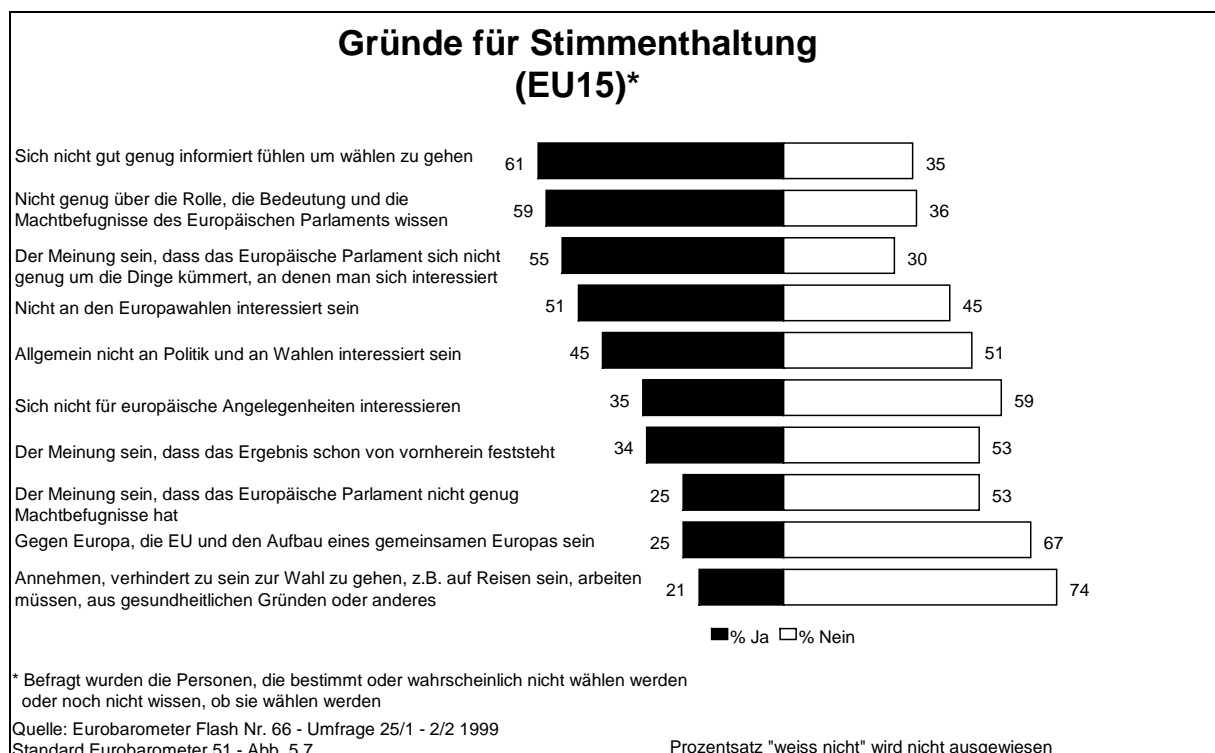
Bei der genannten Flash-Eurobarometer-Umfrage wurde auch untersucht, aus welchen Gründen nicht gewählt wurde. Der kleinen Minderheit, die erklärte, daß sie nicht wählen würde oder sich noch nicht entschieden habe (d.h. 17% aller Befragten), wurde eine Liste mit zehn Gründen vorgelegt, warum Menschen nicht wählen; die Befragten sollten angeben, ob diese Gründe auf sie zuträfen.

Als häufigster Grund wurde angegeben, daß man sich nicht gut genug informiere, um zu wählen (61%), gefolgt von der Aussage, man wisse nicht genug über die Rolle, Bedeutung und Macht des Europäischen Parlaments (59%). Mehr als die Hälfte der Befragten will nicht wählen, weil sich das Europäische Parlament nicht genügend um die Probleme kümmert, die die Menschen angehen (55%), oder weil die Befragten kein Interesse an der Europawahl haben (51%). Eine Verhinderung aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen oder wegen Abwesenheit usw. wurde am seltensten als Grund für die Nichtteilnahme angegeben

⁵⁰ Die Flash-Eurobarometer-Umfrage Nr. 66 wurde von EOS Gallup Europe in der Zeit vom 25. Januar bis 2. Februar 1999 im Auftrag der GD X der Europäischen Kommission durchgeführt. Ähnliche Ergebnisse für die beiden Fragen, die in diesem Bericht erörtert wurden, ergaben sich, als die Umfrage Ende März wiederholt wurde (Flash Eurobarometer - Umfrage Nr. 67).

⁵¹ Die Frage wurde auch den Personen gestellt, die noch unentschieden waren. Sie wurde daher 82% der Befragten vorgelegt.

(21%); auch eine negative Einstellung zu Europa oder das Gefühl, daß das Europäische Parlament nicht genug Macht habe (jeweils 25%), werden eher selten als Begründung angeführt. (Die Ergebnisse für die einzelnen Länder sind in Tabelle 5.4 im Anhang enthalten)



5.3. Empfundene und erwünschte Rolle des Europäischen Parlaments

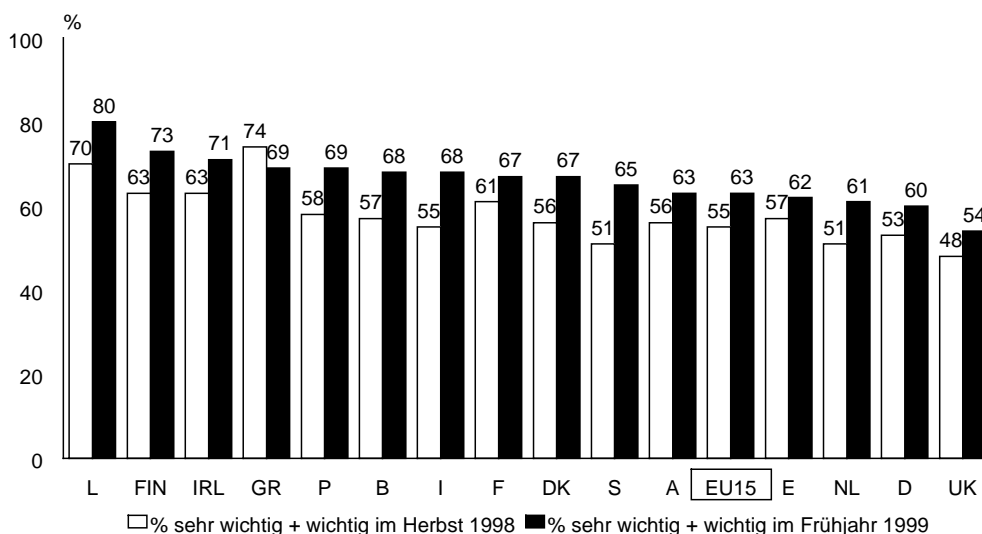
Es wurde bereits erwähnt, daß die Rolle des Europäischen Parlaments im Leben der Europäischen Union mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam wichtiger geworden ist. Im Frühjahr 1999 hielten 63% der EU-Bürger die Rolle des Parlaments für wichtig, gegenüber nur 55% im Herbst 1998. Die wahrscheinlichste Erklärung für diese Zunahme dürfte darin zu sehen sein, daß zahlreiche EU-Bürger sich offensichtlich der Rolle bewußt sind, die das Europäische Parlament in den Verfahren gespielt hat, die zum Rücktritt der Europäischen Kommission führten - diese Rolle wird von den Befragten als wichtig eingestuft⁵². Die EU-Bürger trugen möglicherweise auch den erweiterten Kompetenzen Rechnung, die der Vertrag von Amsterdam dem Europäischen Parlament zuweist, als sie im Frühjahr 1999 ein Urteil über die Rolle des Europäischen Parlaments im Leben der Europäischen Union abgaben.

Im Frühjahr 1999 war die Bevölkerung Luxemburgs am ehesten der Meinung, daß die derzeitige Rolle des Europäischen Parlaments im Leben der Europäischen Union wichtig ist (80%), gefolgt von der Bevölkerung in Finnland (73%) und Irland (71%). Im Vereinigten Königreich ist der Anteil der Befragten, die meinen, daß das Europäische Parlament im Leben der Europäischen Union eine wichtige Rolle spielt, am niedrigsten (54%); dort wird auch am häufigsten keine Meinung (32%) zu dieser Frage geäußert.

Der Anteil der Personen, die die Rolle des Europäischen Parlaments für wichtig halten, ist seit dem Herbst 1998 in jedem Mitgliedstaat gestiegen. Die deutlichsten Zunahmen wurden in Belgien (+17), Schweden (+15), Portugal, Dänemark (jeweils +13), Finnland und Frankreich (jeweils +11) registriert. (Siehe auch Tabelle 5.5)

⁵² In Kapitel 3 wurde bereits erwähnt, daß die Unionsbürger am häufigsten die Auffassung vertreten, daß das Europäische Parlament unter den genannten neun EU-Institutionen die Institution ist, die eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt. Wir haben auch bereits darauf hingewiesen, daß die Öffentlichkeit das meiste Vertrauen in das Europäische Parlament hat.

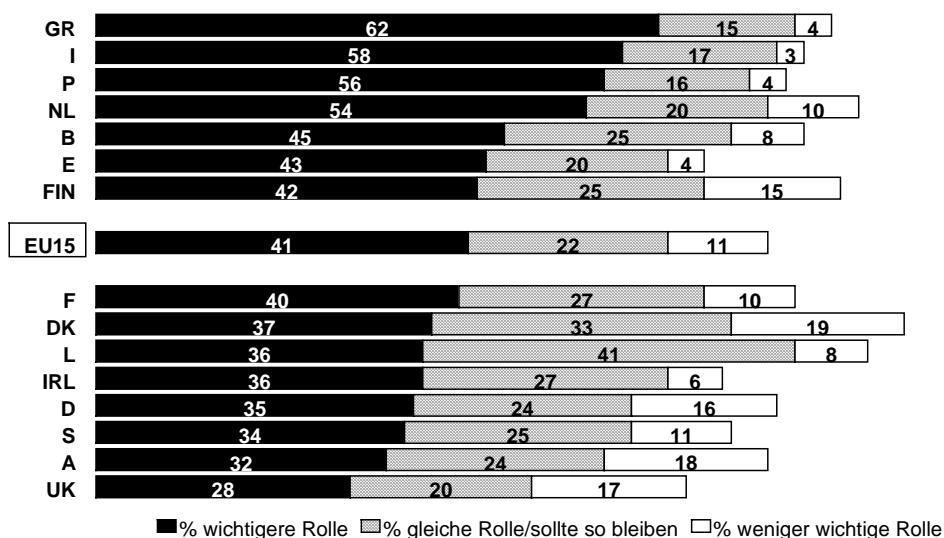
Derzeitige empfundene Bedeutung des Europäischen Parlaments



Quelle: Umfrage Nr. 50.0 - Okt. - Nov. 1998
 Umfrage Nr. 51.0 - März - April 1999
 Standard Eurobarometer 51 - Abb. 5.8

Was die Rolle betrifft, die sich die Öffentlichkeit für das Europäische Parlament erwünscht, so zeigen die Umfrageergebnisse, daß 41% der Befragten erklären, das Parlament solle eine wichtigere Rolle spielen, als dies zum Zeitpunkt der Befragung der Fall war, während 22% mit der jetzigen Rolle zufrieden sind. Nur 11% befürworten eine weniger wichtige Rolle des Europäischen Parlaments.

Gewünschte Rolle des Europäischen Parlaments



Quelle: Umfrage Nr. 51.0 - März - April 1999
 Standard Eurobarometer 51 - Abb. 5.9

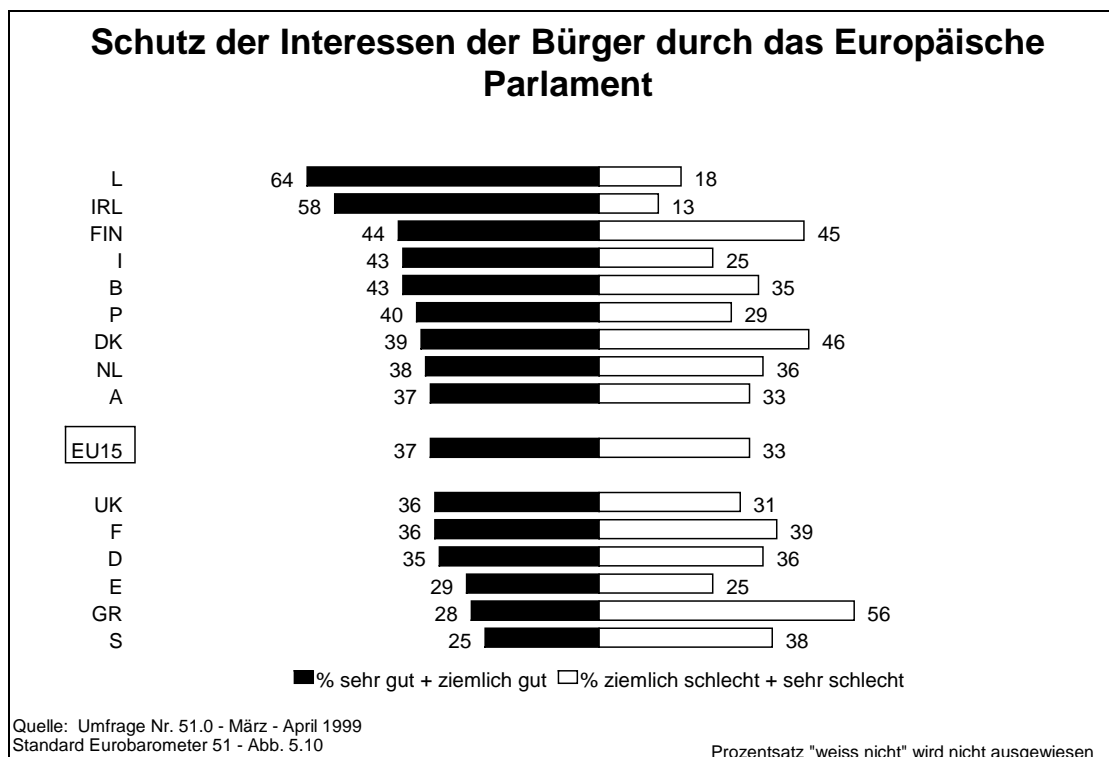
Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

In Griechenland wird am häufigsten eine wichtigere Rolle des Europäischen Parlaments (62%) befürwortet, gefolgt von Italien (58%) und Portugal (56%). Im Vereinigten Königreich wird diese Ansicht am seltensten vertreten (28%). Allerdings erklärt nur eine kleine Minderheit im Vereinigten Königreich (17%), das Europäische Parlament solle eine weniger wichtige Rolle spielen⁵³. Die meisten Menschen scheinen mit der (als wichtig empfundenen) Rolle des Europäischen Parlaments im Frühjahr 1999 zufrieden zu sein, und es gibt derzeit nur wenige Menschen, die eine reduzierte Rolle befürworten.

Vergleicht man jedoch die Ergebnisse des Frühlings 1999 mit den Ergebnissen vom Herbst 1998 - die die Situation vor den Ereignissen im März 1999 und vor Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam widerspiegeln -, so zeigt sich, daß sich die Öffentlichkeit in einigen Mitgliedsländern nun bedeutend seltener für eine wichtigere Rolle des Europäischen Parlaments ausspricht. Es handelt sich um Griechenland (-10), Frankreich (-7), Luxemburg (-5), Spanien, Deutschland, Österreich (jeweils -4) und Italien (-3), wobei Deutschland das einzige Land ist, in dem ein statistisch relevanter Anstieg des Anteils an Personen zu verzeichnen ist, die eine weniger wichtige Rolle des Europäischen Parlaments (+3) befürworten. Andererseits ist in Belgien (+9) und in geringerem Maß auch in den Niederlanden (+3) der Anteil der Personen gestiegen, die sich für eine wichtigere Rolle des Europäischen Parlaments aussprechen. (Tabelle 5.6)

5.4. Schutz der Interessen der Bürger

Die Eurobarometer-Umfrage ermittelt, ob die EU-Bürger davon überzeugt sind, daß das Europäische Parlament ihre Interessen schützt. 37% der EU-Bürger erklären, daß ihre Interessen durch das Europäische Parlament sehr gut oder ziemlich gut geschützt werden, und 33% geben an, daß ihre Interessen ziemlich schlecht oder sehr schlecht geschützt werden. 3 von 10 Personen können oder wollen sich nicht dazu äußern, wie gut das Europäische Parlament ihre Interessen schützt.



⁵³ Der Anteil der unentschiedenen Antworten ist im Vereinigten Königreich (36%) am höchsten und in Dänemark (12%) am niedrigsten.

Wie aus der Länderanalyse hervorgeht, sieht vor allem die Bevölkerung in Luxemburg ihre Interessen durch das Europäische Parlament gut geschützt (64%), gefolgt von der Bevölkerung in Irland (58%). In Italien, Belgien, Portugal, den Niederlanden, Österreich, dem Vereinigten Königreich und Spanien gibt es in dieser Hinsicht mehr zufriedene als unzufriedene Bürger. Nur in Griechenland ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Meinung, daß das Europäische Parlament keine gute Arbeit leistet, wenn es um den Schutz ihrer Interessen geht (56%). Weitere Länder, in denen die Unzufriedenheit größer ist als die Zufriedenheit, sind Schweden, Deutschland, Frankreich, Dänemark und Finnland. Der Anteil der Personen, die sich zu dieser Frage nicht äußern, ist hoch und reicht von 11% in Finnland bis 46% in Spanien. (Tabelle 5.7)

Gefragt wurde auch nach den Bereichen, mit denen sich das Europäische Parlament vorrangig befassen sollte, um die Interessen der EU-Bürger zu verteidigen⁵⁴.



Nach Meinung von 55% der EU-Bürger sollte sich das Europäische Parlament vorrangig mit der **Beschäftigung** befassen. Am zweithäufigsten wird der **Kampf gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen** genannt, den 36% der EU-Bürger für eine vorrangige Aufgabe halten, gefolgt vom **Umwelt- und Verbraucherschutz** und der **Außen- und Sicherheitspolitik** (jeweils 25%). In Kapitel 4 wurde bereits erwähnt, daß diese vier Bereiche von einer großen Mehrheit der EU-Bürger als vorrangige Aufgaben der Europäischen Union als Ganzes angesehen werden (siehe Abschnitt 2). Angesichts der Entwicklungen im Kosovo sowie der Tatsache, daß 11 Mitgliedsländer vor kurzem in die dritte Phase der Wirtschafts- und Währungsunion eingetreten sind, überrascht es nicht, daß mehr als 2 von 10 Personen auch die **Wirtschaftspolitik** (24%) und die **Menschenrechte** (21%) als vorrangige Aufgaben des Europäischen Parlaments ansehen. Nur selten wird die Meinung vertreten, daß sich das Europäische Parlament ganz besonders der Bereiche annehmen sollte, die die EU-Bürger nicht direkt betreffen, wie die Dritte Welt (6%) und die Forschung (8%), oder sich vorrangig mit Bereichen befassen sollte, die als Aufgabe der nationalen Regierungen angesehen werden, wie die Bildungs- und Kulturpolitik (10%).

⁵⁴ Es wurde eine Liste mit 13 Politikbereichen vorgelegt, aus denen die Befragten bis zu 3 Politikbereiche auswählen konnten.

Wie aus der nachfolgenden Tabelle hervorgeht, führt die **Beschäftigung** die Liste der vorrangigen Aufgaben des Europäischen Parlaments in 11 der 15 Mitgliedsländer an und steht in Griechenland, Schweden und den Niederlanden an zweiter Stelle. Vor allem die Bevölkerung in Spanien (73%), das immer noch die höchsten Arbeitslosenquoten in Europa aufweist, spricht sich dafür aus, daß sich das Europäische Parlament vorrangig mit diesem Thema befassen sollte, während diese Meinung am seltensten in Dänemark (20%) vertreten wird, das im übrigen das einzige Land ist, in dem die Beschäftigung nicht auf einem der ersten vier Plätze in der Liste der vorrangigen Aufgaben liegt.

Der **Kampf gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen** führt die Liste der vorrangigen Aufgaben in Schweden (45%) und in den Niederlanden (40%) an. In Irland (48%), Dänemark (46%), Portugal (45%), Finnland (44%), Luxemburg, dem Vereinigten Königreich (jeweils 41%), Belgien (38%), Italien (36%) und Frankreich (35%) erreicht dieses Thema den zweiten Platz, in Deutschland (37%), Österreich (34%) und Spanien (23%) den dritten Platz und in Griechenland (27%) den vierten Platz.

Umweltschutz und **Verbraucherschutz** führen die Liste der vorrangigen Aufgaben in Dänemark (55%) an. In den folgenden Ländern liegt dieses Thema auf einem der ersten vier Plätze: Schweden (39%), Niederlande (34%), Finnland (30%), Frankreich (29%), Luxemburg, Portugal (jeweils 27%), Vereinigtes Königreich (26%), Spanien (25%) und Irland (24%). Nur in Griechenland (14%), Deutschland (21%), Belgien, Italien (jeweils 22%) und Österreich (26%) erreicht dieses Thema keinen der ersten vier Plätze.

Die **Außen- und Sicherheitspolitik** führt die Liste der vorrangigen Aufgaben in Griechenland (70%) an. In Deutschland (39%), Österreich (38%), Finnland (36%) und Italien (27%) erreicht dieses Thema einen der ersten vier Plätze. Mit einem Anteil von 9% wird die Außen- und Sicherheitspolitik in Portugal am seltensten als eine vorrangige Aufgabe des Europäischen Parlaments genannt.

Die **Wirtschaftspolitik** erreicht in Griechenland (40%), Deutschland, den Niederlanden (jeweils 30%), Österreich (28%), Belgien und Italien (jeweils 25%) einen der ersten vier Plätze. Mit einem Anteil von 15% wird die Wirtschaftspolitik in Dänemark am seltensten als eine vorrangige Aufgabe des Europäischen Parlaments genannt.

Die **Wahrung der Menschenrechte in der ganzen Welt** zählt in Dänemark (42%), Schweden (40%), Luxemburg (29%), Irland (27%), dem Vereinigten Königreich (25%), Frankreich (24%) und Spanien (22%) zu den vier wichtigsten Aufgaben des Europäischen Parlaments. In Österreich (14%), Portugal und Italien (jeweils 15%) wird die Wahrung der Menschenrechte am seltensten als eine vorrangige Aufgabe des Europäischen Parlaments genannt.

Der **Kampf gegen Krebs und AIDS** liegt in Portugal (28%) und Dänemark (23%) auf einem der ersten vier Plätze. In Finnland (13%), Deutschland (14%) und Schweden (15%) wird der Kampf gegen Krebs und AIDS am seltensten als eine vorrangige Aufgabe des Europäischen Parlaments genannt.

Die **Sozialpolitik** zählt in Belgien (27%) zu den vier wichtigsten Aufgaben des Europäischen Parlaments. Mehr als 2 von 10 Personen in den Niederlanden (26%), Frankreich, Deutschland (jeweils 23%), Finnland und Österreich (22%) sehen diese Aufgabe ebenfalls als vorrangig an. Im Vereinigten Königreich (8%) sowie in Irland und Italien (jeweils 10%) wird diese Auffassung hingegen am seltensten geäußert.

Die übrigen Themen erreichen in keinem Mitgliedsland einen der ersten vier Plätze. **Währungsfragen** stoßen in Deutschland (21%) auf das größte Interesse, während sie in Dänemark (5%), Schweden (7%) und Finnland (8%) am seltensten genannt werden. Die **Einwanderungspolitik** wird von mehr als 2 von 10 Personen in Deutschland und Österreich (jeweils 22%) und von höchstens 5% in Portugal (3%), Spanien und Griechenland (jeweils 5%) genannt. Die **Bildungs- und Kulturpolitik** wird von 22% der Befragten im Vereinigten Königreich als vorrangige Aufgabe des Europäischen Parlaments angesehen, obwohl sich nur wenige Briten und Nordiren dafür aussprechen (18% bei der Bildungspolitik und 31% bei der Kulturpolitik), daß die Europäische Union in diesem Bereich eine Entscheidungsbefugnis erhält (siehe Kapitel 4). In Deutschland, Frankreich (jeweils 5%), Italien (6%), Österreich (8%) und Spanien (9%) ist nicht einmal jeder Zehnte der Ansicht, daß sich das Europäische Parlament vorrangig mit diesen Aufgaben befassen sollte. Der Anteil derjenigen, die die **wissenschaftliche und technologische Forschung** für eine vorrangige Aufgabe des Europäischen Parlaments halten, reicht von 3% in Irland bis 12% in Schweden und Dänemark. In bezug auf die **Dritte Welt** reichen die entsprechenden Werte von 3% in Frankreich bis 11% in Dänemark. (Siehe auch Tabelle 5.8)

WELCHE VIER AUFGABEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS SIND AM WICHTIGSTEN? (IN %, NACH MITGLIEDSLÄNDERN)	
Belgien	
Beschäftigung	69
Drogen & Verbrechen	38
Sozialpolitik	27
Wirtschaftspolitik	25
Dänemark	
Umwelt/Verbraucher	55
Drogen & Verbrechen	46
Menschenrechte	42
Krebs/AIDS	23
Deutschland	
Beschäftigung	46
Außen- und Sicherheitspolitik	39
Drogen & Verbrechen	37
Wirtschaftspolitik	30
Griechenland	
Außen- und Sicherheitspolitik	70
Beschäftigung	47
Wirtschaftspolitik	40
Drogen & Verbrechen	27
Spanien	
Beschäftigung	73
Umwelt/Verbraucher	25
Drogen & Verbrechen	23
Menschenrechte	22
Frankreich	
Beschäftigung	69
Drogen & Verbrechen	35
Umwelt/Verbraucher	29
Menschenrechte	24
Irland	
Beschäftigung	55
Drogen & Verbrechen	48
Menschenrechte	27
Umwelt/Verbraucher	24
Italien	
Beschäftigung	62
Drogen & Verbrechen	36
Außen- und Sicherheitspolitik	27
Wirtschaftspolitik	25
Luxemburg	
Beschäftigung	41
Drogen & Verbrechen	41
Menschenrechte	29
Umwelt/Verbraucher	27
Niederlande	
Drogen & Verbrechen	40
Beschäftigung	35
Umwelt/Verbraucher	34
Wirtschaftspolitik	30
Österreich	
Beschäftigung	48
Außen- und Sicherheitspolitik	38
Drogen & Verbrechen	34
Wirtschaftspolitik	28
Portugal	
Beschäftigung	57
Drogen & Verbrechen	45
Krebs/AIDS	28
Umwelt/Verbraucher	27
Finnland	
Beschäftigung	61
Drogen & Verbrechen	44
Außen- und Sicherheitspolitik	36
Umwelt/Verbraucher	30
Schweden	
Drogen & Verbrechen	45
Beschäftigung	42
Menschenrechte	40
Umwelt/Verbraucher	39
Vereinigtes Königreich	
Beschäftigung	43
Drogen & Verbrechen	41
Umwelt/Verbraucher	26
Menschenrechte	25

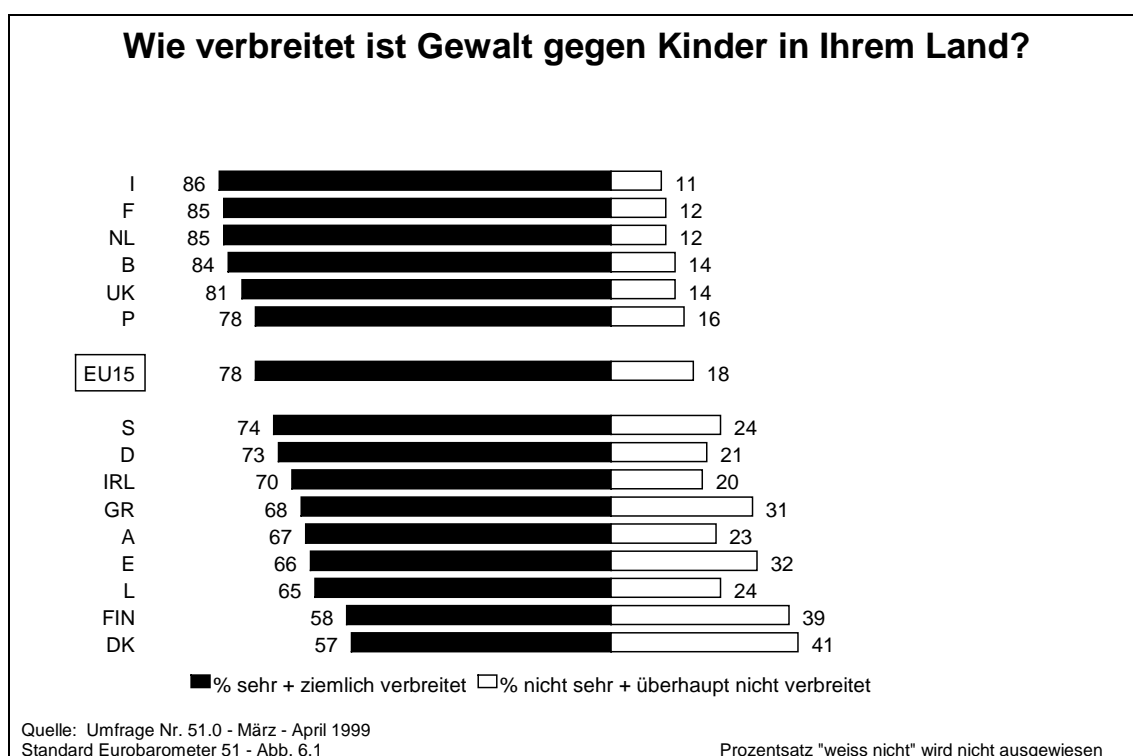
6. Weitere Aspekte der Europäischen Union

In diesem Kapitel befassen wir uns kurz mit einigen Themen, die während der Eurobarometer-Umfrage im Frühjahr 1999 im Auftrag von anderen Diensten oder Generaldirektionen der Europäischen Kommission erforscht wurden. Die Ergebnisse zu vielen dieser Themen werden in Eurobarometer-Sonderberichten ausführlicher erläutert⁵⁵.

6.1. Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder

Die Europäische Kommission wird 1999 eine Sensibilisierungskampagne zum Thema "Gewalt gegen Kinder" durchführen. Nachdem unbestritten ist, daß Gewalt gegen Kinder ein weitverbreitetes Problem in allen Schichten der Gesellschaft ist, sollte mit Hilfe des Eurobarometers die öffentliche Meinung im Vorfeld dieser Kampagne erforscht werden.

Beinahe 8 von 10 EU-Bürgern glauben, daß Gewalt gegen Kinder im eigenen Land sehr verbreitet oder ziemlich verbreitet ist. Nur 18% meinen, daß dieses Phänomen nicht sehr verbreitet oder überhaupt nicht verbreitet ist.



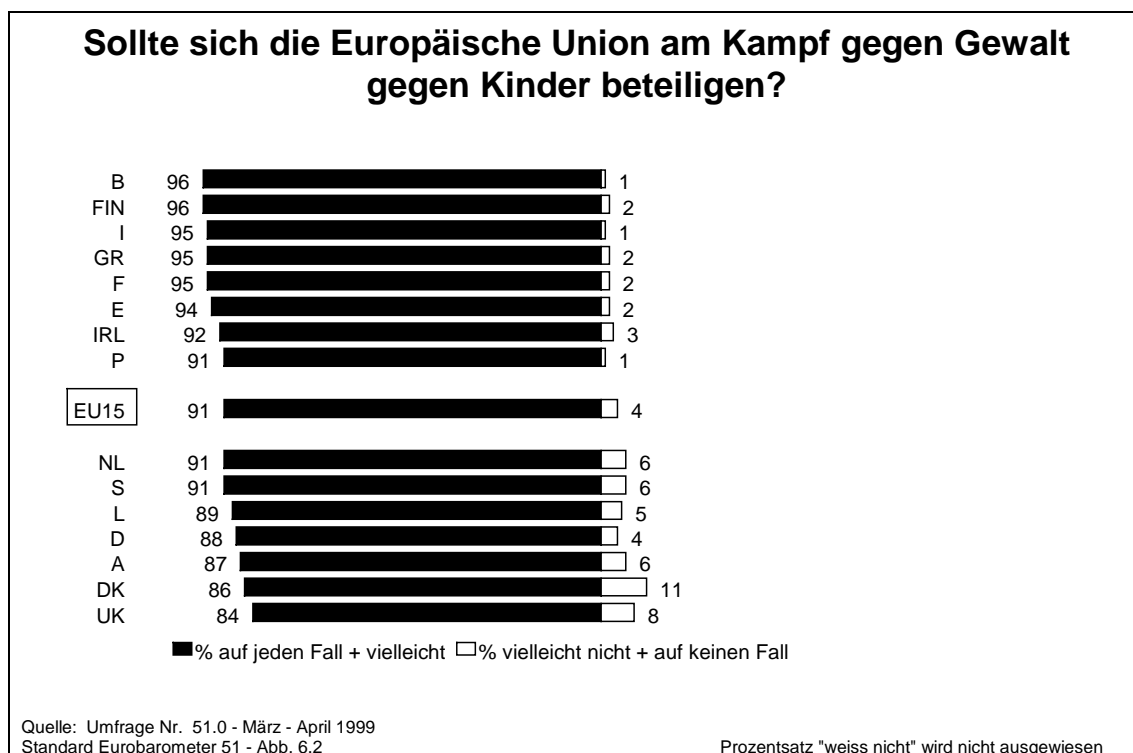
Wie aus dem obigen Schaubild hervorgeht, wird vor allem in Italien (86%), Frankreich und in den Niederlanden (jeweils 85%) die Ansicht vertreten, daß Gewalt gegen Kinder im eigenen Land sehr verbreitet oder ziemlich verbreitet ist. Mit 57% bzw. 58% ist der Anteil derjenigen, diese Ansicht teilen, in Dänemark und Finnland am geringsten. Dennoch glaubt die Mehrheit der Dänen und Finnen, daß Gewalt gegen Kinder im eigenen Land verbreitet ist. (Tabelle 6.1)

Programme oder Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder, die von der Europäischen Union vorgeschlagen wurden, sind wenig bekannt, denn nur 11 % der Befragten sind darüber informiert. Dennoch erklären 72%, daß sich die Europäische Union auf jeden Fall am Kampf gegen Gewalt gegen Kinder

⁵⁵ Anhang D enthält nähere Angaben über Sonderberichte und spezielle Eurobarometer-Umfragen.

beteiligen sollte, und weitere 19% meinen, daß sie sich vielleicht auf diesem Gebiet engagieren sollte. Nur 4% der EU-Bürger glauben, daß sich die Europäische Union nicht am Kampf gegen Gewalt gegen Kinder beteiligen sollte.

Das folgende Schaubild illustriert einen breiten Konsens in der Bevölkerung der 15 Mitgliedsländer. In 10 der 15 Mitgliedsländer befürworten mehr als 9 von 10 Personen eine Beteiligung der Europäischen Union am Kampf gegen Gewalt gegen Kinder. In Luxemburg (89%), Deutschland (88%), Österreich (87%), Dänemark (86%) und im Vereinigten Königreich (84%) sprechen sich beinahe 9 von 10 Personen für ein Engagement der Europäischen Union auf diesem Gebiet aus. (Tabelle 6.2)

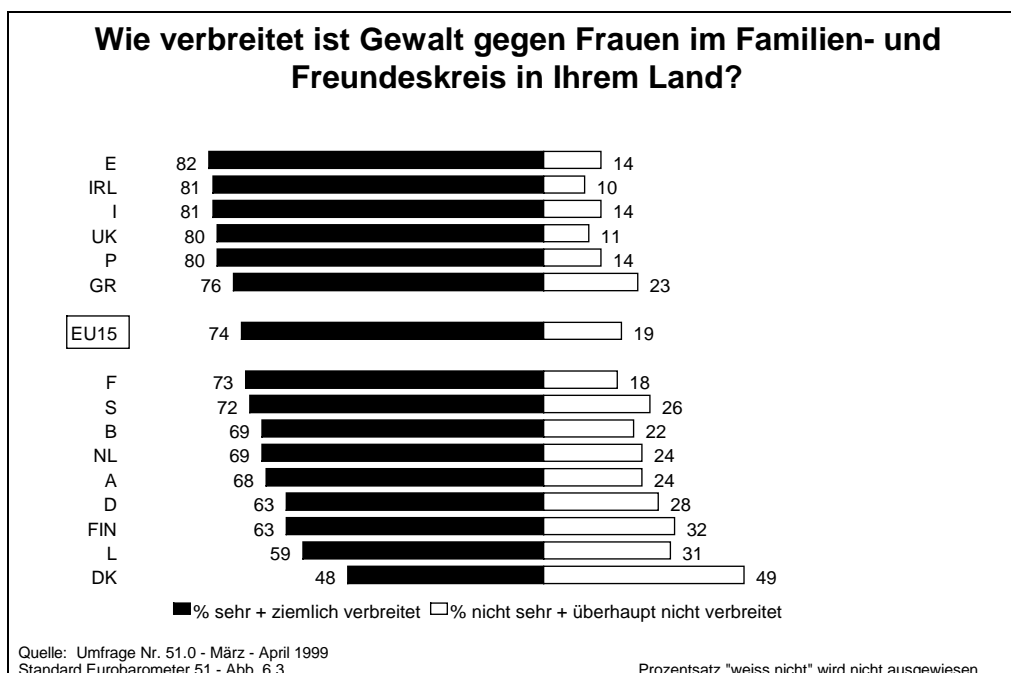


6.2. Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen im Familien- und Freundeskreis

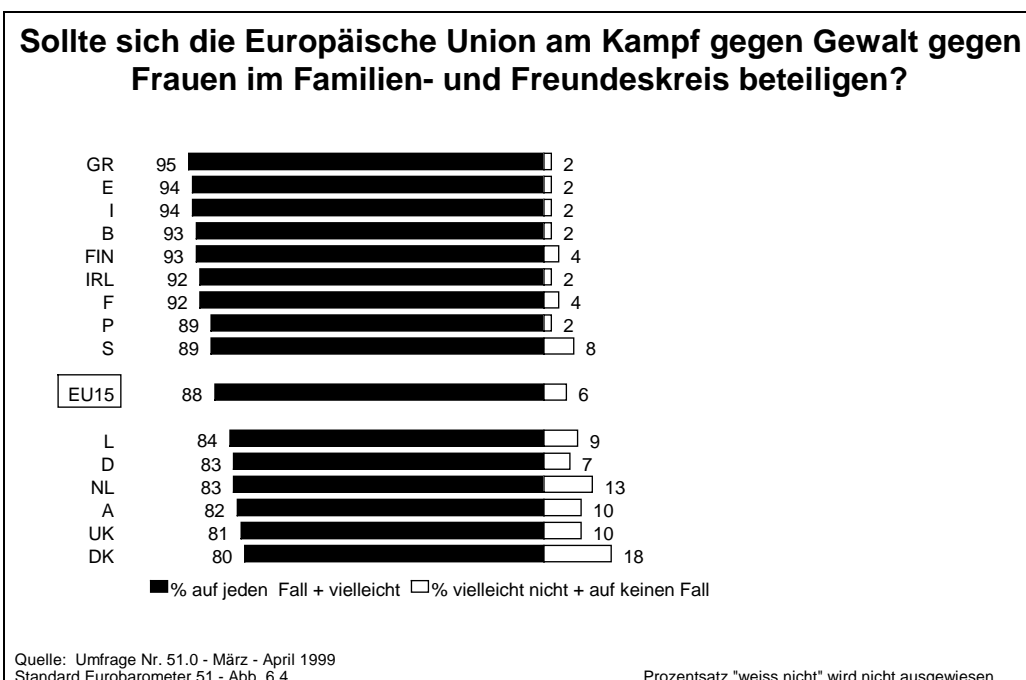
Die Europäische Union wird 1999 eine europaweite Kampagne zur Sensibilisierung für das Thema "Gewalt gegen Frauen" durchführen. Auf diese Weise sollen sich die EU-Bürger der Gewalt gegen Frauen, die insbesondere im Familien- und Freundeskreis ausgeübt wird, stärker bewußt werden. Wie schon beim Thema "Gewalt gegen Kinder" sollte das Eurobarometer im Frühjahr 1999 die öffentliche Meinung im Vorfeld dieser Sensibilisierungskampagne erforschen.

Beinahe 3 von 4 EU-Bürgern glauben, daß Gewalt gegen Frauen im Familien- und Freundeskreis im eigenen Land sehr verbreitet oder ziemlich verbreitet ist. Nur 19% meinen, daß dieses Phänomen nicht sehr verbreitet oder überhaupt nicht verbreitet ist.

Wie das folgende Schaubild zeigt, fällt die öffentliche Meinung von Land zu Land sehr unterschiedlich aus. In Spanien (82%), Irland, Italien (jeweils 81%) sowie im Vereinigten Königreich und in Portugal (jeweils 80%) glauben rund 8 von 10 Personen, daß Gewalt gegen Frauen im Familien- und Freundeskreis im eigenen Land sehr verbreitet oder ziemlich verbreitet ist. Vor allem in Irland wird die Meinung vertreten, daß Gewalt gegen Frauen sehr verbreitet ist (37%), während diese Ansicht in Finnland am seltensten geäußert wird (8%). Nur in Dänemark ist der Anteil der Personen, die der Meinung sind, daß Gewalt gegen Frauen im Familien- und Freundeskreis nicht sehr oder überhaupt nicht verbreitet ist (49%), ebenso groß wie der Anteil der Personen, die glauben, daß Gewalt gegen Frauen sehr oder ziemlich verbreitet ist (48%). In allen 15 Mitgliedsländern liegt der Anteil derjenigen, die erklären, daß Gewalt gegen Frauen im Familien- und Freundeskreis überhaupt nicht verbreitet ist, unter 5%. (Tabelle 6.3)



Obwohl nur jeder zehnte Europäer über Programme oder Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im Familien- und Freundeskreis informiert ist, die von der Europäischen Union vorgeschlagen wurden, meinen 2 von 3 Personen, daß sich die Europäische Union auf jeden Fall am Kampf gegen häusliche Gewalt beteiligen sollte. Weitere 21% vertreten die Ansicht, daß sich die EU in diesem Bereich vielleicht engagieren sollte, und nur 6% erklären, daß die EU auf diesem Gebiet nicht tätig werden sollte.



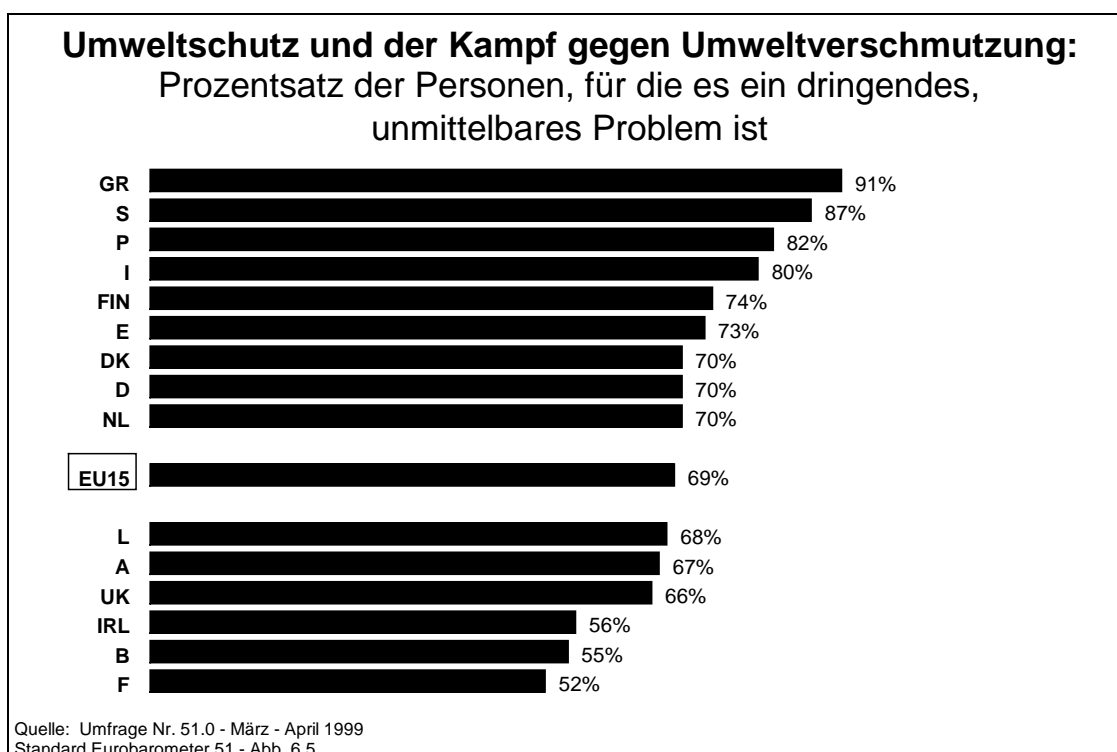
Die Länderanalyse läßt einen breiten Konsens in der europäischen Öffentlichkeit erkennen. Mehr als 90% der Bevölkerung in Griechenland, Spanien, Italien, Belgien, Finnland, Irland und Frankreich sind der Meinung, daß sich die Europäische Union am Kampf gegen Gewalt gegen Frauen im Familien- und Freundeskreis beteiligen sollte, und mindestens 80% der Bevölkerung in den übrigen acht Mitgliedsländern teilen diese Ansicht. (Tabelle 6.4)

6.3. Umweltschutz und Kampf gegen die Umweltverschmutzung

In Kapitel 4 wurde bereits erwähnt, daß 83% der Europäer den Schutz der Umwelt für eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union halten und 55% der Meinung sind, daß Entscheidungen über den Umweltschutz auf EU-Ebene getroffen werden sollten. Diese Bewertung ist ein Indiz für die entschlossene Haltung in Umweltfragen, die nicht überrascht, wenn man sich verdeutlicht, wie sehr der Umweltschutz und der Kampf gegen die Umweltverschmutzung den EU-Bürgern am Herzen liegt. Ein Satz von Fragen zur Umwelt, die in der zweiten Phase der 51. Eurobarometer-Umfrage gestellt wurden⁵⁶, enthielt die folgende Aussage:

"Einige Menschen machen sich Sorgen um den Umweltschutz und den Kampf gegen Umweltverschmutzung. Ist dies Ihrer Meinung nach ein dringendes, unmittelbares Problem, eher ein Problem der Zukunft oder eigentlich gar kein Problem?"

69% der EU-Bürger halten den Umweltschutz und den Kampf gegen die Umweltverschmutzung für ein dringendes, unmittelbares Problem. Nur 4% sind der Meinung, daß dies eigentlich gar kein Problem ist, 23% betrachten es eher als ein Problem der Zukunft und 3% können oder wollen sich nicht dazu äußern.



Wie aus dem obigen Schaubild hervorgeht, zeichnen sich alle Mitgliedsländer dadurch aus, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung den Umweltschutz und den Kampf gegen die Umweltverschmutzung als dringendes, unmittelbares Problem betrachtet. Allerdings findet dieses Anliegen in einigen Ländern mehr Unterstützung als in anderen. Für die Bevölkerung in Griechenland (91%) ist dieses Thema am dringlichsten, gefolgt von der Bevölkerung in Schweden (87%) und Portugal (82%). Mit einem Anteil von 52% macht sich die französische Bevölkerung die geringsten Sorgen um den Umweltschutz und den Kampf gegen die Umweltverschmutzung. Belgien (55%) und Irland (56%) sind die einzigen beiden sonstigen Länder, in denen dieses Thema ebenfalls weniger als 6 von 10 Personen am Herzen liegt. Wie aus Tabelle 6.5 im Anhang hervorgeht, liegt der Anteil der Personen, für die der Umweltschutz und der Kampf gegen die Umweltverschmutzung kein Problem darstellt, in allen EU-Ländern unter 10%. Mit 12% ist der Anteil der Personen, die keine Meinung zu diesem Thema äußern, in Irland am größten.

⁵⁶ Die zweite Welle für das Eurobarometer Nr. 51 (EB51.1) wurde in der Zeit vom 12. April bis 18. Mai 1999 durchgeführt. Insgesamt wurden 16144 Personen aus den 15 Mitgliedstaaten interviewt.